

DJI Bulletin 80



Kindertagesbetreuung in Deutschland

Finanzen
Pädagogische Konzeption
Qualität
Personal
Qualifizierung
Kindertagespflege

DJI Bulletin PLUS

Kinderbetreuung in Deutschland
Entwicklung und Begriffe

Thomas Rauschenbach

Kindertagesbetreuung in Deutschland – eine empirische Standortbestimmung

Berichte

- Seite 11 Birgit Riedel
Vater, Mutter, Krippenkind? Was Eltern erwarten
- Seite 13 Matthias Schilling
14 Milliarden Euro für Kinder
- Seite 15 Nicola Gragert, Christian Peucker, Liane Pluto, Micke Seckinger
Die pädagogische Konzeption als Qualitätsmerkmal
- Seite 17 Angelika Diller
Familie allein genügt nicht, Institution allein auch nicht
- Seite 20 Karin Jurczyk, Martina Heitkötter
Kindertagespflege in Bewegung
- Seite 23 Hans Rudolf Leu
Segregation – schon im Kindergarten?
- Seite 25 Kirsten Fuchs-Rechlin
Wie gehts im Job? – Was Erzieherinnen auf den Nägeln brennt
- Seite 27 Karin Behr
Beschäftigungssituation und Qualifizierungsbedarf
- Seite 29 Kornelia Schneider
Neue Aufgaben, mehr Weiterbildung und vor allem Zeit für das Personal
- Seite 31 Anna von Behr
Zur Akademisierung der Erzieherinnen – mit Blick auf PISA und BOLOGNA
- Seite 32 **Auf dem richtigen Weg? Kindertagesbetreuung in Deutschland. Zusammenfassung der Podiumsdiskussion (Parlamentarischer Abend des DJI)**
- Seite 34 Christian Lüders
Ottawa und die Kinder- und Jugendhilfe

DJI Bulletin PLUS

Angelika Diller, Martina Heitkötter, Nicole Klinkhammer, Hans Rudolf Leu, Regine Schelle, Kornelia Schneider
Kinderbetreuung in Deutschland – Entwicklung und Begriffe

Seite 36 Kurz informiert

Seite 39 Tagungen

Seite 42 Publikationen

Vorschau: DJI Bulletin 81
Themenheft
**Einblicke in die
Qualitative Sozialforschung am DJI**

Das **Deutsche Jugendinstitut e. V.** ist ein außer-universitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Seine Aufgaben sind anwendungsbezogene Grundlagenforschung über die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien, Initiierung und wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten der Jugend- und Familienhilfe sowie sozialwissenschaftliche Dienstleistungen. Das Spektrum der Aufgaben liegt im Spannungsfeld von Politik, Praxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Das DJI hat dabei eine doppelte Funktion: Wissenstransfer in die soziale Praxis und Politikberatung einerseits, Rückkopplung von Praxiserfahrungen in den Forschungsprozess andererseits. Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Institutionen und Verbänden der Jugendhilfe, der Politik und der Wissenschaft. Dem Kuratorium des DJI gehören Vertreter des Bundes, der Länder, des Trägervereins und der wissenschaftlichen Mitarbeiterschaft des DJI an.

Das DJI hat z. Zt. folgende Forschungsabteilungen: Kinder und Kinderbetreuung, Jugend und Jugendhilfe, Familie und Familienpolitik, Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden sowie die Forschungsschwerpunkte »Übergänge in Arbeit«, »Migration, Integration und interethnisches Zusammenleben«, »Gender und Lebensplanung«, ferner eine Außenstelle in Halle.

Impressum

Herausgeber und Erscheinungsort:
Deutsches Jugendinstitut e. V. Nockherstraße 2,
81541 München, Deutschland

Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach
Redaktion: Dr. Jürgen Barthelmes
Telefon: 089 623 06-180, Fax: -265,
E-Mail: barthelmes@dji.de
Stephanie Vontz
Telefon: 089 623 06-311, Fax: -265,
E-Mail: vontz@dji.de

Vertrieb: Stephanie Vontz
Telefon: 089 623 06-311, E-Mail: vontz@dji.de

Satz, Gestaltung: Anja Rohde, Hamburg

Druck und Versand: grafik + druck GmbH, München

Bildnachweis:

Titel, S. 4, 5, 6, 8, 10, 11, 19, 21, 26, 34 Helena Heilig.
Wir bedanken uns herzlich bei den Eltern für die Erlaubnis der fotografischen Wiedergabe ihrer Kinder.
S. 36 privat; S. 37 privat; S. 37 Dr. Stefan Borrmann.

ISSN 0930-7842

Das DJI-Bulletin erscheint viermal im Jahr.
Alle Hefte sind kostenlos.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Der kostenlose Bezug erfolgt auf schriftliche Anforderung an die Redaktion. Geben Sie bei einer Adressänderung bitte auch Ihre alte Anschrift an. Die Adressen der Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet. Kostenloser Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

Download (pdf) und HTML-Version unter
www.dji.de/bulletins

Bulletinbestellung:
www.dji.de/bulletinbestellung.htm

Liebe Leserin, lieber Leser,

die (frühe) Kindheit steht derzeit hoch im Kurs von Politik und Öffentlichkeit. In der Kindertagesbetreuung herrscht »Pionierstimmung«. Der Ehrgeiz greift um sich, Deutschland auf den »richtigen Weg« zu bringen. Dabei geht es um bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um den Ausbau von Betreuungsangeboten insbesondere auch für Kinder unter drei Jahren, und es geht darum, die Familien bei ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag zu unterstützen.

»Kitazeit ist Bildungszeit« – dieses Gebot der Stunde trägt erste Früchte. Die Ergebnisse der Studie IGLU 2006 (im Dezember 2007 vorgestellt) zeigen, dass

sich Vorschulzeit auszahlt: International und damit auch in Deutschland erreichen die *Kinder, die eine vorschulische Einrichtung besuchen, eine höhere Lesekompetenz* (vgl. Abb.). Der Bildungsauftrag der Kindertagesbetreuung scheint wirksam zu werden, denn Deutschland gehört zu den Staaten, in denen Grundschüler Spaß am Lesen haben.

In der Gesamtskala Lesen 2006 liegt Deutschland nach IGLU 2006 im oberen Viertel der Teilnehmerstaaten und steht an erster Stelle der Viertklässlerpopulation der Europäischen Union.

Der Anteil von Spitzenlesern unter den deutschen Viertklässlern mit nur

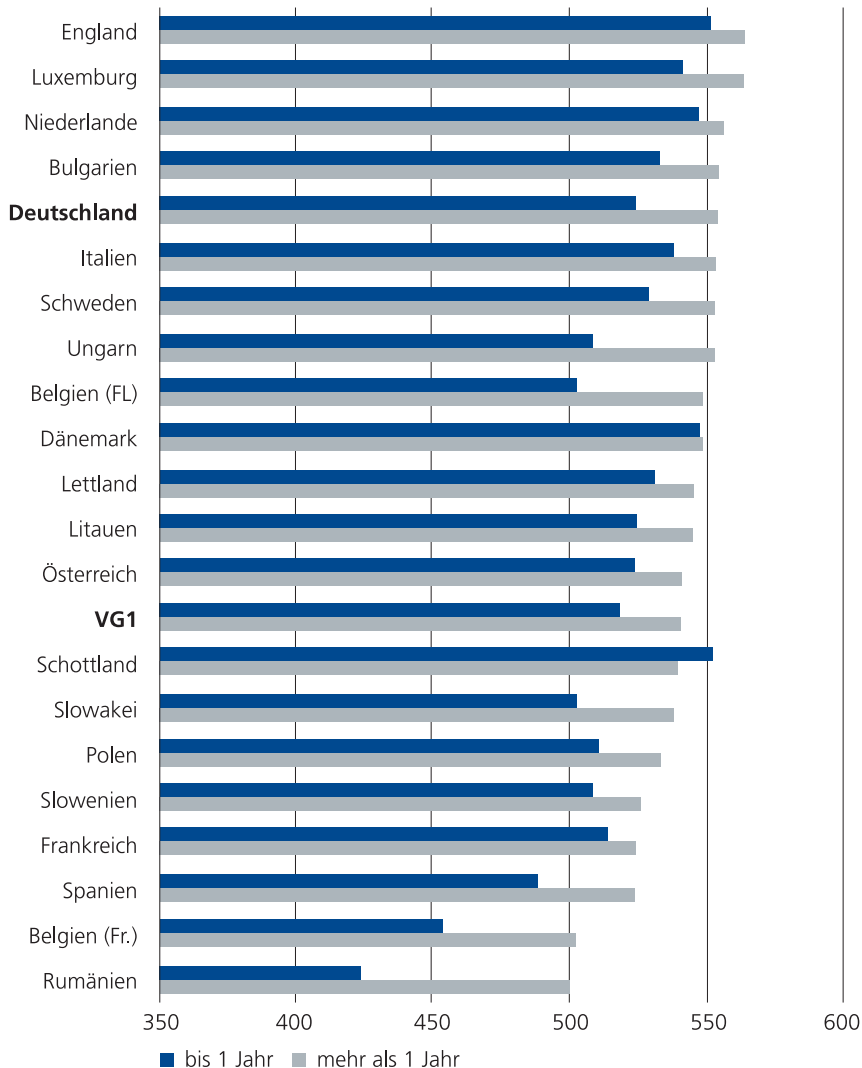
11 % ist jedoch unbefriedigend. Hier sind Singapur (19,4%), die Russische Föderation (18,9%), Bulgarien (16,5%) bei Weitem besser, aber auch Hongkong (14,6%) und Italien (13,6%). Deutsche Viertklässler verstehen die Texte, die sie lesen, besser als die Viertklässler im Test von 2001. Sie tun sich aber nach wie vor schwer, aus dem Gelesenen entsprechende wissensbasierte Schlussfolgerungen zu ziehen bzw. die Texte auf der Basis von Hintergrundwissen interpretieren zu können. Aber das ist schon immer ein Problem gewesen. Michel de Montaigne schreibt in seinen *Essais* (1580) »Über die Erziehung der Kinder« Folgendes: »Der Schüler soll nicht nur über die Worte, sondern vor allem über den Sinn und den Inhalt dessen, was er gelernt hat, Auskunft geben können; der Nutzen, den er davon gehabt hat, soll sich nicht im Gedächtnis, sondern bei der Anwendung im Leben zeigen.«

Die Eltern fördern nach IGLU 2000 insgesamt immer noch zu wenig das Lesen. Und last but not least: Die Bildungschancen hängen in Deutschland besonders stark von der sozialen Herkunft ab. Ferner lesen in allen Staaten, die an der Studie beteiligt waren, die Mädchen besser als die Jungen, wobei die Differenz in Deutschland vergleichsweise gering ist.

Deutschland hat beim Lesen insgesamt gute Noten, denn es gehört zu den elf IGLU-Teilnehmerstaaten, bei denen 2006 auffallend bessere Leistungen erzielt wurden als 2001. Der Abstand zu den besser abschneidenden Staaten verringert sich, und der Abstand zu den schlechter abschneidenden Staaten wird größer (IGLU 2006).

Der Ausbau der Kinderbetreuung war in Deutschland längst überfällig. Ist dieses Land aber damit schon auf dem richtigen Weg? In diesem Heft gibt es dazu eine Vielfalt an thematischen Beiträgen und Antworten – zum einen vorgetragen auf dem Parlamentarischen Abend des DJI 2007 in Berlin, zum anderen als Ergebnisberichte aus Projektgruppen unseres Institutes. Dabei geht es zentral immer wieder um *Zeit*: um die Zeit der Kinder, der Mütter, der Väter sowie der Erzieher/innen, und es geht auch um den *Raum*: Mehrgenerationenhäuser, Krippen, Kitas, Tagesmütter sind in der

Teilnehmerstaat



Lesekompetenz nach Dauer des Besuchs von Vorschule und Kindergarten in der Vergleichsgruppe I – Gesamtskala Lesen

Quelle: IGLU 2006. Bos Wilfried u.a. (Hrsg.) (2007): IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Zusammenfassung. Handout zur Pressekonferenz. Berlin 2007. S.14

Tat der »moderne Raum«, »wo die Gesellschaft Eltern unterstützt und wo Kinder überhaupt die Chance haben, andere Kinder zu treffen« (Ursula von der Leyen; Interview, Frankfurter Rundschau 26.02.2007).

Sind wir, was Zeiten und Räume betrifft, wirklich auf dem richtigen Weg? Werden sich bei einer *work-life-balance* die Maßstäbe der Arbeitswelt massiv in Richtung Familie verschieben? Oder »werden die Frauen nur ebenso unerbittlich in die Produktionsmaschine eingespannt wie die Männer«? Sollte dies zutreffen, »dann droht ein flächendeckender Familienkollaps« (Susanne Gaschke in der ZEIT vom 18.10.2007).

Das politische und gesellschaftliche Engagement für die Kindertagesbetreuung darf eines jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass Kinder und Eltern auch Aus-Zeiten von Bildung, Betreuung und Erziehung sowie von Arbeit und Job brauchen. Kinder und Eltern müssen bzw. dürfen auch mal »chillen« und sich ruhig gemeinsam eine Kugel Eis gönnen.

Als Illustration für dieses Themenheft haben wir Kinderportraits aus dem Bilderzyklus »Eis, Kinder« der Münchner Fotografin Helena Heilig ausgewählt, die mit großer Geduld und viel Einfühlungsvermögen Kinder beim Eisessen beobachtet hat.

Von jeher hat Eis für Kinder eine anziehende Wirkung, und das gekonnte Verzehren einer Kugel Eis kann im Grunde genommen zu den »basalen Kulturtechniken« der Kinderzeit gezählt werden:

Da müssen motorische Fähigkeiten entwickelt werden, die Tüte so zu balancieren, damit die Kugel nicht auf dem Boden landet oder die Kleidung allzu sehr bekleckert wird. Mit zunehmender Erwärmung darf das Eis in der Tüte nicht herabtropfen; die Kinder müssen also ein Gespür für das Verzehren entwickeln, alles andere wäre eine Minderung des Schleckvergnügens.

Eisessen fördert ferner die Bildung von Geschmacksvorlieben (»Papa, die haben ja gar kein Stracciatella«) sowie das Entwickeln des Gefühls für das »rechte Maß« – die meisten Kinder



kennen ja jenen plötzlichen seltsamen Kälteschmerz, der bei zu viel Eis auf einmal im Mund über Hinterkopf, Schädeldecke und Gaumen zieht.

Beim Kauf einer Kugel Eis spielt auch das Geld eine Rolle, und ältere Kinder müssen dabei an die Einteilung ihres Taschengeldes denken. Ferner lernt man Tricks kennen, beispielsweise wenn der Eisverkäufer oder die Eisverkäuferin hinter dem gläsernen Tresen einem die Tüte entgegenreichen und man selbst spontan danach greifen will, mit der Hand jedoch auf die Glasscheibe stößt – das Gelächter ist dann auf beiden Seiten.

Eisdielen sind aber nicht nur für Kinder attraktiv, sondern auch für Mütter und Väter, denn zunehmend werden sie zu Treffinseln zwischen den Räumen der Arbeit und der Betreuung. Gerade in den Zeiten ab Februar/März bis September/Okttober sind dort zu bestimmten Alltagszeiten vermehrt Kinder und Eltern anzutreffen – meist nach Ende von Betreuungszeiten in Gruppen, Kitas oder Grundschulen.

Eisdielen können (entsprechend den Überlegungen des Zwölften Kinder- und Jugendberichtes) auch zu Orten des informellen Lernens gezählt werden:

Das Verzehren von Eis, Getränken oder Speisen verlangt Übung und ist obendrein von sozialen Tätigkeiten begleitet. Die Kinder treffen und lernen

andere Kinder kennen; die Kinder teilen sich mit, tauschen sich aus oder spielen miteinander. Dabei lernen sie auch, sich entsprechend in den gastronomischen Räumen zu verhalten, und dabei üben sie es ein, auf Menschen und Gegenstände Rücksicht zu nehmen.

Eisdielen sind schließlich für Mütter und Väter auch Börsen der Information, wo sie sich über die Möglichkeiten und die Qualität der Kindertagesbetreuungsstätten sowie der Schulen im Umfeld austauschen können.

Hin und wieder kann man jedoch auch beobachten, dass Mütter mit ihren Kindern beim Anblick einer Eisdielen die Straßenseite wechseln, denn ein Euro für eine Kugel Eis strapaziert den Geldbeutel mancher Familie allzu sehr und der Verzehr von Eis wird als »überflüssige Ausgabe« vermieden. Wehe jener Mutter, deren Kind die Eisdielen auf der anderen Straßenseite entdeckt hat!

Das Bulletin 80 PLUS erläutert (mit Blick auf die Beiträge des Heftes) ausgewählte Begriffe der Kinderbetreuung in Deutschland zu rechtlichen und finanziellen Entwicklungen, zu Personal und Organisation sowie zu pädagogischen Aspekten.

Mit herzlichen Grüßen
Jürgen Barthelmes
Stephanie Vontz

Kindertagesbetreuung in Deutschland – eine empirische Standortbestimmung



Die folgende Zwischenbilanz stützt sich auf die seit Ende 2007 vorliegenden amtlichen Daten der neuen Kinder- und Jugendhilfestatistik zur Kindertagesbetreuung sowie auf die ersten Quartalsbilanzen der neuen Elterngeldstatistik. Sie benennt mit einem Blick zurück künftige Herausforderungen für Politik und Gesellschaft.

Stetiger Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung in den letzten 30 Jahren

In einem familienpolitischen Dreisprung wurden in den letzten 15 Jahren folgende familienpolitische Leistungen auf den Weg gebracht:

- der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (1996),
 - die Einführung des Elterngeldes (2007) sowie
 - der vereinbarte Rechtsanspruch für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr auf einen Betreuungsplatz (ab 2013).
- Dabei kann die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab drei Jahren Mitte der 1990er-Jahre als Initialzündung der Entwicklung öffentlicher Kinderbetreuungsangebote im Westen Deutschlands angesehen werden.

So gab es noch vor 1970 in Westdeutschland im Bundeschnitt nicht einmal für jedes dritte Kind im Kindergartenalter einen Platz – und wenn, dann meist nur als Halbtagsangebot. Die öffentliche Kindertagesbetreuung war zu dieser Zeit weit davon entfernt, ein Regelangebot für alle Kinder zu sein. Erst ab Mitte der 1990er-Jahre hatte jedes Kind im Kindergartenalter eine Chance, einen Kindergartenplatz zu erhalten. Der Osten Deutschlands hat mit seiner deutlich anders verlaufenen Vorgeschichte wesentlich mit dazu beigetragen, dass auch im Westen der Republik eine nachholende Modernisierung zustande gekommen ist (siehe Abb. 1).



Elterngeld, ein Schritt nach vorn

Das seit Beginn des Jahres 2007 neu geschaffene Elterngeld geht noch einen Schritt weiter und ermöglicht es einem Elternteil, mit vergleichsweise geringen Einkommenseinbußen im ersten Jahr ganz für das Kind da zu sein. Dadurch werden junge Eltern vor dem finanziellen »Absturz« geschützt, von dem sie ansonsten durch die Geburt eines Kindes und die Unterbrechung einer Erwerbstätigkeit im ersten Lebensjahr bedroht sind (siehe Abb. 2).

Bundesweit wurden bis Ende September 2007 insgesamt 387.000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. Diese Zahl liegt deutlich unter der zu erwartenden tatsächlichen Geburtenzahl, da im gesamten Jahr 2006 immerhin 673.000 Kinder geboren wurden. Sofern alle einen Antrag stellen, müssten daher bei einer vergleichbaren Größenordnung zu diesem Zeitpunkt bis zu 500.000 Anträge vorliegen. Für die zu geringe Zahl kann es mehrere Gründe geben:

- ein starker administrativer Bearbeitungsstau;
- eine größere Zahl von erwerbstätigen Eltern, die ihre Arbeit bei der Geburt eines Kindes nicht unterbrechen;
- eine beachtlich große Zahl unkundiger Eltern eines neugeborenen Kindes, die gar keinen Antrag stellen bzw. sich dadurch keine finanziellen Vorteile versprechen.

Welche dieser Möglichkeiten tatsächlich zutrifft, wird man frühestens beurteilen können, wenn verlässlichere Zahlen für einen längeren Zeitraum vorliegen.

Gleichwohl zeigt sich, dass das Elterngeld – wie es vor der Einführung schlussendlich auch diskutiert und beschlossen worden ist – offenkundig zwei unterschiedliche Funktionen erfüllt:

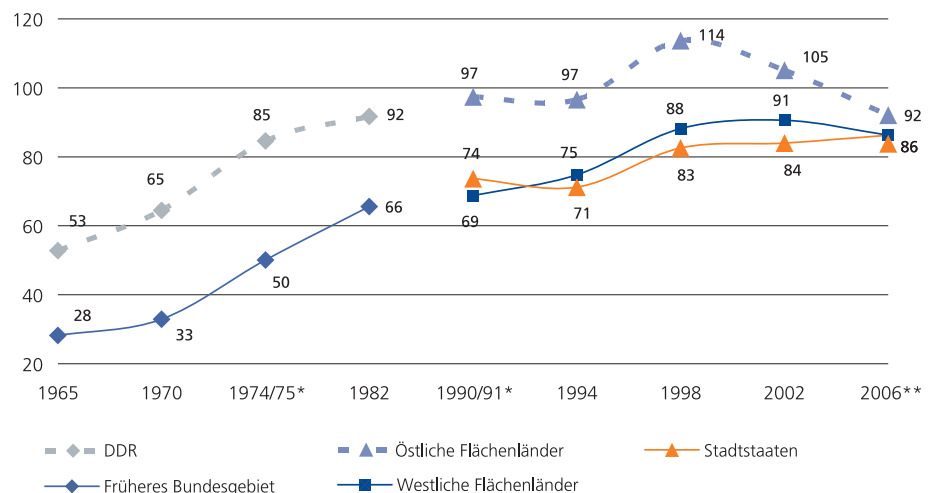


Abbildung 1: Entwicklung der Versorgungsquote/Besuchsquote im Kindergartenalter im Ost-West-Vergleich (in %)

* Abweichende Erhebungszeitpunkte in Ost und West

** Ab 2006 werden nicht mehr die verfügbaren Plätze erfasst, sondern die Anzahl der Kinder, die eine Tageseinrichtung besuchen.

Quelle: Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Bielefeld; Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

- eine überwiegend *arbeitsmarktpolitische* Funktion für rund ein Drittel der Elterngeldbezieher, die dies als Ersatz von bzw. aufgrund der Reduzierung des Erwerbseinkommens erhalten, sowie
- eine vorrangig *sozialpolitische* Funktion für ca. zwei Drittel der Empfängerinnen und Empfänger, die entweder nur einen Mindestbetrag erhalten oder aber aufgrund ihres zuvor geringen Verdienstes einen Geringverdienstzuschlag bekommen. Das gilt übrigens auch für Männer: Bei etwa 42 % der Elterngeld empfangenden Männer ist davon auszugehen, dass sie zuvor kein eigenes Erwerbseinkommen hatten oder aber unter einer monatlichen Einkommensschwelle von 1.100 € lagen. Insofern vermischen sich bei dieser Gruppe vermutlich Vätermotive mit Finanzmotiven, zumal fast die Hälfte jener Männer, die das Elterngeld mehr als 7 Monate in Anspruch nehmen, dieses lediglich in einer Höhe von bis zu 500 € erhalten.

Zusammen mit dem anstehenden Ausbau des Angebots für unter Dreijährige ist das Elterngeld zweifellos ein Schritt in die richtige Richtung und eröffnet in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft – auch im Lichte des zusätzlichen Ausbaus der Ganztageschulen – ein für Eltern verlässliches Gesamtpaket der öffentlichen Sorge und Unterstützung des Aufwachsens von der Geburt bis in die Schulzeit hinein.

Beim U3-Ausbau die Schlagzahl erhöhen

Gemessen an dem anzunehmenden Versorgungsbedarf sowie an den Zielen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) muss die Ausdehnung der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige im Westen der Republik erheblich beschleunigt werden, damit die gesetzten Ziele tatsächlich erreicht werden können (siehe Abb. 3).

Während bei den Drei- bis Sechsjährigen inzwischen bundesweit durchgängig hohe Versorgungsquoten erreicht werden, liegen in der Betreuung von unter Dreijährigen Wunsch und Wirklichkeit noch weit auseinander. Zuletzt wurde zwar viel über dieses Thema geredet, konkret passiert ist jedoch bislang wenig. »Der Fortschritt im Ausbau der Kinderbetreuung 2006 war eine Schnecke«, so kommentierte Ministerin Ursula von der Leyen in einer Bundestagsrede im Juni 2007 den Ausbau der Kinderbetreuung treffend und drastisch. Dieser Befund wird durch den TAG-Bericht 2006 ebenso bestätigt wie durch die aktuellen vorläufigen Zahlen für das Frühjahr 2007.

Um die Ziele des TAG und die darüber hinaus neu gesetzten Ziele von 750.000 Plätzen für unter Dreijährige bis 2013 zu erreichen, ist ab 2008 eine Ausbauleistung von rund 70.000 zusätzlichen Plätzen pro Jahr zu veranschlagen. In Anbetracht der Tatsache, dass im Frühjahr 2007 in Westdeutschland gerade mal knapp 167.000 Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung standen (ohne Berlin), ist das eine gewaltige jährliche Herausforderung. Umso dringlicher ist es, dass der beschlossene Weg des Ausbaus von Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren (U3) nun auch in den Ländern und den Kommunen zügig beschritten wird, da bei weiteren Verzögerungen die neu zu schaffenden Plätze in immer größeren Mengen in immer kürzerer Zeit bewältigt werden müssen.

Insofern ist die Sorge nicht ganz unbegründet, dass in den Ländern das vom Bund vorgelegte Tempo nicht eingehalten werden kann, nicht zuletzt deshalb, weil die Kommunen mög-

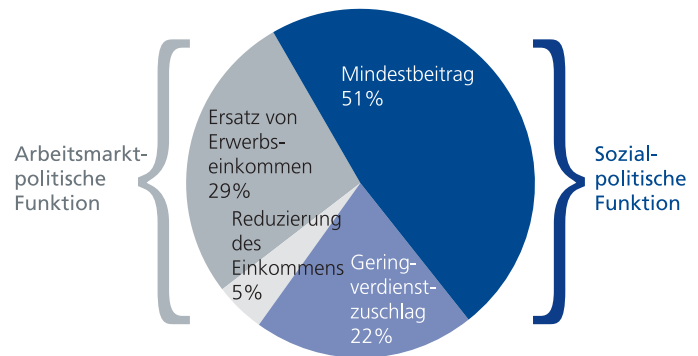


Abbildung 2: Bewilligte Elterngeld-Anträge nach Grundlage der Elterngeldberechnung im 1.-3. Quartal 2007 (N = 386.955)

Mehrfachnennungen möglich

Quelle: Statistisches Bundesamt Elterngeldstatistik, 3. Quartal 2007

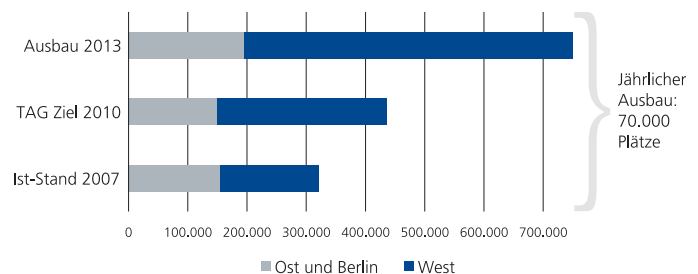


Abbildung 3: Jährlicher Ausbaubedarf für unter Dreijährige im Lichte der Ausbauziele 2010 und 2013

licherweise abwarten, bis sie mit Blick auf die finanziellen Förderungszusagen der Länder auf der sicheren Seite sind. Das könnte zu dem paradoxen Effekt führen, dass trotz großer Übereinstimmung in der Sache und trotz verabredeter Rahmenbedingungen zunächst einmal weniger geschieht als bisher, da vor Ort alle auf Rechtssicherheit und einen konkreten Mittelfluss durch die Länder warten.

Der Ausbau der Betreuungsangebote: kein Selbstläufer bei Personalbedarf und Personalqualität

Darüber hinaus bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Als Konsequenz aus dem angestrebten Angebot von insgesamt 750.000 Plätzen für unter Dreijährige bis 2013 ergibt sich ein zusätzlicher Platzbedarf von gut 420.000 Plätzen – davon rund 70 % in Kindertageseinrichtungen und etwa 30 % in der Kindertagespflege. Das würde bedeuten, dass ca. neue 146.000 Kindertagespflegeverhältnisse sowie ca. 277.000 Plätze in Einrichtungen geschaffen werden müssten.

Damit einher geht zwangsläufig ein zusätzlicher Personalbedarf. Für die Tageseinrichtungen wird dafür eine entsprechende Zahl an Fachkräften benötigt. Bei einem angenommenen Erzieher-Kind-Schlüssel von 1 zu 5 – wie er beispielsweise

se in Nordrhein-Westfalen geplant ist –, ergibt sich daraus ein rechnerischer Bedarf von ca. 55.000 Vollzeitstellen alleine für die in Einrichtungen zusätzlich zu schaffenden Plätze.

Da jedoch in den nächsten Jahren zugleich die Anzahl der Kindergartenkinder zurückgehen wird, werden in dieser Altersgruppe bis 2013 voraussichtlich 16.000 Vollzeitstellen nicht mehr benötigt. Per Saldo entstünde damit bis 2013 ein zusätzlicher Bedarf von knapp 40.000 Vollzeitstellen für Erzieherinnen und Erzieher gegenüber der Lage im Frühjahr 2007.

In Anbetracht des Umstandes, dass gegenwärtig in den Kindertageseinrichtungen bei Weitem nicht alle einer Vollzeittätigkeit nachgehen – und dies auch in naher Zukunft nicht der Fall sein wird –, werden daher vermutlich rund 50.000 zusätzliche erwerbstätige Personen in diesem Bereich benötigt – dieser Wert weicht von den bisherigen Veröffentlichungen ab, da hier die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung sowie aktuellere Zahlen der Kinder- und Jugendhilfestatistik verwendet werden. Allerdings kann diese Zahl auch noch steigen, sofern die unterstellte Zielquote von 30 % Tagespflege nicht erreicht wird (siehe Abb. 4).

In den nächsten Jahren wird somit der Personalbedarf in der Frühpädagogik weiter steigen. Dadurch wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für pädagogisch-soziale Berufe ganz erheblich entspannen. Dennoch müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um geeignetes Personal in ausreichender Zahl auszubilden bzw. dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Schon jetzt ist absehbar, dass dies ein eigenes, weit über den bisherigen Tellerrand der fachinternen Debatten hinausgehendes Thema sein wird. Ähnliches lässt sich auch für die Kindertagespflege beschreiben.

Mit diesem zahlenmäßigen Ausbau allein ist es jedoch nicht getan. Es geht in der Frühpädagogik nicht nur um Quantität, es geht auch und insbesondere um Qualität, d. h. nicht



nur um Masse, sondern auch um Klasse. Die Frage neuer, verbesserter und anderer Qualifikationsprofile muss viel stärker ins Blickfeld gerückt werden. Das bisherige Berufsprofil der Erzieherin bzw. des Erziehers kann im Lichte der vielfach diskutierten, deutlich erweiterten Erwartungen nicht mehr das alleinige Zukunftsmodell sein.

Es geht auch um den Ertrag für die Kinder

Die Angebote müssen so qualifiziert werden, dass sie als Entwicklungs- und Bildungsimpulse für alle Kinder zum Tragen kommen sowie eine sozialintegrative Förderungsfunktion für jene Kinder enthalten, die zu Hause eher auf der Schattenseite aufwachsen.

Ziel muss es sein, Kinder von Anfang an in der bestmöglichen Art und Weise zu bilden, zu erziehen und zu betreuen. Im Gegensatz zu althergebrachten – und aus politischen Gründen zur Zeit wieder reaktivierten – Bildern von seelenlosen Krippen, in denen Kinder einfach abgestellt, »geparkt« und nur gehütet werden, damit die Eltern, genauer: die Mütter arbeiten gehen können, geht es bei der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung um das Kind selbst, um seine Bildung sowie um seine aktive Förderung und Entwicklung. Nur auf diese Weise können alle Kinder erreicht werden, auch jene, die zuhause nicht unbedingt uneingeschränkt die bestmögliche Förderung erhalten; nur so kann es gelingen, die herkunftsbedingten Nachteile auszugleichen.

In jedem Fall sind gute Betreuungsangebote, d. h. Angebote, bei denen die Bindungs- und Beziehungsqualität zu den Kindern stimmt, ein Zugewinn an Lern- und Erfahrungsgelegenheiten für alle Kinder, und zwar nicht anstelle, sondern ergänzend zur Familie. Die damit einhergehende direkte Förderung von Kindern ist die große Chance beim Ausbau der öffent-

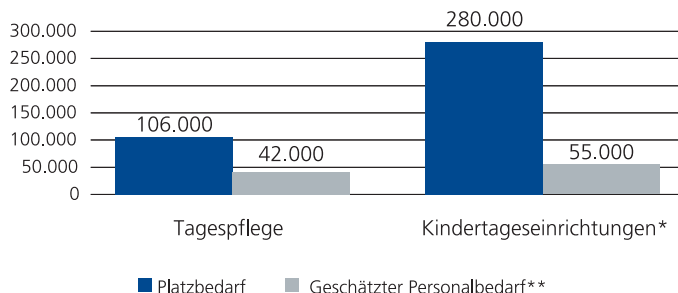


Abbildung 4: Geschätzter Personalbedarf in Tagespflege und Tageseinrichtungen zur Erreichung des Ausbauziels 2013

* Bei den Berechnungen des Personalbedarfs für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen sind die frei werdenden Personalkapazitäten im Kindergartenalter bereits abgezogen. Zudem wurde bei der Tagespflege das Potenzial der vorhandenen informellen Tagespflege eingerechnet.

** Grundlage der Berechnungen für den Personalbedarf sind folgende Betreuungsschlüssel: in der Tagespflege eine Betreuungsperson für durchschnittlich 2,5 Kinder, in Kindertageseinrichtungen eine Betreuungsperson für 5 Kinder (zuzüglich des Mehrbedarfs durch Teilzeitbeschäftigung).

lichen Infrastruktur – die deshalb umfassend und nachfrageorientiert genutzt werden sollte.

Gestaltung des Lernortes Kindertageseinrichtung

Die bisherigen Kindertageseinrichtungen erhalten dabei in Zukunft einen paradigmatisch neuen Grundauftrag bei der öffentlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Die Einführung von Bildungs- und Erziehungsplänen ist dabei nur ein erster Schritt in diese Richtung. Zusätzlich benötigt die Frühpädagogik einen ambitionierten, erweiterten, nicht auf Schule, Schulfächer und Unterricht zentrierten Bildungsbegriff, der das Lernen mit »Kopf, Herz und Hand« in den Mittelpunkt stellt, der behutsam von einem erfahrungsbasierten, lebensweltlichen und familiennahen Lernen zu einem strukturierten Lernen übergeht, der nach Wegen sucht, individuelle Bildungs- und Lerngeschichten zu erzeugen, ohne das Ziel einer breiten Bildung aus den Augen zu verlieren.

Die eigentliche Herausforderung der nächsten Jahre wird in dieser Hinsicht darin liegen, ob es gelingt, überzeugende und wirkungsvolle Bildungskonzepte zu entwickeln, die den Eigensinn von Kindertageseinrichtungen mit eigenen Wegen jenseits von Schule und schulischer Bildung rechtfertigen und zugleich auf intelligente erfahrungsbasierte Curricula zurückgreifen. Daneben wird es aber zu einer ebenso dringlichen Aufgabe, die Bildungsfrage der unter Dreijährigen für die Ausbildung

und die Praxis wissenschaftlich zu erschließen und dabei gleichzeitig das in diesem Alter konstitutive Zusammenspiel der Bildungsorte Familie und Kindertageseinrichtung ernsthaft konzeptionell zu verankern, um so eine neue Form der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft von Familie und professionellen Angeboten zu begründen – eine völlig neue Herausforderung für dieses Arbeitsfeld.

Das Thema Migration braucht eine größere Aufmerksamkeit
Kindertageseinrichtungen müssen sich in punkto Migration auf folgende Ausgangslagen einstellen:

- Jedes dritte Kind unter sechs Jahren weist bundesweit einen Migrationshintergrund auf.
- In 36 % der westlichen Bundesländer sowie in vielen Regionen und Stadtteilen haben im Schnitt mehr als 50 % der Kinder in diesem Alter einen anderen soziokulturellen Hintergrund – und dies nicht nur in sprachlicher Hinsicht, sondern auch in punkto Religion, Kultur, Lebensstile, Erziehungsverhalten, Werte, Normen und vielem mehr. (siehe Abb. 5; vgl. auch den Beitrag von Hans Rudolf Leu in diesem Heft)

Daher müssen Kindertageseinrichtungen die soziokulturelle Heterogenität der Familien und ihrer Kinder sehr viel stärker zu einem konzeptionellen Bezugspunkt ihrer Arbeit machen.

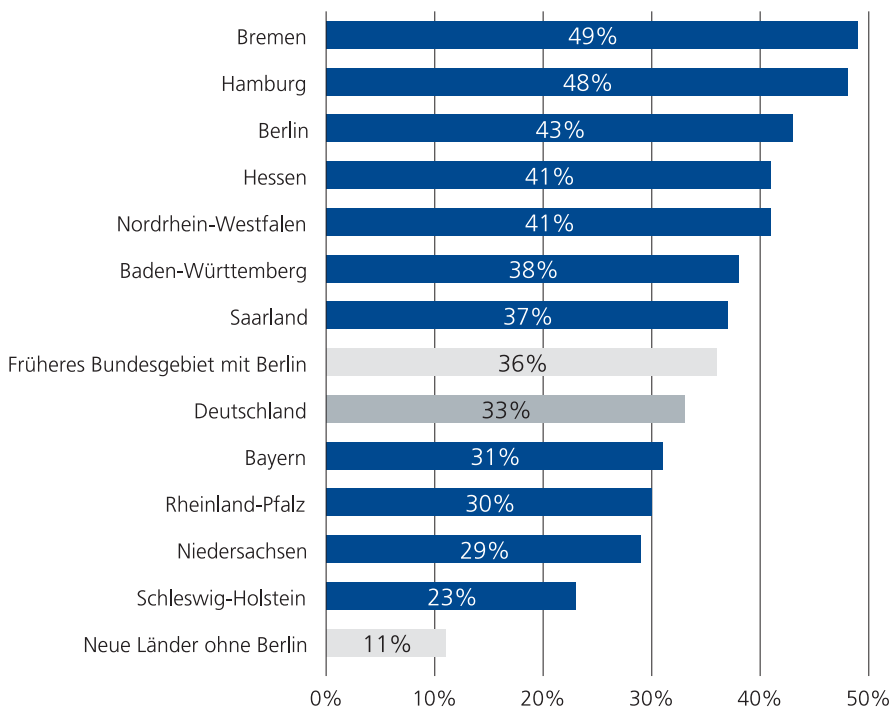


Abbildung 5: Migrationsanteile bei den unter Sechsjährigen nach Bundesländern (2005)

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung zu Fachserie 1, Reihe 2.2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Ergebnisse des Mikrozensus 2005)

»Eltern-Kind-Zentren« sind zukunftsweisend

Modelle eines familienfreundlichen Angebots können auch als ein Beitrag zum Ausbau lokaler Bildungslandschaften begriffen werden. Die zentrale inhaltliche Herausforderung zum Wohl der Kinder liegt in der verbesserten Unterstützung von Familien sowie in der Elternqualifizierung und der Stärkung der Elternkompetenz. Hier anzusetzen könnte eine zentrale Perspektive im Zuge des Umbaus der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, d. h. zu eltern- und kindfördernden Einrichtungen sein. Denn diese beinhalten doch das Potenzial, die widersprüchlichen, durch den gesellschaftlichen Wandel provozierten familialen Herausforderungen ebenso abzufedern wie das bislang unbefriedigende Nebeneinander von familialer und öffentlicher Erziehung und Bildung.

Insoweit sind »Eltern-Kind-Zentren« zugleich Teil einer Antwort im Sinne eines neuen Systems von Bildung, Betreuung und Erziehung, wie dies der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht dargelegt hat. Familienzentren können Familien in einer ganz spezifischen Weise einbinden, sie gleichermaßen zu Konsumenten und Ko-Produzenten der Einrichtungen machen. Das setzt aber auch eine Beteiligung anderer Partner, etwa den Institutionen der Familienbildung und Familienberatung an diesem Projekt voraus. Kindertageseinrichtungen allein können diese Herausforderung nicht schultern. Eine engere Kooperation mit Eltern – von Anfang an – sowie eine Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz könnte dabei ebenso zu einer Aufgabe dieser weiterentwickelten Einrichtungen werden wie Qualifizierungsangebote oder Möglichkeiten des Treffens von Eltern mit kleinen Kindern, ohne dass sie dort einen Kita-Platz haben müssen. Insoweit hätten diese Orte für beide Zielgruppen, für Eltern wie für Kinder eine sozial- und eine bildungspolitische Komponente.

Am Ende des Horizontes der Kindertagesbetreuung steht die Schule.

Kindertageseinrichtungen müssen sich demnach mit Blick auf den Übergang in die Grundschule und das wachsende Ganztagsangebot für die ersten Schuljahre auch an einer Weiterentwicklung der lokalen Bildungslandschaften beteiligen, wie sie im Moment an vielen Stellen diskutiert werden. Erst dann wird es gelingen, die erste Stufe des öffentlichen Bildungssystems, nämlich die Kindertageseinrichtungen, mit dem Schulbereich zu verbinden.

Die Bestimmung der notwendigen Eckwerte – ein Fazit
Jährlich 70.000 neu zu schaffende Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren sowie 50.000 zusätz-



lich benötigte Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen und bis zu 42.000 neue Tagespflegepersonen bis 2013 bilden die quantitativen Eckwerte der kommenden Jahre. Das ist die eine Seite der Aufgabe – und schon für sich genommen ein gewaltiges Projekt, dessen Realisierung vorerst keineswegs gesichert erscheint. Daneben muss aber auch die qualitative Seite ins Blickfeld gerückt werden, will man nicht in das Zeitalter der Kinderbewahranstalten zurückfallen. Und dies bedeutet:

- Weiterentwicklung und Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten für den frühpädagogischen Bereich;
- stärkere Beachtung der heterogenen Ausgangslagen und Integrationserfordernisse durch die große Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund;
- der gleichzeitige Um- und Ausbau der Einrichtungen zu Orten für Kinder und Eltern, in denen eine neue Form der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Familien und Kindertageseinrichtungen realisiert werden kann.

Vater, Mutter, Krippenkind? Was Eltern erwarten



Kita-Ausbau, Ganztagsbetreuung, Elterngeld und Vätermomente – trifft die neue Familienpolitik wirklich die Themen, die für Eltern mit Kleinkindern heute wichtig sind? Seit in Deutschland die Debatte über den Betreuungsausbau geführt wird, schwingen vielerlei Annahmen, Vorstellungen und Vorurteile darüber mit, welchen Bedarf Eltern an Kinderbetreuung haben und was sie sich wünschen. Die DJI-Kinderbetreuungsstudie hat dazu die alltäglichen Erfahrungen und Vorstellungen der Eltern untersucht. Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse lassen sich gängige Annahmen überprüfen sowie Einblicke gewinnen, was Eltern von der Betreuung halten und erwarten.

Im ersten Jahr: Votum für das Elterngeld

Ein großer Teil der Eltern würde heute, wenn möglich, bereits vor dem dritten Geburtstag des Kindes eine Betreuung in einer Kita oder bei einer Tagesmutter in Anspruch nehmen, in seltenen Fällen jedoch vor dem ersten Geburtstag. Befragt nach ihren persönlichen Wünschen, möchten die meisten Eltern die Betreuung des Säuglings bzw. Kleinkindes im ersten Lebensjahr selbst übernehmen, meist nach wie vor im Rahmen der klassischen Aufgabenteilung. Männer sind in der Kinderbetreuung zwar nicht mehr völlig außen vor, aber doch eher »Gelegenheitsväter«, während die Hauptlast der Betreuungsaufgaben unverändert bei den Müttern liegt.

Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Daten zum Elterngeld bestätigen den Eindruck, dass die Väter nur schwer über ihren Schatten springen: So waren nach Einführung der neuen Elterngeldregelung, d. h. von Januar bis September 2007, gerade mal 9,6 % der Bezieher Väter; davon nahm jeder zweite (57,5 %) die beiden Vätermomente in Anspruch (Statistisches Bundesamt 2007). Insofern spiegelt die Diskussion, bei der es fast immer noch allein um die Mütter geht, zum großen Teil die Realität wider.

Nach einem Jahr: außer Haus

Nach dem ersten Lebensjahr steigt der Wunsch nach außerhäuslichen Betreuungsangeboten, die die Familie ergänzen. Einen Betreuungsplatz wünschen sich

- bei Einjährigen ein Drittel,
- bei Zweijährigen mehr als zwei Drittel der Eltern.

Für das Land, das den Begriff der »Rabenmutter« erfunden hat, ist das gleichsam eine kleine Revolution, denn die Kinderbetreuung zumindest in Westdeutschland ließ sich lange Zeit auf folgenden Nenner bringen:

- Besuch eines Kindergartens frühestens ab drei Jahren,
- davor familiäre Betreuung,
- und als letzter Ausweg die Krippe, wenn dies aus finanziellen Gründen unumgänglich war.

Doch dieses Prinzip bröckelt und spielt in den Vorstellungen der Eltern immer weniger eine Rolle. Eltern orientieren sich hierbei stark an ihrem Umfeld und lernen von den anderen Eltern:

Je mehr Angebote für Kinder unter drei Jahren vor Ort vorhanden sind, je mehr Erfahrungen mit ihnen kollektiv gesammelt wurden, je »normaler« es ist, sie zu nutzen, desto häufiger wünschen sich Eltern einen Kita-Platz oder einen Platz bei einer Tagesmutter. Fehlen umgekehrt entsprechende Angebote und Erfahrungen, sind auch die Wünsche danach geringer.

Krippen – die passende Antwort?

Eltern wünschen sich vor allem ab dem zweiten Geburtstag ihres Kindes einen Betreuungsplatz. Etwa jeder zweite Platz, der für Kinder unter drei Jahren zusätzlich entstehen soll, wird voraussichtlich von einem *zweijährigen* Kind in Anspruch genommen. Davon ausgehend

wird dann etwa die Hälfte der bis 2013 zu schaffenden Betreuungsplätze für Kinder im Alter von zwei Jahren an benötigt. Dies hat jedoch auch Konsequenzen für die Art der benötigten Angebote:

Den Eltern ist wenig mit einem Krippenplatz geholfen, bei dem das Kind bereits nach einem Jahr wieder die Einrichtung wechseln muss. Trotzdem ist heute immer noch vom »Krippenausbau« die Rede. Das verkennt zugleich die heutige Realität:

- Nur 6 % der Kinder unter drei Jahren, die entsprechend den aktuellen Zahlen der Kinder- und Jugendhilfestatistik einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, werden in einer Krippe betreut;
- 25 % dagegen besuchen einen Kindergarten;
- mehr als die Hälfte werden in altersübergreifenden Einrichtungen betreut und
- 15 % sind in der Obhut von Tagesmüttern.

Der Kindergarten erst ab drei Jahren könnte bald genauso überholt sein wie die reine Krippe.

Eine noch weitgehend offene Frage ist die künftige Bedeutung der Tagespflege. Sie wird von den Eltern vor allem als Betreuungsform für Kinder unter zwei Jahren geschätzt, doch viel hängt von ihrer künftigen qualitativen Ausgestaltung ab.

Vereinbarkeit – das einzige Motiv?

Lange Zeit hielt sich hartnäckig die Annahme, dass Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren nur von berufstätigen Eltern nachgefragt würden. Tatsächlich finden sich Betreuungswünsche am häufigsten bei vollzeiterwerbstätigen Müttern, die besonders auf eine verlässliche Kindertagesbetreuung angewiesen sind. Teilzeiterwerbstätige und nicht berufstätige Mütter unterscheiden sich hingegen nur noch graduell in ihren Betreuungswünschen.

Auch verringern sich die Unterschiede insgesamt mit dem Alter der Kinder. Bei den Zweijährigen sind es zwei Drittel der erwerbstätigen, aber immerhin mehr als die Hälfte der nicht erwerbstätigen Mütter, die eine Betreuung in einer Kita oder Tagespflege möchten. Die Motive der Eltern für eine frühe zusätzliche Betreuung sind demnach vielschichtiger geworden. Zweifellos spielt der Gedanke der Frühförderung eine Rolle sowie der Wunsch, den Kindern Kontakte mit Gleichaltrigen zu ermöglichen, aber auch der Wunsch der Eltern selbst, über ein solches Betreuungsangebot mit anderen Eltern in einen Austausch zu kommen.

Die Politik muss hier ihr eigenes Blickfeld erweitern: Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist zwar nach wie vor, aber nicht ausschließlich im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit zu sehen. Für den Ausbau der Angebote bedeutet das nicht nur ein quantitatives Mehr der bisherigen Palette, sondern auch eine qualitative Verbreiterung des Spektrums, um die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern aufzugreifen. So dürfte es in vielen Fällen um zeitlich weniger umfassende Formen der Betreuung gehen sowie um Formen, die den jüngeren Kindern gezielte Lernerfahrungen ermöglichen, aber auch um Angebote, die die Eltern einbinden und mit ihren eigenen Bedürfnissen ernst nehmen. Hier gilt es von Elterninitiativgruppen, Spielkreisen, Familienzentren und ähnlichen Angeboten zu lernen, die soziale Teilhabe sowie den Kontakt und Austausch zwischen Kindern, Eltern und Erzieherinnen in den Mittelpunkt stellen.

Ausbau U3 – ein Programm nur für Städte?

Ebenso wenig stimmt, dass sich die Nachfrage nach öffentlicher Betreuung nur auf städtische Räume bzw. Ballungsräume beschränken würde, während auf dem Land Kinderbetreuung noch überwiegend privat funktioniert und Eltern im Bedarfsfall ohnehin lieber die Großeltern zu Hilfe nehmen.

Stadt-Land-Unterschiede sind zwar vorhanden und werden auch durch die DJI-Kinderbetreuungsstudie bestätigt. Anders als bei der Erwerbstätigkeit sind dabei die Unterschiede bei den Zweijährigen am größten: In diesem Alter wünschen sich in Großstädten 72 %

der Eltern einen Betreuungsplatz gegenüber 56 % auf dem Land. Daraus allerdings zu schließen, auf dem Land könnte der Betreuungsausbau für Kinder unter drei Jahren »gebremst« erfolgen, verkennt den bestehenden Aufholbedarf. In den 1980er- und 1990er-Jahren ist gerade auf dem Land der Auf- und Ausbau der Betreuungsinfrastruktur kaum vorangekommen. Das hat dazu geführt, dass Eltern auf dem Land nach wie vor besonders schlechte Chancen auf Betreuungsplätze haben. Kontrastiert man die Wünsche mit der aktuellen Inanspruchnahme, dann zeigt sich Folgendes: Während sich – statistisch gesehen – in den Großstädten jeder dritte Betreuungswunsch realisieren lässt, war es in ländlichen Gegenden bisher nur jeder siebte.

Institutionell betreut = ganztags abgeschoben?

Die Eltern selbst haben längst begriffen, dass öffentliche Betreuungsangebote und Familien nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern einander sinnvoll ergänzen können. Dass es nicht um »Mama oder Krippe«, sondern allenfalls um »Mama und Krippe« geht, unterstreichen auch die Ergebnisse der DJI-Kinderbetreuungsstudie zur Dauer der täglichen Inanspruchnahme.

Nicht selten schwingt in den aktuellen Diskussionen der Vorwurf mit, Kinder würden in die Einrichtungen »abgeschoben«, und es wird der Eindruck erweckt, die Kinder würden dort von morgens bis abends untergebracht. Die empirischen Daten weisen demgegenüber auf eine ganz andere Nutzungslogik hin:

- 44 % der Eltern von Kindern unter drei Jahren, die eine Einrichtung nutzen, benötigen sie (mit leichten Schwankungen über die Woche) für maximal fünf Stunden am Tag,
- 36 % nutzen sie zwischen fünf und sieben Stunden,
- lediglich 20 % nehmen eine längere Betreuungszeit in Anspruch.

Ganz typisch: Anders als im Kindergarten werden Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren sehr oft an weniger als fünf Tagen in der Woche in Anspruch genommen. Während die offizielle Statistik das Angebot für Kinder unter drei Jahren noch 2002 fast komplett als Ganztagsangebot auswies, vermittelt die Elternperspektive ein völlig anderes Bild. Selbst im Vergleich mit der aktuel-

len – erstmals kindbezogenen – Erhebung der Kinder- und Jugendhilfestatistik im März 2006 ergeben sich noch klare Differenzen: Die realen Betreuungszeiten der DJI-Kinderbetreuungsstudie liegen erheblich niedriger als die mit den Einrichtungen vertraglich vereinbarten. Die Eltern schöpfen also die maximal möglichen Betreuungszeiten in den Einrichtungen insbesondere bei den Ganztagsplätzen vielfach gar nicht aus. Das heißt zum einen, dass Eltern normalerweise die Kita-Betreuung nicht so lange wie möglich, sondern so kurz wie nötig in Anspruch nehmen. Zum anderen sind die Angebote demnach immer noch nicht oder nur ungenügend in der Lage, Eltern eine Betreuung anzubieten, die so passgenau und flexibel ist, wie sie benötigt wird.

Fazit

Die Bedarfe der Eltern an öffentlicher Betreuung sind umfassender, als viele immer wahrhaben wollen, und zugleich vielfältiger, als bisher oft wahrgenommen wird. Aufgrund der zunehmend heterogenen Erwartungen der Eltern an Betreuung ist es unverzichtbar, die Perspektive der Eltern sorgsam in den Blick zu nehmen. Demnach muss auch der direkte Dialog und die Beteiligung der Eltern an der Weiterentwicklung der öffentlichen Angebote verstärkt werden.

Birgit Riedel

Literatur

Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit (2007): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. 2. überarb. Aufl. Berlin

Statistisches Bundesamt (2007): Statistik zum Elterngeld. Wiesbaden

DJI-Kinderbetreuungsstudie (im Auftrag des BMFSFJ)

Bei dieser Studie (2004) wurden Privathaushalte, in denen Kinder unter sechs Jahren leben, telefonisch befragt, einschließlich Ausländerhaushalte. Die Haushalte wurden durch Zufallsauswahl gezogen. Ausgehend von 196.000 Kontakten konnte die bundesweite Befragung 8.003 Mütter und Väter sowie 13.700 Kinder im Alter bis sechs Jahre (einschließlich Geschwister bis 14 Jahre) einbeziehen.

Die Fragestellungen der Studie bezogen sich auf Aspekte der Zeit, Organisation, Finanzen der Kinderbetreuung, ferner auf Zukunftsinteressen, Qualität und Familienfreundlichkeit der Betreuung sowie auf betriebliche Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kontakt: riedel@dji.de

14 Milliarden Euro für Kinder

Die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder wurde in Deutschland lange Zeit nicht ausschließlich als öffentliche Aufgabe verstanden. Die Kirchen und die Wohlfahrtsverbände beteiligten sich aus einem gewissen Eigeninteresse an der Finanzierung der Angebote; ferner kommen die Eigenbeiträge der Eltern hinzu. Aufgrund der nicht unerheblichen Anteilsfinanzierung durch Elternbeiträge und Träger der freien Jugendhilfe muss demnach zwischen *Kosten* im Sinne von Gesamtaufwendungen sowie *Ausgaben* für die jeweilige Gruppe (Eltern, Träger, öffentliche Hand) unterschieden werden.

Vom Wert des gesicherten Wissens über Ausgaben und Kosten

Ein empirisch vergleichsweise gut gesichertes Wissen ist über die *Ausgaben* der öffentlichen Hand sowie über die *Elternbeiträge* verfügbar, die *von der öffentlichen Hand eingezogen* werden, da diese in den kommunalen und staatlichen Haushalten jährlich aufgeführt werden müssen. In der Regel werden in den öffentlichen Haushalten nur die Beiträge jener Eltern gebucht, die den Platz eines öffentlichen Trägers nutzen. Lediglich in Nordrhein-Westfalen werden einheitlich alle Elternbeiträge über die Jugendämter eingezogen und tauchen auch dort in den Rechnungsergebnissen auf.

Kein exaktes Wissen existiert demgegenüber über die Höhe jener *Elternbeiträge*, die *direkt an die Träger der freien Jugendhilfe* gezahlt werden, sowie über die Höhe der aufgewendeten *Eigenleistungen der Träger* der freien Jugendhilfe (Kolvenbach 1997; Rauschenbach/Schilling 2006).

Schätzungen lassen vermuten, dass sich die nicht nachgewiesenen Elternbeiträge, die direkt von den freien Trägern vereinnahmt werden und somit nicht in den öffentlichen Haushalten auftauchen, bundesweit auf etwa 1,15 Mrd. € belaufen.

Die nachgewiesenen Elternbeiträge machen im Jahre 2005 1,07 Mrd. € aus.

Zu den finanziellen Eigenleistungen der freien Träger gibt es keine empirischen Quellen: Auf der Grundlage unterschiedlicher Informationen aus den einzelnen Bundesländern scheint die vorsichtige Schätzung, dass von den freien Trägern ca. 750 Mio. € aufgebracht

werden, durchaus ein plausibler Wert zu sein.

Gesamtkosten für die Kindertagesbetreuung

Aufgrund der Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik und der angesprochenen Schätzungen ergeben sich *Gesamtkosten für die Tageseinrichtungen* und der *öffentlichen Förderung der Kindertagespflege* im Jahre 2005 in Höhe von etwa 14,2 Mrd. € (siehe Abb. 1):

- 11,07 Mrd. € wurden dabei von der öffentlichen Hand getragen;
- 2,4 Mrd. € setzten sich hauptsächlich

- aus Elternbeiträgen zusammen (170 Mio. € sind sonstige Einnahmen);
- rund 0,75 Mrd. € erbrachten schätzungsweise die Träger der freien Jugendhilfe.

Der Anteil der Kommunen und Länder an der Finanzierung

Mit Hilfe der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte kann festgehalten werden, dass sich Kommunen und Länder (einschl. der Stadtstaaten) die Ausgaben im Verhältnis von 60 % zu 40 % teilen (Statistisches Bundesamt 2006). Somit beträgt

- der Anteil der Kommunen 6,65 Mrd. und
 - der Anteil der Länder 4,42 Mrd. €.
- Setzt man diese Ausgaben ins Verhältnis zu den Gesamtkosten von 14,2 Mrd. €, entfällt ein Finanzierungsanteil
- auf die Kommunen von 46,8 % und
 - auf die Länder von 31,1 %.

Setzt man die öffentlichen Netto-Ausgaben für die Kindertageseinrichtungen in Höhe von 11,0 Mrd. € für das Jahr 2005 ins Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt, dann ergibt dies einen Anteil von 0,5 %. Dieser Anteil wurde bereits im

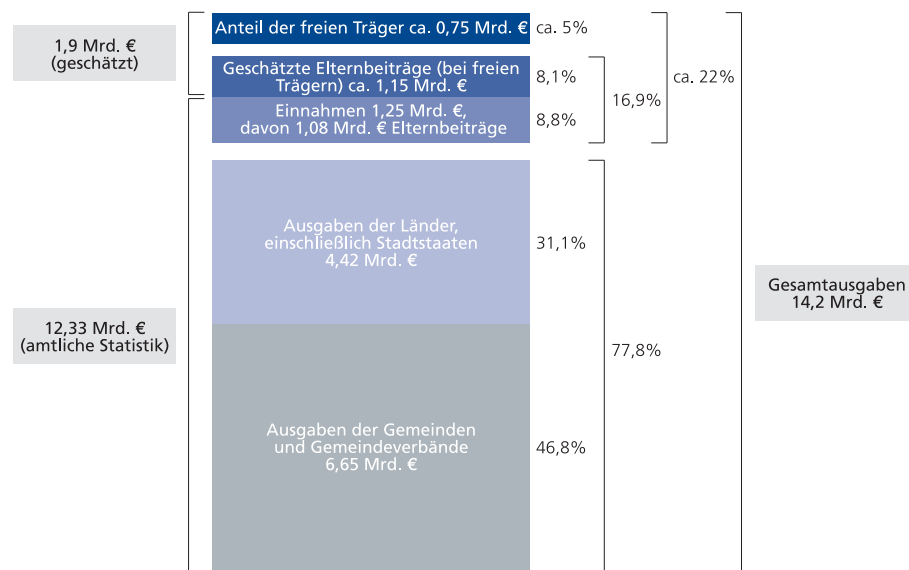


Abbildung 1: Kosten der Kindertagesbetreuung nach Kostenträgern in Deutschland 2005 (Angaben in Mrd. Euro)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2006): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe 2005. Wiesbaden; Statistisches Bundesamt (2006): Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, Rechnungsergebnisse der staatlichen Haushalte. Wiesbaden; eigene Berechnungen

Jahre 1992 erreicht. Im Jahre 1980 lag der Anteil bei noch ca. 0,2 % und zehn Jahre zuvor bei ca. 0,1 %.

Ausbau U3 Ende 2005: Bisher nur Umschichtungen, noch keine Investitionen

In den öffentlichen Ausgaben sind auch die Ausgaben für *Investitionen*, also für den *Umbau und Neubau von Einrichtungen*, enthalten. Die Auswertung der zeitlichen Entwicklung der Ausgaben für Investitionen zwischen 1992 und 2005 zeigt eindeutig, dass die *Investitionen kontinuierlich zurückgegangen* sind:

Betrugen die Investitionen in Zeiten der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (Mitte der 1990er-Jahre) noch jährlich mehr als 1,2 Mrd. €, so sind die Investitionsausgaben mit 275 Mio. € im Jahre 2005 mehr als deutlich gesunken (siehe Abb. 2). Insbesondere der weitere Rückgang zwischen 2004 und 2005 von 332 Mio. € auf 275 Mio. € war nicht zu erwarten, da im Jahre 2005 eigentlich die Ausbaubemühungen der Angebote für Kinder unter drei Jahren als Konsequenz des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) hätten beginnen müssen. Offensichtlich wurde die Ausweitung des Angebotes nur durch *Umschichtungen der vorhandenen personellen und räumlichen Ressourcen* bewerkstelligt.

Zu erwartende Kosten des Ausbauprogramms für Kinder unter drei Jahren

Ein großer Nachteil der Statistiken zu den öffentlichen Ausgaben besteht darin, dass die Ausgaben nicht nach den Angeboten für die einzelnen Altersgruppen aufgeschlüsselt werden können. Somit kann aus den Ergebnissen nicht abgelesen werden, wie hoch die Ausgaben der öffentlichen Hand für Angebote für Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege sind.

Durch Schätzungen auf der Basis der prozentualen Altersgruppenanteile der Kinder in Kindertagesbetreuung kann jedoch zumindest eine Annäherung an die Kostendimension für die einzelnen Altersgruppen gewonnen werden. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Angebote für Kinder unter drei Jahren im Durchschnitt doppelt so teuer sind wie für die anderen Altersgruppen.

Mit diesen Schätzfaktoren ergibt sich, dass von den 14,2 Mrd. € Gesamtkosten

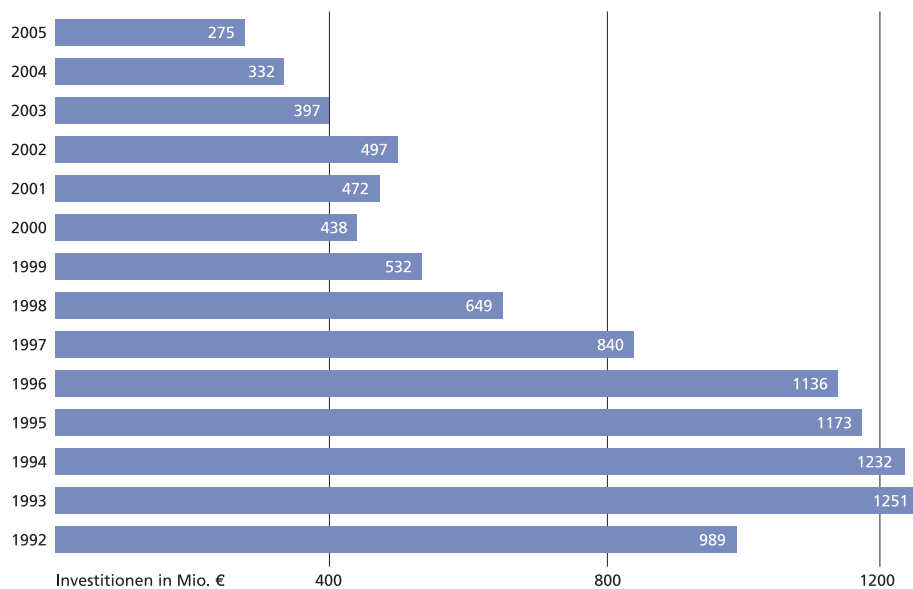


Abbildung 2: Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Investitionen für Kindertageseinrichtungen in Deutschland 1992 bis 2005 (in Euro)

Quelle: Statistisches Bundesamt (2006): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe 2005. Wiesbaden; eigene Berechnungen

wahrscheinlich ca. 2,5 Mrd. € für Angebote für Kinder unter drei Jahren ausgegeben werden. Dieser Wert ist hilfreich, um die Dimensionen der Kostenberechnungen für das Tagesbetreuungsbaugesetz sowie für das aktuelle Ausbauprogramm (750.000 Plätze im Jahre 2013) einschätzen zu können.

Für die Umsetzung des Tagesbetreuungsbaugesetzes wurde errechnet, dass angesichts der Situation Ende 2002/Anfang 2003 insgesamt 230.000 Angebote geschaffen werden müssen.

Aufgrund der Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik zum 15.03.2006 ist davon auszugehen, dass im Westen noch ca. 150.000 Angebote fehlen. Da für die 230.000 Angebote insgesamt 1,7 Mrd. € Betriebskosten kalkuliert wurden, sind für die ausstehende Umsetzung noch ca. 1,1 Mrd. € zusätzliche jährliche Betriebskosten zu veranschlagen.

Im Rahmen des aktuellen Ausbauprogramms (Ziel: 750.000 Plätze für unter 3-Jährige im Jahre 2013) wird erwartet, dass 304.000 zusätzliche Angebote geschaffen werden müssen. Hierfür sind 2,3 Mrd. € veranschlagt. Somit ergibt sich, dass die Ausgaben für die Öffentliche Hand durch die beiden Ausbauprogramme um ca. 3,4 Mrd. € steigen werden.

Geht man von einer durchschnittlichen Kostenbeteiligung der Eltern von 15 % an den Gesamtkosten aus, ergeben sich zusätzliche Kosten der Ausbauprogramme von ca. 4 Mrd. €. Insgesamt werden sich dann die *Gesamtkosten für die Angebote für Kinder unter drei Jahren ab dem Jahre 2013 auf ca. 6,5 Mrd. €* belaufen.

Neben den Betriebskosten wurden für den Ausbau auch Investitionskosten kalkuliert. Diese belaufen sich für das Ausbauprogramm des TAG auf insgesamt 2,4 Mrd. € und für das aktuelle Ausbauprogramm auf 3,7 Mrd. €. Für diese anstehenden Investitionskosten werden vom Bund 2,15 Mrd. € bis zum Jahre 2013 in Form eines Sondervermögens bereitgestellt. Zur Finanzierung der Betriebskosten beteiligt sich der Bund ab 2009 aufwachsend bis 2013 über jährliche Festbeträge bei der Umsatzsteuerverteilung (bis 700 Mio. € im Jahre 2013). Ab dem Jahre 2013 wird der Bund die Betriebskosten im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung jährlich mit 770 Mio. € unterstützen.

Matthias Schilling

Literatur

Kolvenbach, Franz-Josef (1997): Die Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe. In: Rauschenbach, Thomas / Schilling, Matthias (Hrsg.): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Band 2. Neuwied u. a., S. 367–402

Rauschenbach, Thomas / Schilling, Matthias (2006): Ökonomische, rechtliche und fachpolitische Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung. In: Fried, Lilian / Roux, Susanna (Hrsg.): Pädagogik der frühen Kindheit. Weinheim, S. 44–55.

Statistisches Bundesamt (2006): Öffentliche Finanzen. Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts 2004. Wiesbaden (www.destatis.de → Publikationen → Publikationsservice)

Siehe S. 44: Informationsdienst KOM^{DAT} sowie »Die Kinder- und Jugendhilfestatistik«.

Die pädagogische Konzeption als Qualitätsmerkmal

Kindertagesstätten rücken immer stärker in den Blick der Öffentlichkeit und müssen hohe pädagogische Qualität gewährleisten, die von Eltern und Trägern erwartet wird. Die meisten Einrichtungen beschreiben mittlerweile in schriftlichen Konzeptionen die jeweiligen Leistungen und machen damit das eigene pädagogische Profil für Eltern deutlich, denn im Wettbewerb um Kinder kommt gerade der Konzeption eine wichtige Rolle zu, um mit dem Angebot überzeugen zu können. Zudem trägt die Arbeit an der Konzeption dazu bei, das eigene pädagogische Angebot weiterzuentwickeln. Die Gesetzgeber stärken die Bedeutung pädagogischer Konzeptionen, denn sie fordern inzwischen durch das Tagesbetreuungs- und Ausbaugesetz (TAG) sowie durch die meisten Landesgesetze zur Kindertagesbetreuung von den Trägern der Einrichtung die Erstellung einer Konzeption ein.

Wie viele Einrichtungen haben schon eine schriftliche Konzeption? Inwieweit werden die Konzeptionen als Instrumente der pädagogischen Weiterentwicklung genutzt? Das DJI hat dazu in Kindertageseinrichtungen nachgefragt.

Im Sommer/Herbst 2007 führte das DJI Projekt »Jugendhilfe und Sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen« eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderte schriftliche Befragung bei repräsentativ ausgewählten Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland durch.

1.827 Kindertagesstätten haben den Fragebogen beantwortet. Dabei wurden die Leiter/innen unter anderem nach Folgendem befragt:

- Pädagogisch-konzeptionelle Ausrichtung,
- Organisationsstruktur der Einrichtung,
- Öffnungszeiten, Betreuungszeiten, Schließzeiten,
- Personalsituation,
- Fortbildungen,
- Maßnahmen der Qualitätsentwicklung,
- Kooperation mit anderen Institutionen sowie mit den Eltern.

Was ist eine Konzeption – und wozu kann sie dienen?

Eine Konzeption ist ein *Instrument zur Außendarstellung*. Die Erarbeitung bzw. Überarbeitung einer schriftlichen Konzeption können für die Erzieher/innen in einer Kindertagesstätte auch *Aus-*

gangspunkt und *Instrument* für eine *pädagogische Weiterentwicklung der Einrichtung* sein. Eine Konzeption bietet Anlass, sich über die *Ziele* der Arbeit mit den Kindern sowie der Zusammenarbeit mit den Eltern und anderen Institutionen im Team zu verständigen. So kann erreicht werden, dass die Aussagen in der Konzeption auch tatsächlich im Alltag umgesetzt und gelebt werden. Wird die Konzeption als ein solches Instrument der kontinuierlichen Weiterentwicklung genutzt, dient sie dazu, das eigene Angebot an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder immer wieder neu auszurichten.

Auf Grundlage einer Fragebogenerhebung lässt sich zwar noch nicht bestimmen, wie intensiv die Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen tatsächlich an und mit ihrer Konzeption arbeiten, dennoch ist die Erstellung einer Konzeption eine notwendige Bedingung. Erste Analysen der Daten geben Hinweise darauf, welche Einrichtungen eine Konzeption haben bzw. diese als Mittel der pädagogischen Weiterentwicklung begreifen.

Wie viele Einrichtungen haben eine Konzeption, welche Themen werden angesprochen?

Über vier Fünftel der untersuchten Kindertageseinrichtungen haben eine schriftlich formulierte Konzeption mit

einer Vielzahl an Themen. In fast allen Konzeptionen (über 90 %) finden sich Aussagen zu folgenden Bereichen:

- *Bildungsinhalte* und *Bildungsziele*,
 - *Einbezug der Eltern*,
 - *Räume* und *Freiflächen* der Einrichtung.
- Rund drei von vier Einrichtungen gehen auf die *Qualifikation des Personals* sowie auf *Sprachförderung*, *Öffentlichkeitsarbeit* und *Mahlzeiten* ein.

In zwei Drittel der Einrichtungen ist auch die *Gesundheitsförderung* in die Konzeption mit aufgenommen.

Das Thema *Interkulturalität* greift jedoch nur knapp ein Drittel der Einrichtungen in der Konzeption auf; dabei spielt jedoch auch die Region eine Rolle.

Die Erzieher/innen konzipieren mit In mehr als 60 % der Einrichtungen insgesamt sowie in drei Viertel der Einrichtungen mit einer schriftlichen Konzeption werden die thematisch-inhaltlichen Bausteine von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinsam erarbeitet, und die konzeptionelle Arbeit wird als ein kontinuierlicher Prozess gesehen. Die Erarbeitung und Überarbeitung einer pädagogischen Konzeption wird in der Mehrzahl der befragten Kindertagesstätten also nicht nur als *Werbung in eigener Sache* betrieben, sondern auch als *Instrument der pädagogischen Weiterentwicklung* genutzt.

Nur in wenigen Einrichtungen wird die Konzeption ausschließlich vom Träger entwickelt bzw. wird die konzeptionelle Arbeit vornehmlich als Aufgabe der Leitung gesehen, d. h. die Erzieher/innen selbst sind dort an der Erarbeitung der Konzeption nicht beteiligt.

Dennoch hat immerhin über ein Drittel der Tagesstätten bislang keine Konzeption oder nutzt sie nicht als Mittel, um im Team miteinander über pädagogische Fragen ins Gespräch zu kommen und das Angebot kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Die Eltern bleiben draußen vor der Tür

Knapp die Hälfte der Tagesstätten (47 %) beteiligt die Eltern *nicht* an der Erarbeitung der Konzeption – weder über den Elternbeirat noch auf einem anderen Weg. In einem weiteren Viertel der Einrichtungen werden die Eltern ausschließlich über den Elternbeirat eingebunden, in 22 % der Tagesstätten sowohl über

den Elternbeirat als auch darüber hinaus. Es gibt nur wenige Einrichtungen, die Eltern in erster Linie außerhalb des Elternbeirats beteiligen.

Die gesetzlich festgelegte Beteiligung der Eltern geht also in vielen Fällen nicht so weit, dass Eltern und Erzieher/innen gemeinsam eine Einrichtungskonzeption entwickeln bzw. weiterentwickeln. Es bestehen jedoch auch Ansätze, etwa in der Reggio-Pädagogik, in denen die Zusammenarbeit mit Eltern weiter gefasst wird.

Aus fachlicher Perspektive ist es schwierig zu beurteilen, wie die Zusammenarbeit mit Eltern bei der Erarbeitung einer Einrichtungskonzeption aussehen sollte. Wichtig ist, wie die Erzieher/innen und Leiter/innen *insgesamt* mit den Eltern zusammenarbeiten. Hier sind noch weitere Analysen notwendig.

Welche Kindertageseinrichtungen haben keine schriftliche Konzeption?

Worin unterscheiden sich die Einrichtungen *ohne* schriftliche Konzeption von der Mehrzahl der Einrichtungen *mitschriftlicher* Konzeption? Gibt es strukturelle Differenzen zwischen Einrichtungen, die eine Konzeption haben, und solchen, die keine Konzeption haben?

Es zeigen sich keine Unterschiede mit Blick auf die Trägerschaft der Einrichtungen. Relevant sind dagegen die Altersstruktur der Kinder in den Einrichtungen sowie die Größe der Einrichtungen. Zudem gibt es Differenzen zwischen den Einrichtungen in Ost- und Westdeutschland.

»Traditionelle Kindergärten«, also solche Einrichtungen, die ausschließlich Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt aufnehmen, haben im Vergleich zu Krippen oder altersgemischten Gruppen am häufigsten keine schriftliche Konzeption (25%). Bei Krippen, die ausschließlich Kinder unter drei Jahren aufnehmen, sind immerhin 18% ohne eine schriftliche Konzeption. Angesichts der geringen Anzahl dieser Einrichtungen in der Stichprobe (unter 100) sollte man diesen Befund allerdings vorsichtig interpretieren.

Bei *altersgemischten Einrichtungen*, die Kinder unter drei Jahren sowie Kinder im Kindergartenalter aufnehmen, liegt der Anteil von Einrichtungen ohne schriftliche Konzeption mit 12% am niedrigsten.

In Ostdeutschland haben deutlich mehr Kindertageseinrichtungen (94%) eine schriftliche Konzeption als in Westdeutschland (79%), die Einrichtungen in Berlin liegen mit einem Anteil von 82% dazwischen. Der Ost-West-Unterschied lässt sich auf mehrere Gründe zurückführen: Es gibt in Ostdeutschland mehr Einrichtungen mit mehreren Altersgruppen. Auch ist anzunehmen, dass die Einrichtungen im Osten Deutschlands angesichts eines massiven Platzabbaus nach der Wiedervereinigung stärker gefordert waren, alle Möglichkeiten zu nutzen, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Zudem wurde in der Erstellung von Konzeptionen auch eine Möglichkeit gesehen, die Veränderungen in der pädagogischen Arbeit im vergangenen Jahrzehnt zu dokumentieren und nach außen hin sichtbar werden zu lassen.

Die Entwicklung der Konzeption braucht Zeit und mehrere Schultern

Welche Einrichtungen nutzen die Konzeption aktiv als Instrument der pädagogischen Weiterentwicklung? In Bezug auf Trägerschaft, Altersstruktur der Kinder und Lage in Ost- oder Westdeutschland unterscheiden sich die Einrichtungen nicht. Allerdings spielt die Größe einer Kindertagesstätte eine Rolle. Gerade unter den kleineren Tagesstätten gibt es einen beträchtlichen Anteil, bei dem die Mitarbeiter/innen an der Entwicklung der Konzeption nicht beteiligt sind und die Weiterentwicklung der Konzeption nicht als kontinuierliche Aufgabe gesehen wird. Dazu passt auch der Befund, dass gerade in Einrichtungen mit freigestellten Leiterinnen und Leitern – dies sind in der Regel größere Einrichtungen – die Entwicklung und Weiterentwicklung kontinuierlich und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen angegangen wird. Kleine Einrichtungen haben hier schlechtere Ausgangsbedingungen: So ruht in einer eingruppigen Tagesstätte die Konzeptionsentwicklung auf sehr wenigen Schultern. Zudem ist die Leiterin in der Regel nicht freigestellt und hat deshalb wenig Zeit, um den Prozess der Entwicklung einer Konzeption voranzutreiben.

Leiterinnen, die eine Konzeptionsentwicklung ernst nehmen als andere, geben an, dass sie im Vergleich zu anderen eher schlechter mit den vorgesehenen Verfügungszeiten der Mitarbeiter/innen (strukturelle und organisatorische

Aufgaben) zurecht kommen. Es bedarf offenbar eines gehörigen Zeitaufwandes, um zusammen im Team sowie kontinuierlich an einer Konzeption zu arbeiten.

Konzeption braucht Ressourcen

Die in der Fachdiskussion und im gesetzgeberischen Handeln verbundenen Erwartungen an die Wirkungen und Bedeutungen von Konzeptionen spiegeln sich in den Antworten der Kindertagesstätten wider. Ein großer Teil der Erzieher/innen nutzt die Erarbeitung und Überarbeitung einer Konzeption als einen Baustein für ihre fachliche Weiterentwicklung. Kleinere Einrichtungen bleiben hier jedoch hinter größeren Einrichtungen zurück. Sie bieten offenbar weniger günstige Rahmenbedingungen, beispielsweise wenn Leiter/innen nicht freigestellt sind.

Insgesamt wird deutlich, dass die Mitarbeiter/innen in Kindertageseinrichtungen für eine ernsthaft betriebene konzeptionelle Arbeit Ressourcen brauchen, die ihnen auch zugestanden werden müssen.

Nicola Gragert, Christian Peucker, Liane Pluto, Mike Seckinger

Projekt: Jugendhilfe und Sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen

Laufzeit: 01.04.2006 – 31.03.2010

Auftraggeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Durchführung: *Monika Gandlergruber* (Sachbearbeitung), *Nicola Gragert, Christian Peucker, Dr. Liane Pluto, Dr. Mike Seckinger*

Kontakt: *Christian Peucker*, +49(0)89 62306-151, E-Mail: peucker@dji.de

Homepage: www.dji.de/jhsw

Die **Kita-Befragung** im Rahmen des Projekts *Jugendhilfe und sozialer Wandel* ist eingebettet in eine Reihe weiterer bereits seit Anfang der 1990er-Jahre durchgeführter Erhebungen im Feld der Kinder- und Jugendhilfe: bei Jugendämtern, Geschäftsstellen freier Träger, Jugendverbänden, Jugendringen und (teil)stationären Einrichtungen. Ziel des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projekts ist es, kontinuierlich Daten über strukturelle Bedingungen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe zu erheben sowie hinsichtlich ihrer Bedeutung für die fachliche Weiterentwicklung des Feldes zu bewerten.

Familie allein genügt nicht, Institution allein auch nicht

Der soziale Wandel hat Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Familien, Eltern und Kindern. Familien müssen dabei verstärkt gefördert und unterstützt werden. Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren stellen bedarfsorientierte, integrierte Angebote zur Verfügung und sind ein Knotenpunkt im lokalen Netzwerk »rund um Familie«.

Die Kindertageseinrichtungen haben Schlüsselfunktion: Sie sind die einzige außerschulische Institution, die über 90 % der Familien mit Kindern aus den jeweiligen Altersstufen auf freiwilliger Basis erreicht. Die mehrjährige, kontinuierliche und lange Verweildauer in den Tageseinrichtungen schafft tragfähige Beziehungen zwischen Institution und Familie – und ein Teil der Tageseinrichtungen für Kinder weiten ihr Konzept zu Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren aus.

Familien brauchen unterstützende Netzwerke

Familie ist heute eine vielseitige und beständige Leistung an »Herstellung«. Der *Siebte Familienbericht* (2006) weist dabei auf folgende Merkmale des Familienalltags hin:

- Die Gestaltung des familialen Zusammenhaltes ist aufwendig, risikoreich und muss ständig neu gelingen.
- Die geforderte berufliche Flexibilität und Mobilität erschweren die Balance zwischen Familie und Beruf.
- Die Erziehungsleistung ist kompliziert und anspruchsvoll. Eltern können sich nicht mehr allein auf die Erfahrungen ihrer eigenen Erziehung verlassen, sondern brauchen Entlastungs- und Unterstützungsangebote durch eine familienfreundliche soziale Infrastruktur.

Der *Zwölfte Kinder- und Jugendbericht* (2005) fordert ein abgestimmtes System von Bildung, Betreuung und Erziehung im Sozialraum. Durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure sollen Kinder, Eltern sowie die ganze Familie gefördert und unterstützt werden.

Leitorientierung und Kernelemente von Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren

Das spezifische und innovative Profil der Eltern-Kind-Zentren liegt in der Verzahnung bisher getrennter Angebotsstränge mit dem Ziel, Bedarfe von Eltern und Familien in einem integrierten Ge-

samtkonzept aufzugreifen und neue Ideen sowie qualitative Weiterentwicklungen durch Synergieeffekte zu ermöglichen.

Angestrebt wird der Aufbau eines *kooperativen Netzwerks*, das mit Erfahrungsaustausch sowie gelegentlichen Aktivitäten beginnt und dessen Ziel eine systematische Zusammenarbeit umfasst, die über den Einzelfall hinaus funktioniert und eine integrierte Handlungsperspektive anstrebt.

Die Angebotsstruktur der Eltern-Kind-Zentren zeichnet sich durch eine *Öffnung nach innen* und nach *außen* aus:

- Variable Nutzung von Betreuungszeiten, Altersmischung und Alterserweiterung sowie offene Gruppenarbeit kennzeichnen die Arbeit »nach innen«.
- Qualitätsmerkmal der Arbeit »nach außen« sind offene Angebote für Kinder, Eltern und Familien aus dem Wohnumfeld, die nicht zu den angemeldeten Nutzern der Einrichtung zählen, sowie die Vernetzung mit anderen Angeboten im Stadtteil.

Das Verständnis von unterschiedlichen Lebenslagen ist unabdingbar. Eltern sind eine heterogene Zielgruppe mit unterschiedlichen Lebenslagen; das Spektrum reicht von der Gruppe der sozial Benachteiligten bis hin zu Eltern mit hohem Sozial- und Bildungsstatus, »doppelter« Berufstätigkeit und hoher beruflicher Flexibilität.

Das Deutsche Jugendinstitut hat zu den Entwicklungslinien und Organisationsformen dieser Zentren 2004 bis 2006 Recherchen durchgeführt. Dabei konnten *drei Modelltypen* ausgemacht werden:

Einrichtungen im benachteiligten Sozialraum »mit besonderem Erneuerungsbedarf«

Diese Einrichtungen arbeiten mit einer homogenen Gruppe von Familien, die einen besonderen Bedarf an Unterstützung haben. Die Familien leben in relativer Armut, sind von Armut bedroht und haben häufig einen Migrationshintergrund. Die Eltern sind überwiegend arbeitslos und haben existenzielle Misserfolge zu verarbeiten. Sie verlassen selten das Wohnumfeld und sind es nicht gewohnt, sich in fremden Zusammenhängen und Umgebungen zu präsentieren bzw. zu organisieren.

Den Eltern gelingt der Zugang zur Institution nur über niedrigschwellige Angebote sowie über ihre Kinder, die für sie gleichsam eine Brücke zur Einrichtung sind.

Im Umgang mit dieser Zielgruppe ist eine akzeptierende und wertschätzende Grundhaltung der »kritische Erfolgsfaktor« und wichtiger als das Sachprogramm.

Einrichtungen in einem »gemischten« Sozialraum, in dem Familien in »normalen« Lebenslagen sowie Familien in prekären Lebenslagen wohnen

Auch Eltern in »normalen« Lebenslagen erwarten eine positive und wertschätzende Haltung; sie möchten als Erziehungspartner gesehen werden und nicht »als Objekt pädagogischer Belehrung«. Die Erfahrungen zeigen, dass diese Eltern hohe Anforderungen an das pädagogische Konzept stellen, sich kritisch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auseinandersetzen sowie ihre gesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrechte eher wahrnehmen. Sie verstehen die Einrichtung auch als eigenen Bildungsort und

organisieren beispielsweise Sprachkurse sowie andere bildungsbezogene Angebote. Darüber hinaus hat diese Gruppe der Eltern – unterstützt durch die Aktivitäten der Kita – meist ein breites nachbarschaftliches Netzwerk aufgebaut, das auch nach dem Besuch der Kita bestehen bleibt. Eine besondere Aufgabe für die Mitarbeiter/innen besteht darin, die Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Elterngruppen zu verringern: hierbei sind die Aktivitäten der Kinder ein wichtiger Anknüpfungspunkt.

Einrichtungen in einem »gut situierten« Sozialraum für Eltern mit hoher beruflicher Mobilität und hohem Bildungsstatus

Diese Eltern möchten, dass bei den (erweiterten) Angeboten eines Zentrums ihre jeweiligen zeitlichen Bedarfe berücksichtigt werden. Sie erwarten und fordern, dass die Einrichtung angedockte Angebote zur Verfügung stellt, beispielsweise die Vermittlung von Tagespflege. Einrichtungen, die rigide auf ihre Öffnungszeiten bestehen, sinken in der Wertschätzung der Eltern. Die Unzufriedenheit mit den Öffnungszeiten kann erfahrungsgemäß schnell auf die Bewertung des pädagogischen Angebotes »überschwappen«.

Die Beteiligung der Eltern an anderen Angeboten ist unterschiedlich und abhängig von ihren aktuellen beruflichen Verpflichtungen (hohe berufliche Beanspruchung führt zur geringeren Teilnahme an Angeboten). Demnach haben Einrichtungen ihre Angebote auch auf das Wochenende oder in die Abendstunden verlegt, um den Eltern eine leichtere Beteiligung zu ermöglichen. Diese veränderten Zeitstrukturen werden von den Eltern in der Regel wertgeschätzt. Die Annahme, dass Eltern mit hohem Bildungsstatus mehr an theoretisch fundierten Bildungsveranstaltungen interessiert sind, hat sich in der Recherche nicht bestätigt. Auch diese Eltern bevorzugen praxisbezogene Angebote, beispielsweise ein »Training zum Verhalten in Konfliktsituationen«.

Voraussetzungen für den Erfolg

Die Angebotshaltung für Eltern orientiert sich an folgenden Handlungsprinzipien:

Eltern frühzeitig in die Bildungs- und Entwicklungsprozesse der Kinder einbeziehen

Diese Zielvorgabe gilt für alle Eltern, unabhängig von ihren jeweiligen Lebenslagen, insbesondere jedoch für Risikofamilien, bei denen durch frühe präventive Angebote Fehlentwicklungen und Gefährdungen abgewendet werden können.

Niedrigschwelliger Zugang zur Einrichtung

Dieser Zugang zeigt sich vor allem in der Wohnortnähe sowie im freien Zugang zur Einrichtung, d. h. die Eltern können jederzeit in die Einrichtung kommen. Dies ist zumindest für Kindertageseinrichtungen ungewöhnlich, da in der Regel Eltern (abgesehen von den Hol- und Bringzeiten) nur nach vorheriger Absprache in die Einrichtung kommen können.

Wertschätzende Beziehungsgestaltung

Die Umsetzung von »Wertschätzung« ist umso schwieriger, je weniger die Eltern den verinnerlichteten Normen und Werten der Erzieher/innen entsprechen und sich in Habitus, Kleidung und Auftreten deutlich von ihnen unterscheiden. Je größer die Diskrepanz zwischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und Eltern, desto mehr ist an professionellen Reflexionsprozessen sowie sozialer und kommunikativer Kompetenz erforderlich.

Persönliche Ansprache, Ressourcenorientierung und Alltagsnähe

Eltern möchten persönlich angesprochen und ermutigt werden. Dabei müssen psychologische Hürden überwunden werden, da sie sich in den Angeboten nicht als defizitär, sondern als kompetent erleben möchten. Anknüpfungspunkte sind demnach der Alltag oder auch die aktuelle Situation der Familien. So lassen sich beispielsweise viele Projekte rund um das Thema »Ernährung« durchführen.

Kooperation und Vernetzung

Die Angebotserweiterung wird durch kooperative Aktivitäten der Mitarbeiter/innen mit anderen Einrichtungstypen möglich. Die Recherchen des DJI zeigen, dass die Erfahrungen der Einrichtungen mit Kooperation unterschiedlich ausgeprägt sind. Das Spektrum reicht von Einrichtungen mit langjährigen Koopera-

tionsaktivitäten bis zu Einrichtungen, die wenig Erfahrungen mit Kooperation haben.

Kooperation und Vernetzung sind zwar positiv besetzte Handlungsstrategien, die Umsetzung ist aber kein »Selbstläufer«. Spezifika kooperativen Handelns zwischen den Einrichtungstypen sind nicht Gemeinsamkeiten, sondern Unterschiede: Entwicklungslinien, Kulturen und Finanzierungslogiken sind nicht deckungsgleich, auch das professionelle Verständnis von der Zielgruppe »Eltern« kann unterschiedlich sein.

Diese nicht immer deutlich erkennbaren Besonderheiten beinhalten – wenn sie nicht verstanden und kommuniziert werden – ein erhebliches Konfliktpotenzial. Deswegen brauchen verschiedene Kooperationspartner eine sinnstiftende Idee, mit der institutionelle Unterschiede leichter überbrückt werden können. In der Praxis gibt es dafür unterschiedliche Beispiele, wie die Verringerung von Armutsfolgen, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Unterstützung von benachteiligten Familien.

Für Kooperationsaufgaben sind zusätzliche Zeitressourcen und Kompetenzen erforderlich – sowohl für die Gestaltung der Kooperationsbeziehungen als auch für die interne Einrichtungsorganisation, deren Binnendynamik sich durch den quantitativen und qualitativen Ausbau verändert. Dabei stehen insbesondere die Einrichtungsleitungen vor zusätzlichen Herausforderungen.

Die Zielmarke »kooperierendes Netzwerk« beinhaltet einen langfristig angelegten, mehrstufigen Prozess, der auch innerhalb der kommunalen (Jugendhilfe-)Politik gewollt und gefördert werden muss. Kommunen können dafür verbindende Leitorientierungen vorgeben, sie können kommunikative Strukturen unterstützen und kooperative Prozesse begleiten. Das sind dann die Grundlagen einer Allianz für Familien innerhalb der Kommune, an der auch Akteure aus anderen Handlungsfeldern beteiligt werden können.

Eltern-Kind-Zentren und Familienzentren breiten sich aus

Die institutionelle Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen wird mittlerweile von mehreren Landesregierungen gefördert:



- Prominentes Beispiel ist das Land *Nordrhein-Westfalen*, das bis zum Jahre 2012 3.000 Kindertageseinrichtungen weiterentwickeln und durch ein konzeptgebundenes Gütesiegel zertifizieren lassen möchte. Im Juni 2007 haben ca. 250 Einrichtungen das Zertifikat erhalten. Die Einrichtungen werden jährlich mit 12.000 € gefördert.
- Die *Freie und Hansestadt Hamburg* fördert seit 2007 25 Eltern-Kind-Zentren in Kindertageseinrichtungen. Das Angebot richtet sich an Familien mit Kindern unter drei Jahren. Schwerpunktartig sollen durch ein niedrigschwelliges Angebot Familien mit Problemlagen gefördert werden, die nicht oder nur unzureichend mit dem bestehenden Regelangebot zu erreichen sind. Die finanzielle Förderung beträgt pro Monat ca. 4.000 €, plus eine Startfinanzierung von 20.000 €.
- Das Land *Sachsen-Anhalt* fördert die Weiterentwicklung der Einrichtungen durch zusätzliche Leitungsressourcen für Kooperations- und Vernetzungsaufgaben.
- Das Land *Brandenburg* fördert den kommunalen Aufbau eines Netzwerkes »rund um Familie«. Zielmarke ist der quantitative und qualitative Aufbau familienunterstützender Angebote sowie eine gezielte, wohnortnahe Bündelung pädagogischer, medizini-

scher und sozialer Kompetenzen. Zuwendungsempfänger sind 12 Jugendämter, die insgesamt mit 400.000 € pro Jahr gefördert werden.

Auch viele Kommunen sowie öffentliche und freie Jugendhilfeträger fördern institutionelle Weiterentwicklung und Netzwerkarbeit.

Das Aktionsprogramm »Mehrgenerationenhäuser« der Bundesregierung

Dieses Programm hat ebenfalls das Ziel, die soziale Infrastruktur zu verbessern. Am Aktionsprogramm nehmen unterschiedliche Institutionstypen teil, die sich zu Mehrgenerationenhäusern weiterentwickeln. Die frühe Förderung von Kindern sowie die Unterstützung der Eltern sind konzeptionelle Bausteine; darüber hinaus ist die Rahmung sehr viel umfassender. Zentrale konzeptionelle Schwerpunkte des Programms sind Begegnung und Austausch zwischen vier Generationen, der Auf- und Ausbau wirtschaftlicher Kompetenzen sowie die Entwicklung einer »Dienstleistungs-drehscheibe«.

Ausblick

Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren können durch kooperative Aktivitäten mit anderen Institutionen ein breites Unterstützungsangebot für Kinder, Eltern und Familien entwickeln. Ziel sollte

der Aufbau eines kooperierenden, kommunalen Netzwerkes »rund um Familie« sein, an dem unterschiedliche Akteure beteiligt sind. Dafür bedarf es einer langfristig angelegten, kommunalen Strategie. Aktueller Anknüpfungspunkt könnte der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren sein. Mit Blick auf die Entwicklungsphase der Kinder hat die systematische Einbindung der Eltern sowie die Verzahnung zwischen dem Bildungsort Familie und Institution in diesem Alter einen besonders wichtigen Stellenwert.

Angelika Diller

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ; Hrsg.)** (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ; Hrsg.)** (2006): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Diller, Angelika** (2006): Eltern-Kind-Zentren. Grundlagen und Rechercheergebnisse. DJI-Materialien. München (Download unter: www.dji.de)
- Diller, Angelika** (2007): Von der Kita zum Eltern-Kind-Zentrum. Eine innovative Entwicklung auf dem Vormarsch. In: Kindergarten heute, H. 4, S. 6–13
- Diller, Angelika** (2007): Kooperation und Vernetzung: die Achillesferse der Familienzentren. In: Jugendhilfereport. Köln, S. 5–10

Internet: Aktionsprogramm »Mehrgenerationenhäuser« des BMFSFJ: www.mehrgenerationenhäuser.de

Kontakt: diller@dji.de

Die Kindertagespflege der Zukunft: Stand, Zielperspektive, Herausforderungen, Hürden

Kindertagespflege in Bewegung

Die familiennahe Kindertagesbetreuung war bislang eher eine informelle Betreuungsform und unter dem Etikett »Tagesmütter« bekannt. Mit dem aktuellen Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren erhält sie einen neuen Stellenwert. Durch die Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, durch das Inkrafttreten des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG) sowie durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) im Jahr 2005 ist die Verantwortung der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe für die Betreuung nicht mehr auf Krippen und Kindertageseinrichtungen begrenzt.

Trotz einem noch zu geringen Tempo beim Ausbau sind in den vergangenen drei Jahren maßgebliche Fortschritte erzielt worden:

- Erstellung eines neuen Finanzrahmens für die Unterstützung des Ausbaus durch den Bund;
- Vorarbeiten zu einer weiteren Novellierung des KJHG;
- Vorbereitung der Einführung eines Rechtsanspruchs ab dem zweiten Lebensjahr im Jahr 2013;
- Vorbereitung eines Aktionsprogramms »Kindertagespflege«.

Als Leitlinie des Ausbaus kann zum einen die Idee der *Gleichrangigkeit* von Kindertagespflege und institutioneller Betreuung gelten, zum anderen das Bemühen, nicht zwei voneinander unabhängige *Betreuungssäulen* fortzuentwickeln, sondern diese in einem *Gesamtkonzept* zu verankern.

Qualität als Ausgangspunkt

Neben der Beachtung in der politischen und rechtlichen Programmatik hat die Tagespflege im Rahmen der Betreuung von Kindern unter drei Jahren auch empirisch an Bedeutung gewonnen. Ein Teil der Eltern wünscht sich insbesondere für die Kinder im ersten Lebensjahr (10 %) sowie für die Einjährigen (13 %) eine Betreuung in Kindertagespflege. Gründe hierfür sind die kleinen Gruppen, die Ähnlichkeit zur Familie sowie die Flexibilität dieser Betreuungsform (van Santen 2007).

Für Kinder, Eltern und Tagespflegepersonen bestehen jedoch mit Blick auf die Qualität dieser Betreuungsform erhebliche Probleme:

- Kindern kann bislang eine durchgängige Förderung, Bildung und Betreuung durch ein gut qualifiziertes Personal nicht gewährleistet werden.
- Obwohl Eltern im Durchschnitt für die Betreuungsform Kindertagespflege mehr bezahlen als für einen Einrichtungsplatz, erleben sie, und auch ihre Kinder, Betreuungsabbrüche und mangelnde Vertretung bei Urlaub und Krankheit als Problem.

- Tagespflegepersonen sind sozial schlecht abgesichert, haben kaum eine institutionelle Rahmung, können nur selten Berufsperspektiven entwickeln und erhalten oft nur ein niedriges Entgelt für ihre durchaus anspruchsvolle Tätigkeit.

Damit wird deutlich, dass nicht nur der quantitative Ausbau, sondern auch die qualitative Verbesserung der Kindertagespflege auf der Agenda steht.

Die Kindertagespflege – keine einheitliche Betreuungsform

Organisationsform, Erwerbsstatus der Tagespflegepersonen sowie Nutzungsmuster der Eltern sind in der aktuellen Tagespflegelandschaft ausgesprochen heterogen. Neben der *öffentlich geförderten* Kindertagespflege, die über das Jugendamt oder einen damit beauftragten Träger vermittelt wird, gibt es auch den Bereich der ausschließlich *privat finanzierten, informellen* Tagespflege, die häufig gewerblich organisiert wird. Für beide Formen ist seit 2006 eine Pflegeerlaubnis durch das Jugendamt dann erforderlich, wenn Kinder gegen Entgelt mehr als 15 Stunden wöchentlich bzw. mehr

als drei Monate betreut werden.

Quer zur Frage nach öffentlich geförderter oder informeller Tagespflege haben Tagespflegepersonen einen unterschiedlichen Erwerbsstatus. Überwiegend wird Tagespflege nicht existenzsichernd »*quasi nebenbei*« ausgeübt – in Westdeutschland derzeit mit annähernden 88 % und in Ostdeutschland mit 54 % der öffentlich geförderten Tagespflegeverhältnisse. Teilweise wird Tagespflege aber auch *hauptberuflich betrieben* – von rund 9 % der Tagespflegepersonen im Westen sowie rund 31 % im Osten (Statistisches Bundesamt 2007). Ergänzend zu diesen beiden Grundformen gibt es als dritten Typus Zusammen-schlüsse hauptberuflicher Tagespflegepersonen, die in Räumen außerhalb der eigenen Wohnung mehr als fünf Kinder in sogenannter *Tagesgroßpflege* betreuen.

Zudem unterscheiden sich diese Grundformen häufig auch in der Zahl der Kinder sowie im Umfang der Betreuungszeiten. Kinder unter drei Jahren werden dabei im Durchschnitt rund 20 Stunden pro Woche (öffentliche Tagespflege) bzw. rund 16 Stunden (informelle Tagespflege) betreut (van Santen 2007).

Aus Sicht der Eltern wird Tagespflege grundsätzlich genutzt

- als Teil- bzw. Randzeitenbetreuung (und zwar alternativ oder ergänzend zu einer institutionellen Kindertagesbetreuung) sowie
- als Ganztagsbetreuung.

Aktueller Ausbaustand und zukünftiger Bedarf

Derzeit werden 4,1 % der Kinder unter drei Jahren in Tagespflege betreut, was schätzungsweise einer absoluten Zahl von ca. 73.000 Kindern entspricht. Entsprechend der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik sind davon 33.000 Kinder in öffentlich geförderter Tagespflege (Statistisches Bundesamt 2007).

Andere Erhebungen – beispielsweise der TAG-Bericht (2007) oder die DJI-



d. h. beispielsweise auch weiterhin die nebenberufliche Kindertagespflege auf einem akzeptablen Qualitätsniveau ermöglichen.

Entsprechende Anreizsysteme sind daher differenziert zu gestalten, insbesondere bezogen auf eine angemessene Bezahlung und fachliche Begleitung, auf berufliche Anschlussperspektiven sowie die Besteuerung des Entgeltes.

Mehr Qualifizierung und sichere Betreuungsqualität

Die fundierte Aus- und Weiterbildung der Tagespflegepersonen sind der Schlüssel zur Sicherung der Betreuungsqualität in der Kindertagespflege sowie zur Ausgestaltung des Berufsbildes. Dies setzt Folgendes voraus:

- Flächendeckende Umsetzung eines fachlich akzeptierten Mindeststandards von 160 Stunden für die Grundausbildung. Von diesem Ziel ist Deutschland jedoch noch weit entfernt: Von den 28 % der Tagespflegepersonen, die überhaupt einen Qualifizierungskurs absolviert haben, genügen diesem Mindeststandard nur 5 % (mit starken Ost-West-Unterschieden) (Statistisches Bundesamt 2007).
- Deutschlandweit bringen jedoch immerhin 27 % der Tagespflegepersonen eine pädagogisch orientierte Berufsausbildung mit, 20 % von ihnen haben zusätzlich eine tagespflege-spezifische Zusatzqualifizierung. Wenn vermehrt Menschen aus verschiedenen Bereichen gewonnen werden sollen, braucht es demnach auch differenzierte, modulare Konzepte der Aus- und Weiterbildung, die den jeweiligen beruflichen Vorqualifizierungen Rechnung tragen.
- Darüber hinaus ist das Thema Kindertagespflege auch von vorneherein in die Berufsausbildung von Erzieherinnen und Erziehern bzw. von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern zu integrieren und gleichlaufend eine eigene Berufsausbildung für Kindertagespflege anzustreben.
- Bislang wurden nur wenige Maßnahmen der Qualitätsfeststellung und Qualitätssicherung entwickelt.

Bessere Infrastruktur und Kooperation

Ein wichtiger Baustein für eine qualitativ hochwertige Kindertagespflege ist der Auf- und Ausbau einer integrierten Infra-

Kinderbetreuungsstudie (Bien u. a. 2007) kommen jedoch zu deutlich höheren Zahlen. Möglicherweise ist die Zahl von 33.000 Kindern auf eine Untererfassung zurückzuführen und kann daher als eher zurückhaltende Annäherung an die Realität gewertet werden. Zusätzlich zu diesen öffentlich geförderten Tagespflegeverhältnissen gibt es derzeit schätzungsweise 40.000 Kinder in informeller Tagespflege (Bien u. a. 2007).

Um die Betreuungsleistung Kindertagespflege zu erbringen, standen im Jahr 2006 ca. 16.500 öffentlich geförderte Tagespflegepersonen zur Verfügung. Geht man hier von einem Betreuungsschlüssel von zwei Kindern pro Tagespflegeperson aus, so sind weitere rund 20.000 Personen »informell« tätig. Diese sind zukünftig in den öffentlich geförderten Bereich zu überführen.

Die derzeitige Bundesregierung hat sich ehrgeizige Ziele gesteckt:

- Über den im TAG festgeschriebenen Ausbau hinaus sollen bis 2013 zusätzlich 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen, 30 % davon in Kindertagespflege. Für dieses Ziel werden zusätzlich 154.000 Tagespflegeverhältnisse gebraucht.
- Auch wenn die rund 40.000 informellen Tagespflegeverhältnisse in den öffentlichen Bereich überführt werden können, so müssen dennoch 114.000 Betreuungsplätze neu geschaffen werden, was mehr als einer Verdreifachung der aktuellen Platzzahl im öffentlichen Bereich entsprechen würde.

- Geht man von einer zunehmenden Professionalisierung der Tagespflege und damit auch von einem erhöhten Betreuungsschlüssel von 2,5 Kindern pro Tagespflegeperson aus, dann müssen dafür bis 2013 knapp 50.000 weitere Personen gewonnen werden, sofern es gelingt, die 20.000 informellen Tagespflegepersonen in die öffentliche Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe zu integrieren.

Um diesen immensen Ausbaubedarf zu decken, ist eine zusätzliche Anstrengung im Rahmen einer quantitativ und qualitativ ausgerichteten Ausbauoffensive erforderlich, die auch der skizzierten Heterogenität gerecht wird. Nur eine zeitgleiche Erhöhung der Betreuungsqualität wird dabei auch die Akzeptanz dieser Betreuungsform bei den Eltern vergrößern.

Verberuflichung mit Augenmaß

Für den Ausbau sind neue Zielgruppen für das Tätigkeitsfeld Tagespflege zu erschließen, beispielsweise aus pädagogischen oder pflegerischen Berufen sowie unter bestimmten Umständen auch Erwerbssuchende im ALG-Bezug. Dafür muss Tagespflege zukünftig jedoch auch attraktivere Rahmenbedingungen sowie berufliche Perspektiven bieten können.

Ein *Berufsbild Tagespflege* ist schrittweise zu entwickeln: Neben selbstständiger Tätigkeit sind zukünftig auch Modelle im Anstellungsverhältnis zu erproben und zu verbreiten. Gleichzeitig muss die Ausbaustrategie auch die derzeitigen Tagespflegepersonen im Blick haben,

struktur vor Ort zur Qualifizierung, Vermittlung, Beratung der Tagespflegepersonen sowie der Eltern, ferner zur Gewährleistung eines fachlichen Austausches und der Vernetzung von Tagespflegepersonen. Angebote der Kindertagespflege sind besser als bislang zu verzahnen mit institutionellen Betreuungsangeboten in Kitas, Familienzentren oder anderen multifunktionalen Dienstleistungsanbietern (beispielsweise Mehrgenerationenhäuser). Die Förderung von Kooperationen kann für beide Seiten zu Synergieeffekten im Bereich der Randzeitenbetreuung oder durch intelligente Vertretungssysteme bei Krankheit führen. Weiterhin sind derzeit entstehende Formen der Tagesgroßpflege fachlich fundiert weiterzuentwickeln.

Mögliche Stolpersteine auf dem Weg zum Ausbau der Kindertagespflege

Unattraktive Arbeitsbedingungen

Die Lebenslagen und Motive von Frauen haben sich im Zeitalter der Individualisierung verändert. Die Frauen richten ihr Lebensmodell immer mehr auf die Realisierung einer guten Ausbildung sowie auf ökonomische Eigenständigkeit aus. In diesem Zusammenhang sind die gegebenen finanziellen und sozialrechtlichen Bedingungen der Tagespflegtätigkeit unattraktiv, teilweise kontraproduktiv. Die angestrebte Besteuerung und die damit einhergehenden höheren Sozialbeiträge werden ohne sensible Nachjustierungen bzw. ohne eine äquivalente Anhebung des Lohnniveaus Frauen und erst recht Männer eher davon abhalten, Tagesmutter zu werden bzw. bereits tätige Tagesmütter dazu bringen, die Tätigkeit aufzugeben.

Das Fehlen von Qualität

Es ist grundsätzlich zu bezweifeln, ob Eltern Tagespflege wie vorausberechnet überhaupt in Anspruch nehmen werden, wenn zunehmend Plätze in Einrichtungen in guter Qualität zur Verfügung stehen, die Qualität der Kindertagespflege sich aber nicht entsprechend verbessert und die Elternbeiträge im Vergleich zu Einrichtungen weiterhin höher bleiben.

Keine Berücksichtigung der Vielgestaltigkeit

Auf der Ebene der Institutionen ist zu befürchten, dass die öffentliche Kinder-

und Jugendhilfe in ihren Ausbaustrategien die Heterogenität der Kindertagespflege nicht hinreichend berücksichtigt. Der Elternbedarf ist jedoch vielseitig und unterschiedlich, ebenso die derzeitige Angebotspalette. Eine Ad-hoc-Durchsetzung der Beruflichkeit für *alle* Tagespflegepersonen würde dem jedoch nicht gerecht werden. Zudem bedarf es einer systematischen lokalen Steuerung beider Säulen des Ausbaus mit Hilfe eines Gesamtkonzeptes, da punktuelle Strategien den großen Bedarf nicht decken können.

Tradierte Familienbilder und starre Verhaltensweisen

Trotz aller aktuellen Betreuungsrhetorik ist auf verschiedenen gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ebenen ein Zögern hinsichtlich eines konsequenten Ausbaus festzustellen. Zu tief verankert ist in Deutschland das Leitbild einer optimalen Betreuung kleiner Kinder durch die »gute« Mutter, die zu Hause bei ihren Kinder ist. Auch wenn Frauen, Eltern sowie junge Erwachsenen einer außerfamilialen Betreuung zunehmend positiv gegenüberstehen, sitzen dennoch an den Schalthebeln der Macht immer noch eher Männer mit einem traditionellen Lebensentwurf. Dabei werden Kostenargumente manchmal vorgeschoben, ebenso wird Sorge vor zuviel Regulierung geäußert, gilt doch die Kindertagespflege manchen als der letzte Hort einer typisch weiblichen Ehrenamtlichkeit, die auf scheinbar natürlichen Fähigkeiten von Frauen zur Erziehung aufbaut.

Und schließlich macht sich die Versäulung der Betreuungsangebote negativ bemerkbar: Die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Einrichtungen und Kindertagespflege ist sehr begrenzt, wie es zuletzt beim Ausbau der Familienzentren in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden konnte. Groß ist auf allen Seiten stattdessen die Neigung, an etablierten Strukturen und Verhaltensweisen festzuhalten.

Ausblick – Stufen eines langen Weges

Die aufgeführten Stolpersteine machen deutlich, dass es noch erheblicher Anstrengungen bedarf, um den Ausbau wie geplant voranzubringen. Allerdings haben sich manche Verbände, Träger und Kommunen bereits beispielhaft auf den Weg gemacht. Diese sind von dem ge-

planten Aktionsprogramm der Bundesregierung »Kindertagespflege« zu unterstützen. Die notwendigen Schritte können nicht alle gleichzeitig vollzogen werden. Deshalb sind folgende Zeitperspektiven des Ausbaus zu unterscheiden:

Ab sofort geht es darum, den skizzierten quantitativen und qualitativen Ausbau voranzutreiben. *Mittelfristig* muss vor allem die öffentliche Regulierung der Kindertagespflege und die Ausgestaltung eines entsprechenden Berufsbildes angegangen werden. Auch hier wird das Aktionsprogramm der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag leisten können. *Langfristiges Ziel* ist die Strukturgleichheit zwischen institutioneller und häuslicher Kindertagesbetreuung auf den Ebenen Qualifikation, Bezahlung, Fachkraft-Kind-Relation sowie Kosten für die Eltern.

Karin Jurczyk, Martina Heitkötter

Literatur

- Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit (2007): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. 2. überarb. Aufl., Berlin u. a.
- Deutscher Bundestag (2007): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Drucksache 16/6100. Berlin
- Jurczyk, Karin / Rauschenbach, Thomas / Tietze, Wolfgang u. a. (2004): Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung in Privathaushalten. Weinheim/ Basel
- Statistisches Bundesamt (2007): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege 2006. Wiesbaden
- van Santen, Eric (2007): Tagespflege. Wer wünscht sie, wer nutzt sie und wie wird sie genutzt. In: Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit: Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. 2. überarb. Aufl. Berlin u. a., S. 141–158.

Kontakt: heitkoetter@dji.de

Weitere Informationen:

www.dji.de/kindertagespflege

Das überarbeitete DJI-Curriculum zur Kindertagespflege (160 Stunden) erscheint Februar 2008. Bestellungen beim Buchhandel oder direkt beim Verlag: www.friedrichonline.de

Handbuch Tagespflege: www.deutschland-wird-kinderfreundlich.de

Kinderbetreuung in Deutschland Entwicklung und Begriffe

Der Europäische Rat gab 2002 mit den »Barcelona Targets« (angestrebte Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie Erhöhung der weiblichen Beschäftigungsquote) den Startschuss für einen verstärkten quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland:

Im Jahr 2010 soll in jedem EU-Land für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren sowie für mindestens 90 % der Kinder über drei Jahren bis zur Erreichung der Schulpflicht eine öffentliche Betreuung bereitgestellt werden. Diesen Staffelstab der EU hat die Bundesregierung übernommen. Demnach soll bis 2013 für 35 % der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist 2013 für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gesetzlich zu verankern.

Diese Vorgaben stehen in Zusammenhang mit einer gesellschaftlichen Entwicklung, die familienpolitisch die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindern sowie den chancengerechten Zugang zu Bildung für Kinder betont. Vielfältige Entwicklungen sowie erhöhte Erwartungen an die öffentliche Kindertagesbetreuung bestimmen vor diesem Hintergrund die öffentliche Debatte.

Das Bulletin 80 PLUS erläutert (mit Blick auf die Beiträge des Heftes) ausgewählte Begriffe der Kinderbetreuung in Deutschland zu rechtlichen und finanziellen Entwicklungen, zu Personal und Organisation sowie zu pädagogischen Aspekten.

Kontakt: Dr. Regine Schelle, schelle@dji.de

Rechtliche und finanzielle Entwicklung

- KJHG
- TAG
- KICK
- Zielvereinbarung
- Ausbaufinanzierung
- Gutscheine

Personal und Organisation

- Qualifikation des Personals
- Altersmischung
- Kindertagespflege
- Qualitätsentwicklung
- Kooperation und Vernetzung
- Flexibilisierung

Pädagogische Aspekte

- Bildungspläne
- Erziehungs- und Bildungspartnerschaft
- Integration und Inklusion
- Interkulturelle Ansätze
- Übergänge Familie

Rechtliche und finanzielle Entwicklung

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)

Der *Bund* gibt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege im dritten Abschnitt des KJHG (Sozialgesetzbuch VIII; SGB) einen gesetzlichen Rahmen vor. Da die Bereiche der Kultur und Bildung in der Hoheit der Länder liegen, muss dieser Rahmen durch *Ländergesetze* ausgefüllt werden. So wurden in vielen Bundesländern die Ländergesetze reformiert, wie etwa das neu entstandene Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) (2005) oder das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) in Nordrhein-Westfalen. Diese Gesetze sind in vielen Punkten heterogen ausgestaltet, lassen jedoch die Tendenz zu

einer kindbezogenen Förderung sowie die damit verbundenen neuen Finanzierungssysteme erkennen und heben gleichzeitig besonders den *Bildungsanspruch* an die Kindertagesbetreuung hervor. Die damit teilweise verbundene breite Schere zwischen Anforderungen und Finanzierungsmöglichkeiten in der öffentlichen Kinderbetreuung wird derzeit kontrovers diskutiert.

Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)

Mit dem TAG, einer größeren Reform des KJHG, wurde 2005 eine Grundlage für eine notwendige und nachhaltige Verbesserung der Betreuungssituation von Kindern im Alter unter drei Jahren geschaffen. Das Gesetz sieht vor, bis

2010 bundesweit rund 230.000 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen sowie in der → Kindertagespflege (als eine gleichrangige Alternative zur institutionellen Betreuung) zu schaffen. Der Förderungsauftrag der außerfamilialen Kinderbetreuung zu Erziehung, Bildung und Betreuung wird durch die Formulierung von Qualitätsmerkmalen akzentuiert. Der Gesetzgeber hat dabei ein Niveau der Mindestversorgung für die Betreuung für Kinder unter drei Jahren vorgeschrieben und so die Bedarfsgerechtigkeit genauer definiert.

Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz (KICK)

Das KICK, das wie das → TAG 2005 in Kraft trat, und ebenfalls eine Reform des

KJHG darstellt, setzt die Erlaubnis zur → Kindertagespflege (§ 43) neu fest und unterstützt die durch das TAG initiierte Verbesserung der Kindertagesbetreuung.

Zielvereinbarung Bund, Länder, Kommunen

Als zweiten Ausbaustrang neben dem TAG (2005) haben sich Bund, Länder und Kommunen 2007 darauf verständigt, die Kindertagesbetreuung, ausgerichtet an einem bundesweit durchschnittlichen Bedarf für 35 % der Kinder unter drei Jahren, bis 2013 auszubauen, so dass dann insgesamt rund 750.000 Plätze bereitstehen. Bund und Länder haben sich darüber hinaus im August 2007 geeinigt, dass ab 2013 für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt ein Rechtsanspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung bzw. auf einen Platz in der Tagespflege in Kraft treten soll. Bis zum 31.12.2008 müssen die dafür notwendigen rechtlichen Veränderungen im Gesetzblatt verkündet werden.

Ausbaufinanzierung

Um sich an der Finanzierung der geschaffenen Betreuungsplätze im Rahmen des → TAG von 2006 bis 2010 indirekt zu beteiligen, entlastet der Bund die Länder und Kommunen durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) über eine Summe von 1,5 Mrd. €, die für die Kinderbetreuung verwendet werden soll. Für die Schaffung der zusätzlichen Plätze von 2008 bis 2013 beteiligt sich der Bund direkt an der Finanzierung, um zu gewährleisten, dass die bereitgestellten Mittel auch tatsächlich für den Ausbau eingesetzt werden. Mit dem *Kinderbetreuungsförderungsgesetz* (KBFG) wird im Jahr 2007 ein Sondervermögen in Höhe von 4 Mrd. € errichtet, das an die Länder Finanzhilfen für Investitionen nach Art. 104b GG zum Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gewähren soll. Der Bund stellt 2,15 Milliarden € für Maßnahmen des Neubaus, der Renovierung und der Ausstattung in Einrichtungen sowie für die Kindertagespflege zur Verfügung. Von 2008 bis 2013 will der Bund darüber hinaus die Kommunen mit insgesamt 1,85 Mill. € und anschließend jährlich in Höhe von

770 Mill. € bei den Betriebskosten entlasten. Die Investitionsmittel werden unter den Bundesländern entsprechend der Kinderzahl aufgeteilt.

Die *Verwaltungsvereinbarung »Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung«* (2008–2013) regelt die Gewährung dieser Finanzhilfen zwischen Bund und Ländern, ferner legt sie fest, dass die Durchführung, wie die Kommunen an die Finanzhilfen gelangen, den Ländern selbst obliegt. Bemerkenswert ist dabei, dass im Sinne einer Erfolgskontrolle die Länder dem BMFSFJ jährlich zum 31.10. (erstmalig: 2009) über die Anzahl der jeweils bis zum 31.12. des Vorjahres neu eingerichteten und gesicherten Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen sowie in der Tagespflege berichten müssen. Entscheidend ist, dass diese Verwaltungsvereinbarung zum 1. Januar 2009 außer Kraft tritt, wenn es bis zum 31.12.2008 nicht gelingt, die notwendigen Änderungen im KJHG (SGB VIII), also den Rechtsanspruch für einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten vollendeten Lebensjahr, im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Ferner wird im Rahmen des Rechtsanspruchs das so genannte *Betreuungsgeld* diskutiert, das den Eltern zukommen soll, die sich entschließen, ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause zu betreuen. Gegner eines solchen Betreuungsgeldes führen an, dass gerade für Kinder aus Familien, die auf zusätzliche finanzielle Hilfen angewiesen sind und sich so vermutlich eher gegen eine öffentliche Kinderbetreuung entscheiden, eine außerfamiliale Betreuung für ihren Bildungsverlauf besonders wichtig sein kann.

Gutscheine als Finanzierungs- und Steuerungsinstrument

Der Systemwechsel von der Objektfinanzierung zur Subjektfinanzierung im Arbeitsfeld der Kindertageseinrichtungen ist der Kern des Gutscheinsmodells, das Mitte der 1990er-Jahre in die Diskurse über neue Steuerungsmodelle innerhalb der Jugendhilfe eingebracht wurde. Dieses von Ökonomen empfohlene Referenzsystem geht von folgenden Annahmen aus:

Die noch verbreitete Objektfinanzierung, mit der bestehende Einrichtungen

und Plätze finanziert werden, vernachlässigt die Wünsche der Eltern als Nachfrager, verfestigt gewachsene Strukturen und sei innovationshemmend. Dagegen fördere die Subjektfinanzierung die Marktmacht der Eltern und den Qualitätswettbewerb zwischen den Einrichtungen. Diese Einführung von Marktelementen werde in der Bilanz zu einer Qualitätsverbesserung führen und einen marktorientierten Systemwechsel in der Finanzierung der Einrichtungen einleiten.

Der Gutschein ist ein steuerndes Instrument, mit dem Eltern die Einrichtung ihrer Wahl aussuchen können; der Gutschein ist aber auch ein ordnungspolitisches Instrument, denn die Höhe der öffentlichen Mittel sowie der Betreuungsumfang werden – auf der Grundlage des Rechtsanspruches – vom öffentlichen Jugendhilfeträger festgelegt. Aus der Sicht der Träger ist diese Finanzierungsform mit neuen Anforderungen und Unsicherheiten bei der Planung verbunden und führt zu Finanzierungsrisiken, von denen kleinere Träger besonders betroffen sind. Man kann davon ausgehen, dass dadurch auch die Zahl zeitlich befristeter Verträge sowie von Teilzeitstellen zunehmen wird. Das Gutscheinsystem ist umstritten, da Jugendhilfe- und Sozialpolitiker befürchten, dass die Einführung von Marktelementen den bildungs- und sozialpolitischen Stellenwert der Einrichtungen in den Hintergrund drängt und sich die Voraussetzungen für eine qualifizierte, kontinuierliche pädagogische Arbeit verschlechtern.



Qualifikation des Personals

Die Öffnung des europäischen Binnenmarktes erzwingt eine wechselseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen. Da Deutschland dem europäischen Standard einer akademisch orientierten Ausbildung des pädagogischen Personals für jüngere Kinder hinterherhinkt, hat diese Diskussion die Stimmen gestärkt, die schon lange von der Notwendigkeit einer Höherqualifizierung ausgehen. Die Anforderungen an das Personal sind seit den 1970er-Jahren stetig gestiegen. Dabei spielt die Bildungsdebatte eine große Rolle.

Ein Teil der Fachwelt hat begonnen, die Forderung nach Akademisierung zu verwirklichen und entsprechende Ausbildungsgänge für die »Elementarpädagogik« oder die »Pädagogik der frühen Kindheit« an Fachhochschulen oder Universitäten zu entwickeln und zu etablieren, ohne dass bisher die Zukunftsaussichten in Bezug auf eine höhere Vergütung für Personal mit diesem Abschluss abgeklärt wären.

Als *Tendenz* in der Fachdiskussion zeichnet sich ab, in der Zukunft generell wenigstens Leitungspositionen mit solchen Fachkräften zu besetzen.

Als Fachkräfte für die Arbeit in Kinder-

tageseinrichtungen gelten in Deutschland bundesweit Erzieherinnen und Erzieher, die an Fachschulen ausgebildet werden. Sie stellen mit gut 70 % auch den Hauptanteil des pädagogischen Personals einschließlich der Leitungskräfte. Personal mit akademischem Abschluss bildet bislang die Ausnahme. Die pädagogische Arbeit wird demnach zu einem relativ großen Anteil auch von Personal mit geringerer Qualifikation geleistet. In den westlichen Bundesländern, in denen der weitaus überwiegende Teil der Kinder in Gruppen mit 20 und mehr Kindern von jeweils zwei Personen betreut wird, ist es immer noch üblich, einen Unterschied zwischen der Funktion von Gruppenleitung und Zweitkraft oder Ergänzungskraft zu machen sowie in der zweitrangigen Position niedriger qualifizierte Kräfte einzusetzen.

Altersmischung

In den Kindertageseinrichtungen Deutschlands gibt es kaum altershomogene Gruppenzusammensetzungen, die Kinder nach Jahrgängen eingruppiert, wie es in den 1970er-Jahren noch üblich war (im Osten Deutschlands zum größten Teil noch bis zur Wende). Die Gruppenzusammensetzung richtet sich in der

Regel nach den traditionellen Altersstufen:

Krippenalter: vom ersten bis zum Ende des dritten Lebensjahres;

Kindergartenalter: vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt;

Hortalter: vom Schuleintritt bis mindestens zum Ende der Grundschulzeit.

Diese Einteilung ergibt Altersmischungen von drei bis vier Jahrgängen.

In der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik werden diese herkömmlichen Gruppierungen im Unterschied zu einer Einteilung mit einer größeren Altersspanne jedoch »altersgleich« genannt. Tatsächlich altersgleiche Gruppenbildungen nach Jahrgängen gibt es eher in Einrichtungen, die nach einem offenen Konzept ohne feste Gruppenzugehörigkeit arbeiten, wenn sie beispielsweise »Nestgruppen« für die Jüngsten bilden, die neu aufgenommen werden.

Darüber hinaus kommt Altersgleichheit als durchgängiges Gruppenprinzip praktisch nicht vor, sondern höchstens als zeitlich begrenztes Zusammenfinden für besondere Aktionen oder zu einem bestimmten Zweck. Alle Einrichtungen, die nicht nur Kinder aus einer der traditionellen Altersstufen aufnehmen (wie etwa die weit verbreiteten Kindergärten),



haben die Möglichkeit, auch alterserweiterte Zusammensetzungen von Gruppen zu bilden. In manchen Bundesländern gibt es extra Richtlinien für alterserweiterte Gruppen. Seit den 1990er-Jahren ist ein deutlicher Zuwachs solcher Gruppen festzustellen:

- Mischung von Kindern im Krippen- und im Kindergartenalter (häufig »kleine Altersmischung« genannt);
- Mischung von Kindern im Kindergarten- und Hortalter;
- Mischung von allen drei Altersstufen (häufig »große Altersmischung« oder »Familiengruppen« genannt).

Eine relativ neue Form der Altersmischung entstand in den letzten Jahren durch die Aufnahme von Zweijährigen in Kindergärten, die für viele Bundesländer und Träger offensichtlich eine einfache Lösung darstellt, um Plätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Wenn jedoch mit der Ausweitung des Kindergartens nach unten keine neuen pädagogischen und organisatorischen Anpassungen einhergehen, die die Bedürfnisse der jüngeren Kinder angemessen berücksichtigen, ist diese Form der Altersmischung eher kritisch zu sehen.

Kindertagespflege

Kindertagespflege ist eine familiennahe Betreuungsform, die von Eltern sowohl *ergänzend* als auch *alternativ* zur institutionellen Kindertagesbetreuung genutzt wird. Mit der Neuordnung der Gesetzesgrundlage durch das → TAG und → KICK (§ 22–24 und § 43 SGB VIII) hat die Tagespflege als ein zur institutionellen Betreuung gleichrangiges Angebot der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern eine starke Aufwertung erfahren.

Erlaubnispflichtig durch das Jugendamt ist Kindertagespflege laut Gesetz dann, wenn mindestens ein Kind mehr als 15 Stunden wöchentlich bzw. mehr als drei Monate gegen Entgelt betreut wird.

Insgesamt soll die Kindertagespflege damit zu einem Baustein eines integrierten, vielfältigen Betreuungsangebots werden. Allerdings klaffen die gesetzlichen Zielvorgaben und die Umsetzung vor Ort derzeit noch auseinander. Parallel zu der gesetzlichen Novellierung setzt die Bundesregierung beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren auch stark auf die Kindertagespflege, die bis 2013 rund 30 % der Betreuungsplätze abdecken soll.

Durch die hiermit ausgelöste Dynamik ist die Kindertagespflege derzeit eine Betreuungsform im Umbruch. Sie entwickelt sich von einer eher informellen immer mehr zu einer fachlichen Dienstleistung bzw. langfristig betrachtet wohl hin zu einem eigenen Berufsbild. Tagespflege befindet sich zudem im Spannungsfeld zwischen einer in Vollzeit ausgeübten Tätigkeit und einer Möglichkeit als Zuverdienst. Insgesamt ist sie ein Feld vielfältiger Tätigkeiten.

Um die quantitativen Ausbauziele zu erreichen und die postulierte Gleichrangigkeit mit Leben zu füllen, stehen alle beteiligten Akteure vor großen Aufgaben. Schwerpunktmäßig liegen diese

- im Bereich der Qualifizierung und Qualitätssicherung;
- beim Auf- und Ausbau unterstützender Infrastruktur für Tagespflegepersonen und Eltern sowie von Kooperationsbezügen mit institutionellen Betreuungsformen;
- in der Erschließung neuer Zielgruppen.

Ein weiteres Gestaltungsfeld liegt auch im Bereich der »Tagesgroßpflege«, eine Variante der Tagespflege, bei der mindestens zwei Personen mehr als fünf Kinder in Räumen außerhalb der eigenen Wohnung betreuen.



Qualitätsentwicklung

Die Debatte über Qualität im Arbeitsfeld der Tageseinrichtungen wird in Deutschland seit den 1990er-Jahren intensiv geführt, angestoßen auch durch die Veröffentlichung des europäischen Netzwerkes über »Qualitätsziele in Einrichtungen für kleine Kinder« (Brüssel 1996). Im Rahmen der »Nationalen Qualitätsinitiative im System Tageseinrichtungen für Kinder« wurden von 1999 bis 2003 verschiedene Konzepte der Qualitätsentwicklung erarbeitet; parallel wurden von Trägern und Einrichtungen dazu eigene Konzepte entwickelt. In der Novellierung des → KJHG (Tagesbetreuungsausbaugesetz → TAG) wurde der Auftrag der Qualitätsentwicklung in den Tageseinrichtungen erstmalig gesetzlich verankert (SGB VIII, § 22ff) und als eine Aufgabe des öffentlichen Jugendhilfeträgers formuliert. Trotz unterschiedlicher Konzepte der Qualitätsentwicklung besteht ein fachpolitischer Konsens, dass Fach- und Systemqualität festgestellt, gesteuert und weiterentwickelt werden müssen; zu den Instrumenten und Verfahren, die dabei einzusetzen sind, gibt es keine verbindlichen Vorgaben.

Qualitätsfeststellungsverfahren

Damit sind Evaluationsverfahren gemeint, die Qualität auf der Grundlage definierter Standards feststellen. Das bekannteste Beispiel ist die Kindergarten-Einschätz-Skala (KES) – in den USA entwickelt und an die deutsche Situation angepasst. Dabei handelt es sich um ein Evaluationsinstrument, mit dem pädagogische Qualität anhand von Beobachtungsverfahren durch externe Gutachter eingeschätzt wird.

Qualitätsentwicklungsverfahren

Konzeptioneller Ansatz ist die Verknüpfung von Qualitätsfeststellung und Qualitätsentwicklung. Diese Verfahren werden in unterschiedlichen Varianten praktiziert. Sie können sich sowohl am spezifischen Einrichtungskonzept orientieren als auch am gesamten Einrichtungssystem, in das die Kita eingebunden ist. Verfahren, die alle Koordinaten des Systems im Blick haben, orientieren sich an den Konzepten des Qualitätsmanagements DIN EN ISO 9000:2000 und EFQM, mit dem Ziel, Qualität

festzustellen, zu entwickeln sowie zu sichern. Die Einrichtungen werden von externen Gutachtern überprüft und erhalten bei Einhaltung der Standards ein Zertifikat.

Kooperation und Vernetzung

Kooperation und Vernetzung sind Handlungsstrategien, mit denen tradierte, institutionelle Versäulungen gelockert und ein Netzwerk für Familien im lokalen Raum aufgebaut werden sollen. Die Begriffe werden häufig synonym benutzt, zielen aber auf unterschiedliche Sachverhalte ab. Terminologisch kann unterschieden werden zwischen der Kooperation von einzelnen Einrichtungen bzw. Institutionen sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie einem kommunalpolitisch verankerten, trägerübergreifenden Aufbau von Netzwerkstrukturen.

In Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren wird das bestehende Regelangebot durch kooperative Aktivitäten erweitert. Typische Beispiele sind zusätzliche Angebote zur Unterstützung der Elternkompetenz in Kooperation mit den Einrichtungen der *Familienbildung* oder niedrigschwellige Beratungsangebote in Kooperation mit Einrichtungen der *Familienhilfe*. Bislang noch selten sind Kooperationen mit *Arbeitsmarktagenturen* und Institutionen der *Erwachsenenbildung*.

Die kooperativen Aktivitäten können anlassbezogen bzw. von zeitlich begrenzter Dauer sein, aber auch anlassübergreifend gestaltet werden. Die Praxis zeigt, dass Kooperation und Vernetzung im Fachdiskurs in der Regel positiv besetzte Handlungsstrategien sind, aber auch Konfliktpotenziale beinhalten. Ein Grund dafür ist die historisch verankerte Versäulung der einzelnen Arbeitsfelder mit ihren verschiedenen Arbeitskulturen, unterschiedlichen Finanzierungslogiken sowie der professionellen Konkurrenzen. Aus diesem Grund sind kooperative Aktivitäten auch keine Selbstläufer, sondern als methodisches professionelles Handeln zu gestalten. Wichtige Aspekte sind dabei: Zielvereinbarungen, Klärung von Handlungsspielräumen und Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen.

Flexibilisierung

Angesichts der Zunahme flexibler und variabler Arbeitszeiten rückte in der gesellschaftlichen Debatte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die *Zeitgestaltung* der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder stärker in den Brennpunkt. Als Reaktion auf diese Entwicklungstendenzen lassen sich bei den Angeboten der Kindertagesbetreuung seit einiger Zeit unterschiedliche Tendenzen der Flexibilisierung beobachten. Starre Zeitstrukturen sind in Bewegung geraten.

Hauptsächliches Merkmal flexibler Kindertageseinrichtungen ist, dass Eltern individuell und bedarfsgerecht den Umfang der Inanspruchnahme am Tag und im Verlauf einer Woche buchen können, einschließlich der Möglichkeit einer stundenweisen Betreuung (Kurzzeitbetreuung oder Notfallbetreuung). Neben dem Umfang kann auch die zeitliche Lage der Inanspruchnahme variieren, d. h. es besteht die Möglichkeit, das Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder zu verschiedenen Zeiten (vor- und nachmittags) zu nutzen. Damit unterscheiden sich diese Einrichtungen deutlich vom sonst dominierenden »Regelangebot« der Halbtagsbetreuung oder (starr) Ganztagsbetreuung. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass Kindertageseinrichtungen mit flexiblen Angebotsstrukturen häufig zusätzlich buchbare Leistungen anbieten, wie z. B. Fahrdienste, Babysitterservice oder Kurse für Eltern und/oder Kinder. Dazu werden im Rahmen erweiterter Öffnungszeiten Betreuungsangebote am frühen Morgen, in den Abend hinein sowie Betreuung über Nacht oder am Wochenende zur Verfügung gestellt.

Diese neue zeitliche Flexibilität soll in erster Linie den unterschiedlichen Bedarfen der Familien gerecht werden. Bei der organisatorischen Umsetzung ist auf eine angemessene Balance zwischen Flexibilität und Stabilität zu achten. Dabei gilt es, auch den Bedürfnissen der Kinder und den Erfordernissen der Prozesslogik pädagogischer Arbeit gerecht zu werden. Eine qualifizierte konzeptionelle und organisatorische Auseinandersetzung mit Flexibilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung der Bildungs- und Betreuungsqualität von Kindern in Tageseinrichtungen.



Pädagogische Aspekte

Bildungspläne

Die Qualitätsdebatte der 1990er-Jahre für den Bereich der Kindertageseinrichtungen wurde im Zuge der Verarbeitung des »PISA-Schocks« von der Bildungsdebatte abgelöst. Seit 2000 (ähnlich wie nach dem »Sputnik-Schock« 1957) verstärkte sich die öffentliche Forderung, die Bildung der Kinder von klein auf zu fördern. Der Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen für Kinder im vorschulischen Alter rückte somit in den Mittelpunkt.

Ab 2001 begannen die Bundesländer Rahmenpläne für die Arbeit mit Kindern vor dem Schuleintritt zu entwickeln. 2006 hatten alle Länder ein entsprechendes Werk vorgelegt. Die Bezeichnung »Bildungspläne« wird dabei als Sammelbegriff benutzt, obwohl die Benennungen variieren: Bildungsplan, Bildungsprogramm, Bildung als Programm, Bildungs- und Erziehungsempfehlungen, Bildungs- und Erziehungsplan, Grundsätze elementarer Bildung, Leitlinien frühkindlicher Bildung, Orientierungsplan, Rahmenplan.

2004 einigten sich die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Jugendministerkonferenz (JMK) darauf, einen gemeinsamen Rahmen für die Bildungspläne der Länder zu erstellen: »Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen« (lt. Beschluss der JMK vom 13./14.05.2004 und der KMK vom 03./04.06.2004):

»Bildungspläne haben ... insbesondere die Aufgabe, die Grundlagen für eine frühe und individuelle Förderung der Kinder zu schaffen«; sie sind »Orientierungsrahmen, auf deren Grundlage die Tageseinrichtungen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten träger- oder einrichtungsspezifische Konzeptionen erstellen«.

Der Orientierung gilt auch die Gliederung nach unterschiedlichen Bildungsbereichen, die sowohl im gemeinsamen Rahmen der Länder als auch in allen 16 einzelnen Bildungsplänen der Länder auf verschiedene Art und Weise vorkommen.

Trotz Verschiedenheit in Bezug auf die Ausdifferenzierung und Reichweite ent-

halten alle Bildungspläne die Forderung nach *Beobachtung* und *Dokumentation der Bildungsprozesse von Kindern*. Unterschiedlich gehandhabt wird jedoch die Umsetzung. Einige Bundesländer bieten dem Personal dazu Fortbildungen an. In manchen Ländern wurden von Anfang an Träger und Fachpraxis in den Einrichtungen an der Erstellung des Plans beteiligt, in anderen erst in Phasen der Erprobung in der Praxis. Auch die Verbindlichkeit der Anwendung und die Evaluation der pädagogischen Arbeit nach dem Bildungsplan werden je nach Bundesland unterschiedlich gestaltet.

Erziehungs- und Bildungspartnerschaft

Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Eltern und Erzieherinnen/ Erziehern markiert die neue Leitvorstellung in der Arbeit mit den Eltern. Sie ist getragen von der gemeinsamen Verantwortung für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sowie für deren Wohlbefinden. Eine offene, vertrauensvolle und intensive Zusam-



menarbeit bildet die Grundlage einer solchen Partnerschaft. Nach Artikel 6, Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) besitzen die Eltern die primäre Erziehungsverantwortung, während »die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sicherstellen (sollen), dass die Fachkräfte in ihren Einrichtungen mit den Erziehungsberechtigten zum Wohl der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses zusammenarbeiten« (§ 22a Abs. 2.1 SGB VIII). Damit sind die pädagogischen Fachkräfte zur Zusammenarbeit mit den Eltern verpflichtet. In der Praxis haben sich in der Vergangenheit verschiedene Formen und Angebote der Zusammenarbeit mit Eltern sowie deren Partizipation in der Einrichtung entwickelt (Aufnahme- und Einzelgespräche, Elternabende, Elternbeirat Feste etc.). Ohne die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft als ein Ziel für das gelingende Zusammenwirken von Eltern und Kita in Frage zu stellen, tritt in der Praxis dennoch immer wieder ein Spannungsverhältnis zwischen Wirklichkeit und Anspruch auf. Dabei wird die Vorstellung einer »Partnerschaft« unter-

schiedlich interpretiert. Eine »belehrende« Grundhaltung gegenüber den Eltern steht einer gleichberechtigten, aktiven Stellung der Eltern entgegen, die auf einem partnerschaftlich-dialogischen Verhältnis basiert, in dem Bildungs- und Erziehungsziele im Aufwachsen der Kinder transparent gemacht und entsprechend geteilt werden. Hinderlich für eine solche Partnerschaft ist es, wenn Eltern den Kontakt mit den pädagogischen Fachkräften meiden oder aber mit ihren Kompetenzen von den Fachkräften überhaupt nicht oder nur zögerlich in Strukturen der Einrichtung integriert werden. Diese Distanz zu überwinden ist eine zentrale pädagogische Herausforderung, die neben einer entsprechenden Grundhaltung ebenfalls spezieller kommunikativer Kompetenzen auf Seiten der Fachkräfte bedarf. Die Zusammenarbeit mit Eltern ist demnach zukünftig auch in der Ausbildung der Erzieher/innen verstärkt zu berücksichtigen.

Mit dem niederschweligen Zugang, den Erzieher/innen zu Familien haben, liegen in einer solchen Kooperation große pädagogische sowie präventive Potenziale. Ein gelingendes Ineinandergreifen von Familie und Institution in Gestalt einer geteilten Verantwortung verbessert vor allem die Ausgangslage für Entwicklungs- und Bildungsprozesse des Kindes. Konzeptionell findet dieses Ziel seinen Ausdruck in den Angebotsstrukturen der Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren (→ Kooperation und Vernetzung). Hier findet die Familie als Ganzes ihren Platz: Mütter, Väter und Kinder. Durch weitere Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien entstehen neue Spielräume für die Elternarbeit.

Integration und Inklusion

Der Begriff Integration wurde im Bereich der Kindertageseinrichtungen bislang vor allem für die gemeinsame Betreuung, Bildung und Erziehung von behinderten Kindern bzw. von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, *und* nicht behinderten Kindern verwendet. Seit Beginn der 1980er-Jahre gibt es im Elementarbereich eine starke Bewegung, die für eine nicht ausgrenzende Förderung von behinderten Kindern eintritt. Das gemeinsame Aufwachsen vor der

Schule ist in den meisten Bundesländern Normalität geworden. Der Beschluss der Jugendministerkonferenz (JMK) vom 06./07.06.2002 unterstützt die Forderung der Fachleute nach einem einheitlichen Förderrecht für Kinder mit Behinderungen im Rahmen des SGB VIII. Das → Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) mit seinen Neuregelungen des → Kinderbetreuungs- und Jugendhilfegesetzes (TAG) und des → Kinder- und Jugendhilfe- weiterentwicklungsgesetzes (KICK) von 2005 fordert Folgendes:

»Kinder mit und ohne Behinderung sollen, sofern der Hilfebedarf dies zulässt, in Gruppen gemeinsam gefördert werden. Zu diesem Zweck sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der Sozialhilfe bei der Planung, konzeptionellen Ausgestaltung und Finanzierung des Angebots zusammenarbeiten« (§ 22a Abs. 4, SGB VIII). Diese Entwicklung wird jedoch neuerdings wieder in Frage gestellt, insbesondere durch Mittelkürzungen, durch Einschränkung der Rahmenbedingungen sowie durch Veränderung von Förderbedingungen, die dazu führen, dass bewährte umfassende Integrationskonzepte nicht mehr sinnvoll umgesetzt werden können.

Die Gepflogenheiten der Verwendung des Begriffs Integration haben sich jedoch verändert: Häufig steht »Integration« jetzt für Maßnahmen der Sprachförderung mit dem Ziel, Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund beim Erlernen der deutschen Sprache zu unterstützen. Außerdem wird der Begriff der »Integration« heute häufig ersetzt durch den der »Inklusion«.

Inklusion gilt als konsequente Weiterführung von Integration, die damit begann, Kinder mit besonderem Förderbedarf einzugliedern. Bei Inklusion geht es um ein umfassendes Konzept der gemeinsamen Sozialisation und der Partizipation *aller* Kinder. Der Inklusionsgedanke beinhaltet, dass jedes einzelne Kind in einer Gruppe als Person mit besonderen Eigenheiten, Fähigkeiten und Lerninteressen anzusprechen ist. Inklusionspädagogik bedeutet, für ein entsprechendes Umfeld zu sorgen, das die individuelle Unterstützung jedes Kindes, gleich welcher Herkunft und unabhängig von besonderem Förderbedarf, ermöglicht und sichert (→ Interkulturelle Ansätze).

Interkulturelle Ansätze

Im Zusammenhang mit dem Ziel der → Integration und Inklusion von Kindern und ihren Familien aus anderen Kulturkreisen wurden verschiedene Ansätze entwickelt, um die Praxis des Zusammenlebens in Kindertageseinrichtungen an der Begegnung verschiedener Kulturen auszurichten. Am bekanntesten ist das Konzept der *vorurteilsbewussten Pädagogik*, nämlich Unterschiedlichkeit und Vielfalt (»Diversität«) als normal anzuerkennen. Ansätze der Sprachförderung sind ein wesentlicher Teil eines Integrationskonzepts. Sie greifen jedoch zu kurz, wenn sie nicht mit Zielsetzungen und konkreten Bemühungen verbunden sind, alle Kulturen zu würdigen, die in Kindertageseinrichtungen vertreten sind. Dazu gehören vor allem folgende Grundsätze:

- Jedes Kind findet etwas aus seinem gewohnten Kulturkreis in der Einrichtung wieder.
- Die pädagogischen Fachkräfte setzen sich mit unterschiedlichen Normen und Wertvorstellungen (auch in der eigenen Kultur) auseinander.
- Die Eltern begegnen offen Eltern mit anderen Vorstellungen.
- In den Kindertageseinrichtungen arbeiten auch Fachkräfte aus anderen Kulturkreisen.

Diesen Ansätzen der Integration steht jedoch die Verdichtung von Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichsten anderen Kulturkreisen in bestimmten Wohngebieten und damit auch in Kindertageseinrichtungen entgegen. Hier sind neue Überlegungen zur Verwirklichung interkultureller Ansätze gefragt.

Übergänge: Familie – Kita – Schule

In ihrem Lebensverlauf müssen Kinder sowie deren Familien verschiedene Übergänge bewältigen: Alle Beteiligten müssen mit dem Eintritt in das institutionelle Betreuungs- und Bildungssystem (von der Familie in die Krippe/ Kita) sowie mit dem Durchlaufen der aufeinander aufbauenden Bildungsstufen (Kita – Grundschule – weiterführende Schulen) vielfältige Leistungen erbringen und Aufgaben meistern (z. B. erste Loslösungsprozesse zwischen Eltern und Kind; das Zurechtfinden in größeren Gruppen von Gleichaltrigen; unterschiedliche Lernkulturen). Mit der Ausweitung der außerfamilialen Betreuung für Kinder unter drei Jahren werden diese Übergänge häufiger und erfahren eine biografische Vorverlegung. In der Frühpädagogik wurde der kindlichen Bewältigung von Übergängen zwischen den Bildungseinrichtungen

bislang mehr Aufmerksamkeit geschenkt als dem ersten Übergang vom Elternhaus in das Betreuungssystem und den damit verbundenen Aufgaben für die ganze Familie. Ferner erleben Kinder auch im Alltag Übergänge zwischen verschiedenen Welten, beispielsweise wenn sie im Sinne »horizontaler Übergänge« zwischen Familie und Kita bzw. Grundschule sowie ergänzenden Angeboten wechseln.

Übergänge sind sensible biografische bzw. alltägliche Ereignisse mit bedeutenden Erfahrungen, die sich auch in der Identitäts- und Kompetenzentwicklung niederschlagen. Vor diesem Hintergrund gewinnen Ansätze zur Gestaltung von Übergangssituationen durch Eingewöhnungskonzepte, Sicherung von Kontinuitäten im Bildungsprozess, Stärkung von Basiskompetenzen, begleitende Angebote der Familienbildung zunehmende Bedeutung.

Bislang wurde weniger auf eine strukturelle Verzahnung der verschiedenen Bildungsbereiche gesetzt als vielmehr auf freiwillige Kooperation z. B. zwischen Kita und Grundschule in Form von Informationsaustausch oder Schnupperbesuchen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung von → Bildungsplänen wird verstärkt eine Kooperation zwischen Kindergarten und Schule eingefordert. Es werden auch konkrete Vorschläge für die Gestaltung des Übergangs in den Einrichtungen sowie für die Bewältigungsstrategien der Kinder und ihrer Familien gemacht. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch gemeinsame Fortbildungen von frühpädagogischen Fachkräften sowie Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern. Außerdem sollen auch in den frühpädagogischen Bildungsplänen definierte Bildungsbereiche zu einer die Bildungsstufen übergreifenden Anschlussfähigkeit kindlicher Lernprozesse beitragen.

*Angelika Diller, Martina Heitkötter,
Nicole Klinkhammer, Hans Rudolf Leu,
Regine Schelle, Kornelia Schneider*



Segregation – schon im Kindergarten?

Der Besuch des Kindergartens gehört in Deutschland inzwischen zur Normalbiographie von mehr als 90 % der Kinder. Kindertageseinrichtungen sind demnach Orte, die von allen Kindern aus allen Bevölkerungsgruppen in Anspruch genommen werden. In Zeiten hoher Mobilität und abnehmender Bedeutung stabiler Nachbarschaften und Verwandtschaftsbeziehungen kommt ihnen dadurch eine herausragende Bedeutung zu.

Es bestehen hohe Erwartungen an Kindertageseinrichtungen als Orte des Lernens, ferner zur Anbahnung von Kontakten zwischen Kindern sowie zwischen deren Eltern. Durch die Entwicklung informeller Netzwerke soll eine gesellschaftliche Integration gerade auch von Familien mit Migrationshintergrund gestützt werden.

Der Bildungsauftrag von Kindertagesstätten hat in den letzten Jahren eine enorme Aufmerksamkeit erlangt. Eine besondere Rolle spielen dabei Maßnahmen der Sprachförderung für Kinder aus den unteren sozialen Schichten sowie mit Migrationshintergrund.

Die Bedeutung der Herkunftsfamilie Neben den finanziellen Ressourcen und den Bildungsabschlüssen der Eltern spielt in diesem Zusammenhang der Migrationshintergrund eine wichtige Rolle. Zum Teil mag seine Bedeutung überschätzt werden, weil Familien mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig auch in ökonomisch benachteiligten Verhältnissen leben.

Kinder, die zu Hause eine andere Sprache als Deutsch sprechen, haben auf der einen Seite die Chance, mehrsprachig aufzuwachsen. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass ein beachtlicher Teil dieser Kinder aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse in der Schule nicht so erfolgreich ist, wie das aufgrund ihrer Fähigkeiten eigentlich möglich sein müsste. Um dem zu begegnen, werden mittlerweile in allen Bundesländern Sprachförderprogramme angeboten.

Merkmale des frühkindlichen Spracherwerbs

Frühkindlicher Spracherwerb erfolgt beiläufig. Er wird nicht in extra anberaumten Lektionen vermittelt, sondern ist ein Teil des Lernens, das bei kleinen Kindern mit ihren alltäglichen Aktivitäten untrennbar verknüpft ist. Dabei spielen Erwachsene als »Sprachvorbilder« eine wichtige Rolle. Daneben ist aber auch die Kommunikation mit anderen Kin-

dern ein maßgeblicher Beitrag zum Spracherwerb. Dabei kommt der Muttersprache der Kinder eine basale Bedeutung zu. Um im Austausch mit anderen Kindern die deutsche Sprache im Alltag zu praktizieren, müssen Kinder in der Kindertageseinrichtung die Chance haben, auf Kinder zu treffen, die selber deutsch sprechen – und dies gelingt am ehesten durch die Gruppe jener Kinder, deren »Familiensprache« Deutsch ist, d. h. die zu Hause deutsch sprechen. Vor diesem Hintergrund ist es von erheblicher Bedeutung, inwiefern es zu Prozessen der Segregation kommt, indem Kinder nicht-deutscher Muttersprache weitgehend unter sich bleiben – zumal an die Unterstützung der Integration von Familien und Kindern mit Migrationshintergrund hohe Erwartungen geknüpft sind.

Was sagt die Statistik?

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik hat 2006 erstmals Daten zum Migrationshintergrund der Kinder erhoben, um so die Größenordnung der damit verbundenen Anforderungen und Probleme abschätzen zu können: Welche Kindertagesbetreuung nehmen die Familien in Anspruch? Wurde mindestens ein Elternteil des Kindes im Ausland geboren? Spricht das Kind zu Hause deutsch?

24 % aller Kinder von drei bis unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen haben mindestens ein Elternteil, das

nicht in Deutschland geboren ist.

In mehr als der Hälfte dieser Familien ist die überwiegend zu Hause gesprochene Sprache eine andere als Deutsch.

Wie verteilen sich diese Kinder auf Kindertageseinrichtungen?

Die folgenden Daten beschränken sich auf die westdeutschen Bundesländer, da in ostdeutschen Ländern mit segregationsartigen Häufungen von Kindern mit Migrationshintergrund nicht zu rechnen ist.

Der Anteil an Kindern im Kindergartenalter mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil liegt in den westdeutschen Bundesländern zwischen 20 % (Niedersachsen) und 39 % (Hamburg); Schleswig-Holstein ist die Ausnahme mit lediglich 15 %.

In den ostdeutschen Bundesländern schwankt dieser Wert zwischen 4 % und 6 %.

Die Einrichtungen lassen sich nach dem prozentualen Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Familiensprache in vier Gruppen unterteilen (vgl. Abb. 1). Der Anteil der Kinder mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil liegt

- in knapp 60 % der (westdeutschen) Einrichtungen unter 25 %;
- in gut einem Viertel der Einrichtungen zwischen 25 % und 50 %;
- in 15 % der Einrichtungen über 50 %;
- in 4 % der Einrichtungen bei 75 % und mehr.

Wählt man als Kriterium die Familiensprache, sprechen in jeder zwölften Einrichtung mehr als die Hälfte der Kinder zu Hause überwiegend nicht deutsch, allerdings mit deutlichen Unterschieden nach Ländern:

- In Hamburg gilt das mit 16 % sogar für etwa jede sechste Einrichtung;
- in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sind die entsprechenden Werte mit 3 bzw. 4 % am niedrigsten;
- die übrigen westlichen Länder liegen bei 8 bis 10 %.

Segregation: Nicht deutsch sprechende Kinder treffen auf nicht deutsch sprechende Kinder

Diese Daten allein lassen noch keine Aussagen über Tendenzen der Segregation erkennen. Das ändert sich, wenn man die Kinderperspektive einnimmt und fragt, inwieweit Kinder, die zu Hause nicht deutsch sprechen, in der Kindertageseinrichtung auf deutsch sprechende Kinder treffen.

Dabei zeigt sich, dass bereits in Ländern mit lediglich 3 bis 4% an Einrichtungen mit hohen Anteilen von Kindern nicht-deutscher Familiensprache (SH, RP, NI, SL) schon jedes *fünfte* dieser Kinder in der von ihm besuchten Einrichtung auf mehr als 50% Kinder trifft, die zu Hause selber auch nicht deutsch sprechen. In diesen Einrichtungen sind nur 2% der Kinder mit deutscher Muttersprache zu finden.

In vier weiteren Bundesländern (NW, HE, BW, BY) besucht rund *ein Drittel* der Kinder nicht-deutscher Familiensprache eine Einrichtung, die zu mehr als der *Hälfte* von Kindern besucht wird, die selber auch nicht deutsch sprechen.

In Hamburg (vergleichbar auch in Bremen) schließlich trifft nur etwa jedes *sechste* Kind, das zu Hause nicht deutsch spricht, in der Einrichtung auf mindestens 75% Kinder mit deutscher Muttersprache; beinahe die Hälfte dieser Kinder besuchen dort Einrichtungen, in denen mehr als die Hälfte der Kinder einen Migrationshintergrund hat und zu Hause nicht deutsch spricht (vgl. Abb. 2).

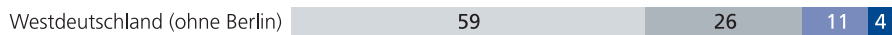
Diese Daten zeigen Tendenzen der Segregation in bestimmten Regionen und Städten deutlich auf.

Von der Segregation zur Integration – gar nicht so einfach

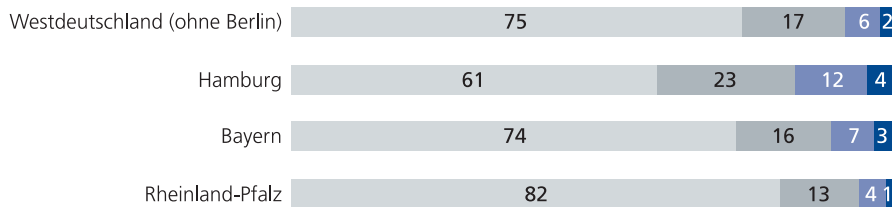
Kinder mit Migrationshintergrund sind demnach verstärkt mit deutschen Kindern zusammenzubringen. Wo das nicht möglich ist, müssen die Einrichtungen mit zusätzlichen personellen Ressourcen ausgestattet werden, um die hohen Erwartungen zu erfüllen, die an sie als Orte der Integration unterschiedlicher Kulturen sowie der frühsprachlichen Förderung gestellt werden.

Diese Art der Segregation ist in Kindertageseinrichtungen deutlich stärker ausgeprägt als später in der Schule. Eine vergleichbare Rechnung auf der Ba-

Kindertageseinrichtungen nach Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (in %)



Kindertageseinrichtungen nach Anteil der Kinder mit nicht-deutscher Familiensprache (in %)



■ 0 bis unter 25% ■ 25 bis unter 50% ■ 50 bis unter 75% ■ 75% und mehr
Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund / nicht-deutscher Familiensprache

Abbildung 1: Kindertageseinrichtungen nach Anteil der Kinder (in Prozent);
Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik 2006

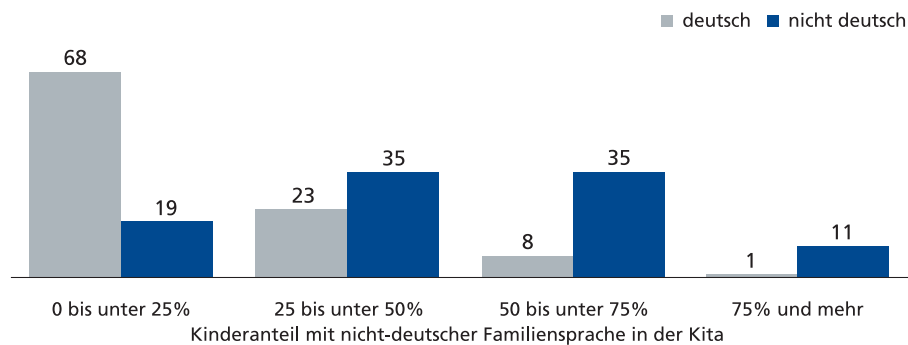


Abbildung 2: Hamburg: Kinder mit deutscher und nicht-deutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (in Prozent); Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik 2006

sis der PISA-Daten für die 9. Jahrgangsstufe erbrachte, dass bei dieser Altersstufe in Deutschland nur 27% der Kinder mit einem vergleichbar gemessenen Migrationshintergrund Schulen mit einem Migrantenanteil von 50% und mehr besuchen (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006). In Kindertageseinrichtungen liegt der Anteil mit 38% erheblich höher. Ein Grund dafür dürfte sein, dass das Einzugsgebiet von Kindertageseinrichtungen kleinräumiger ist als das von Schulen. Unterstellt wird dabei, dass auch beim Bezug von Wohnraum vergleichbare Prozesse der Segregation stattfinden.

Bemerkenswert ist schließlich, dass – entgegen der manchmal geäußerten Ver-

mutung – kommunale Träger, konfessionelle und nicht-konfessionelle Wohlfahrtsverbände in etwa gleichem Umfang Träger von Einrichtungen mit 50% und mehr Kindern nicht-deutscher Familiensprache sind. Die entsprechenden Werte liegen zwischen 6 und 8%.

Hans Rudolf Leu

Literatur

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Bielefeld

Kontakt: leu@dji.de

Wie gehts im Job – was Erzieherinnen auf den Nägeln brennt

Um frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung ist in letzter Zeit stark gerungen und gestritten worden. Dieses pädagogische Arbeitsfeld hat große öffentliche und politische Aufmerksamkeit erfahren – und damit sind auch diejenigen ins Blickfeld geraten, die dieses Berufsfeld prägen, nämlich die Erzieherinnen und Erzieher.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) führte im Frühjahr 2007 eine Befragung von pädagogischen Fachkräften durch, die in der GEW organisiert sind, oder in zufällig ausgewählten Kindertageseinrichtungen arbeiten. Dabei ging es um ihre Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen, ferner um die Ressourcen, die zur Bewältigung des Arbeitsalltags zur Verfügung stehen, sowie um die Zufriedenheit mit dem Job. Rund 2.000 Erzieherinnen schickten ihre Antworten – und sie haben etwas zu sagen!

Der Zugang zum Berufsfeld ist für jüngere Erzieher/innen schwer

Bislang war der Erzieher/innenberuf eine »sichere« Tätigkeit. Der Anteil der befristeten Arbeitsverträge hat jedoch zugenommen, und bei den Erzieherinnen und Erziehern sind es vor allem die Jüngeren, die von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind: Fast die Hälfte der unter 30-Jährigen hat einen befristeten Arbeitsvertrag.

Für die jüngere Generation ist der Zugang zum Arbeitsfeld damit erheblich erschwert. Nicht selten »hangeln« sie sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten und ihre Weiterbeschäftigung hängt schließlich von den Anmeldezahlen für das nächste Kindergartenjahr ab. Nachwuchs-Erzieher/innen haben demnach schlechtere Chancen, in ihrem Beruf Fuß zu fassen.

Der Beruf von Erzieherinnen und Erziehern: nur ein Teilzeitjob?

Etwa die Hälfte der Erzieher/innen ist teilzeitbeschäftigt, wobei dieser Anteil nach den verschiedenen Arbeitsbereichen stark variiert:

- Einrichtungsleiter/innen sind selten teilzeitbeschäftigt, am häufigsten sind es Zweit- und Ergänzungskräfte.
- Mehr als ein Drittel der teilzeitbeschäftigten Erzieher/innen berichtet, dass der Arbeitsmarkt nur Teilzeitbeschäftigungen bereithält bzw. diese vom Arbeitgeber gewünscht sind. Sie

würden gerne in Vollzeit arbeiten, bekommen aber kein Stellenangebot.

Dramatisch sind dabei die Unterschiede zwischen Ost und West: Drei Viertel der Erzieher/innen in den östlichen Bundesländern finden keine Vollzeitstelle, d. h. sie arbeiten »gezwungenermaßen« in Teilzeit.

Umgekehrt gehen fast 60 % der Erzieher/innen im Westen aus familiären Gründen einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Diese Befunde zeigen zweierlei: Bei vielen Erzieherinnen und Erziehern, die Familie haben, stimmen Nachfrage und Angebot überein, denn ihnen kommt die Teilzeitarbeit gelegen. Für Erzieher/innen jedoch, die keine oder noch keine eigene Familie haben bzw. zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf das Einkommen aus einer Vollzeiterwerbstätigkeit angewiesen sind, scheint es zunehmend schwieriger zu werden, den eigenen Lebensunterhalt aus dieser Erwerbstätigkeit zu bestreiten. Aus diesem Grund gehen immerhin 8 % der Erzieher/innen einer zweiten Erwerbstätigkeit nach, wie z. B. Kellnern oder Reinigungsarbeiten.

Fachlich besonders bedenklich ist die hohe Teilzeitquote bei den Gruppenleitungen. Wenn fast die Hälfte dieser Erzieher/innen nur teilzeitbeschäftigt ist und dabei gleichzeitig für die Bildung, Erziehung und Betreuung einer Kindergruppe die Verantwortung trägt, dann ist zu fragen, ob ihnen wirklich genügend

Zeit für eine qualifizierte Umsetzung der Bildungspläne bleibt.

Der Beruf von Erzieherinnen und Erziehern: tendenziell schlechter bezahlt als andere »Frauenberufe«

Mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von rund 2.100 € liegen die Gehälter der Erzieher/innen unter den Verdienstmöglichkeiten anderer von Frauen dominierten Berufen: So erhalten beispielsweise Bankkauffrauen 400 bis 500 € und Einzelhandelskauffrauen 200 bis 300 € im Monat mehr. Die Verdienstmöglichkeiten von Erzieherinnen und Erziehern bewegen sich etwa auf dem Niveau von weiblichen Bürokräften, lediglich Verkäuferinnen verdienen deutlich weniger.

Von einer doppelten Benachteiligung muss bei den befristet beschäftigten Erzieherinnen und Erziehern gesprochen werden: Sie müssen nicht nur um ihre berufliche Absicherung bangen, sondern auch niedrigere Gehälter in Kauf nehmen – und dieser Zusammenhang zeigt sich unabhängig von ihrem Alter. Lediglich in Leitungspositionen haben Erzieher/innen etwas bessere Verdienstmöglichkeiten.

Die Erzieher/innen sind mit ihrer Arbeit zufrieden – trotz ungünstiger Rahmenbedingungen und hoher Belastungen

Entgegen der finanziellen und zeitstrukturellen Defizite fühlen sich die Erzieher/innen mehrheitlich an ihrem Arbeitsplatz wohl und die Arbeitsatmosphäre in den Kindertageseinrichtungen schätzen sie als gut ein:

- Sie können sich auf Kolleginnen und Kollegen sowie auf die Leitung verlassen, man unterstützt sich gegenseitig.
- Sie werden über die Geschehnisse in den Einrichtungen informiert und sie können an der Gestaltung des Arbeitsalltags und der Einrichtungen

konzeption teilhaben.

- Sie sind mit ihrer Tätigkeit rundum zufrieden, denn ihre Arbeit ist vielseitig und fordert sie mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten.
- Sie können selbstständig arbeiten und haben Einfluss auf die Arbeitszuteilung.

Diese auf die unmittelbare pädagogische Arbeit bezogene Zufriedenheit ist umso bemerkenswerter, da jene Belastungen, die ihre Ursache in den Rahmenbedingungen der Arbeit haben, hoch sind und einen eklatanten Widerspruch aufzeigen:

- Der ständige Personalmangel und Zeitdruck sowie der hohe Geräuschpegel in den Gruppenräumen macht ihnen erheblich zu schaffen.
- Völlig unzufrieden sind die Erzieher/innen mit dem gesellschaftlichen Ansehen ihres Berufs sowie mit den fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten.
- Trotz ständig steigender Erwartungen an ihre Tätigkeit bleiben den Erziehern und Erzieherinnen im Durchschnitt nur zwei Stunden pro Woche zur Vorbereitung der pädagogischen Arbeit. Fast jeder fünften Erzieherin steht für diese Aufgabe kein Zeitbudget zur Verfügung.

Erzieherin – Erzieher: am Ende doch ein Sackgassenberuf?

Längst sind Kindertageseinrichtungen keine reinen »Betreuungseinrichtungen« mehr. Die Bildung sowie die Förderung jedes einzelnen Kindes wird von den Erzieherinnen und Erziehern groß geschrieben – und dies trotz häufig ungünstiger Arbeitsbedingungen wie Personalmangel und Zeitdruck.

Nach wie vor hapert es allerdings an der gesellschaftlichen Anerkennung der Arbeit in Kindertageseinrichtungen – so zumindest das Gefühl der Erzieher/innen. Dies kommt nicht zuletzt auch in den formalen Aspekten des Berufs zum Ausdruck, wie etwa eine hohe Teilzeitquote, eine zunehmende Befristungsquote sowie geringe Verdienstmöglichkeiten.

Die Erzieher/innen fühlen sich für die Zukunft gut gewappnet

In der Kita-Landschaft dominieren Fachkräfte mit einer einschlägigen Fachschulausbildung. Fast jede zweite Erzieherin hat sich trotz Hochschulzugangsberechtigung für diese Ausbildung entschieden. Nach wie vor ist der Anteil der



deutlich höher, und diese versprechen sich von einem solchen Studium auch eine Ver-

besserung ihrer Berufschancen. an Hochschulen ausgebildeten Fachkräfte niedrig. Eine Ausnahme stellen lediglich die freigestellten Einrichtungsleitungen dar.

Die Motivation sowie die Bereitschaft zur Weiterbildung vonseiten der Erzieher/innen ist hoch: Sie halten sich zu aktuellen Themen auf dem Laufenden, werden dabei von den Einrichtungen unterstützt, und insbesondere jüngere Erzieher/innen fassen eine berufsbegleitende Ausbildung an einer Hochschule wenigstens ins Auge, auch wenn diese nicht gleich wahrgenommen wird.

Über die Fachschulausbildung hinaus haben sie häufig eine Zusatzausbildung abgeschlossen oder sich über zahlreiche Fortbildungen weiterqualifiziert. Diese Zusatzausbildungen und Fortbildungen decken ein breites thematisch-inhaltliches Spektrum ab. Sie reichen von managementbezogenen Themen über Beratung/Therapie bis hin zu pädagogischen Methoden und Verfahren.

Angesichts der umfassenden Aktivitäten, die eigene Qualifikation auf dem Laufenden zu halten, fühlen sich die Erzieher/innen den zukünftigen Herausforderungen gewachsen. Die Anhebung der Ausbildung auf Hochschulniveau stößt bei ihnen jedoch insgesamt auf keine allzu große Resonanz. Nicht einmal jede zehnte Erzieherin ist letztlich an einem berufsbegleitenden Studium der »frühkindlichen Bildung« interessiert, da dies einen großen Aufwand neben der Arbeit bedeuten würde.

Die Erzieher/innen schätzen die Fachschulausbildung nicht nur aufgrund einer aus ihrer Sicht gelungenen Verknüpfung von Theorie und Praxis, sondern befürchten im Umkehrschluss, eine Hochschulausbildung könne zu theoretisch ausgerichtet sein. Nicht wenige Erzieher/innen fühlen sich aber auch »zu alt«, um noch ein Studium aufzunehmen. Demzufolge ist in dieser Frage die Bereitschaft der jüngeren Erzieher/innen

Allerdings hat der Erwerb von Zusatzqualifikationen in der Vergangenheit zu keiner Verbesserung des Einkommens, der beruflichen Situation sowie der Arbeitsbedingungen geführt. Hier sind wiederum Gesellschaft und Politik gefordert, um insbesondere das Ansehen und den Wert dieses Berufes zu stärken und zu fördern – im Sinne der Kinder, der Familien und des Gemeinwesens.

Denn woher sollen beispielsweise die für den Ausbau des Krippenangebots notwendigen 50.000 neuen Erzieher/innen kommen, wenn sie nicht unterstützt sowie entsprechend für ihre verantwortungsvolle Arbeit bezahlt werden?

Kirsten Fuchs-Rechlin

Literatur

Literatur

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Hauptvorstand Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit (Hrsg.) (2007): *Wie gehts im Job? KiTa-Studie der GEW*. Frankfurt am Main

Kontakt: fuchs@fb12.uni-dortmund.de

Wie gehts im Job? KiTa-Studie der GEW

Diese Studie zur Arbeitssituation und Arbeitszufriedenheit von Erzieherinnen und Erziehern basiert auf einer Befragung von pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen, die im Frühjahr 2007 von der GEW durchgeführt wurde. Hierfür wurden 2.000 Mitglieder der GEW sowie 2.000 zufällig ausgewählte Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland einbezogen. Für das Konzept und die Auswertung der Studie ist *Kirsten Fuchs-Rechlin* verantwortlich; sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsstelle Kinder und Jugendhilfestatistik Dortmund im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut / Universität Dortmund.

Der Forschungsbericht mit den vollständigen Ergebnissen kann von der GEW-Homepage heruntergeladen werden: www.gew.de/Publikationen aus den Bereichen Kindertagesstätten und Jugendhilfe.html

Beschäftigungssituation und Qualifizierungsbedarf

Das Personal nimmt bei der vielfältigen Gestaltung der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen eine Schlüsselposition ein. Die Rahmenbedingungen des »Arbeitsplatzes Kita« sowie das Qualifikationsniveau stehen auf dem Prüfstand. Hierzu bietet die amtliche Statistik Anhaltspunkte zum größten Teilarbeitsmarkt in der Kinder- und Jugendhilfe, der mit bundesweit rund 416.000 Beschäftigten im Jahr 2006 erhebliche personelle Ressourcen bindet. Weitere Ergebnisse zu ausgewählten Aspekten der Beschäftigungssituation finden sich in der neuen Kita-Studie »Wie gehts im Job?« der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW 2007) sowie in der aktuellen Befragung von Kindertageseinrichtungen durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI 2007).

Vollzeit oder Teilzeit?

Ein widersprüchliches Bild der Beschäftigungsstrukturen

Im Spiegel der Kinder- und Jugendhilfestatistik wird mit Blick auf den Beschäftigungsumfang ersichtlich, dass Teilzeitarbeit in Kindertageseinrichtungen weiterhin auf dem Vormarsch ist (vgl. Abb. 1):

- Am 15.03.2006 hatten bundesweit rund 61 % der Arbeitnehmer/innen – und damit rund 26 % mehr als am 31.12.2002 – einen *Teilzeitarbeitsplatz*.
- Demnach wurden *Vollzeitarbeitsplätze* in erheblichen Umfang abgebaut. Im Jahr 2006 war nur noch ein gutes Drittel der Beschäftigten im Besitz einer Vollzeitstelle – allerdings bei beträchtlichen regionalen Disparitäten: Während in Westdeutschland rund 40 % des Personals einen Vollzeit-arbeitsplatz hatten, bildete dieser mit 17 % in Ostdeutschland fast eine Randerscheinung.

Diese Beschäftigungsstrukturen sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass es sich um ein traditionelles Frauenarbeitsfeld handelt, das sich bis heute kaum verändert hat. So lag der Frauenanteil

am Personal in den pädagogischen Arbeitsbereichen und in der Verwaltung auch im Jahr 2006 bei 97 % (Statistisches Bundesamt 2007).

Teilzeitarbeit entspricht mehrheitlich (45 %) den Interessenlagen der befragten Teilzeitkräfte, die ihrer familialen und persönlichen Lebenssituation entgegenkommt (GEW 2007). Gleichzeitig verwiesen jedoch 37 % der Teilzeitkräfte auf das fehlende Angebot an Vollzeitarbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt bzw. Stellenvorgaben des Arbeitgebers. Ein größerer Teil des Personals konnte somit aufgrund der Beschäftigungssituation in Kindertageseinrichtungen individuelle Erwerbspräferenzen nicht realisieren. Werden zudem die Verdienstmöglichkeiten berücksichtigt, mit denen – bei einem Einkommensniveau unterhalb anderer Frauenberufe – mehr als die Hälfte der Befragten unzufrieden war (GEW 2007), dann werden die fachlichen Appelle, mehr männliche Beschäftigte als Rollenvorbilder für die pädagogische Arbeit mit den Kindern zu gewinnen, voraussichtlich auch in Zukunft wirkungslos bleiben.

Mit Blick auf die Qualität der Arbeitsverträge waren nur 16 % der Befragten im Rahmen eines befristeten Beschäftigungsverhältnisses tätig. Allerdings ist das Arbeitsmarktrisiko altersabhängig und betrifft vor allem jüngere Mitarbeiter/innen unter 30 Jahren (GEW 2007):

- In der Kita-Befragung des DJI (2007) wurde nach den Gründen für die Befristung der Arbeitsverhältnisse gefragt:
 - 35 % der befragten 1.827 Einrichtungen verwiesen auf Vertretungsbedarf im Rahmen der Elternzeit.
 - In 19 % der Tageseinrichtungen waren Neueinstellungen grundsätzlich befristet.
 - 11 % begründeten die Befristung mit nicht kalkulierbarem Platzbedarf und
 - 7 % mit projektbezogenen Finanzierungsformen.

Unsicherheit von Arbeitsplatz und Planung schafft keine guten Voraussetzungen für eine qualitative Weiterentwicklung in der institutionellen Kindertagesbetreuung, die von allen Beschäftigten getragen werden muss und eine längerfristige Perspektive bedingt. Ein im Spiegel der amtlichen Statistik stagnierender Arbeitsmarkt, bei dem die zwischen 2002 zu verzeichnenden Beschäftigungsgewinne zu großen Teilen auf den Zuwachs der Teilzeitbeschäftigung und – in geringerem Maße – auf die Zunahme der nebenberuflichen Tätigkeit zurückzuführen sind, scheint zu erschwerten Prozessen der Berufseinmündung und prekären Beschäftigungsverhältnissen insbesondere jüngerer Mitarbeiter/innen beizutragen (vgl. Abb. 1).

Leitung, Zweitekraft, Ergänzungskraft – die Positionen der Mitarbeiter/innen

Kindertageseinrichtungen sind vergleichsweise kleine Organisationen, die

	Tätige Personen am 31.12.2002		Tätige Personen am 15.03.2006		Personelle Veränderung 2002–2006		Tätige Personen am 15.03.2006			
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%	Westdeutschland (ohne Berlin)		Ostdeutschland (ohne Berlin)	
Beschäftigungsumfang							Abs.	%	Abs.	%
Tätiges Personal	379.723	100,0	415.690	100,0	35.967	9,5	321.003	100,0	75.934	100,0
Vollzeit	167.105	44,0	147.486	35,5	-19.619	-11,7	128.113	39,9	13.153	17,3
Teilzeit	202.241	53,3	254.497	61,2	52.256	25,8	180.310	56,2	61.973	81,6
Nebenberuflich	10.377	2,7	13.707	3,3	3.330	32,1	12.580	3,9	808	1,1

Abbildung 1: Tätige Personen in Tageseinrichtungen für Kinder nach Beschäftigungsumfang (Deutschland, 31.12.2002; 15.03.2006)
Quelle: Statistisches Bundesamt (2004; 2007); eigene Berechnungen

durch flache Hierarchien und eine funktionelle Ausdifferenzierung der Arbeitsbereiche gekennzeichnet sind. Beim Personaleinsatz beschreibt die amtliche Statistik (für den 15.03.2006) unterschiedliche Positionen und Arbeitsbereiche:

- 3 % des Personalanteils waren (freigestellte) Einrichtungsleitungen;
- 71 % der Beschäftigten waren Gruppenleitung oder Ergänzungskraft bzw. Zweitkraft im Gruppendienst (Ausführungsebene);
- 8 % waren gruppenübergreifend und
- 3 % des Personals in der Betreuung sowie Förderung behinderter Kinder tätig;
- 15 % der Beschäftigten hatten Komplementäraufgaben in den Bereichen »Hauswirtschaft«/»Verwaltung« inne.

Mit der jeweiligen Position im Personalgefüge sind unterschiedliche Beschäftigungsbedingungen verbunden (GEW 2007). Unter ungünstigeren Rahmenbedingungen sind insbesondere Zweit- bzw. Ergänzungskräfte tätig; Sie haben insbesondere im Vergleich zu den Gruppenleiterinnen und Gruppenleitern häufiger einen befristeten Arbeitsvertrag und sind öfter teilzeitbeschäftigt.

Zweit- und Ergänzungskräfte haben somit weniger gute Voraussetzungen für die Teilhabe an der Qualitätsverbesserung der Arbeit in Kindertageseinrichtungen.

Geringer Grad der Akademisierung – Qualifikationen des pädagogisch tätigen Personals

Im Fokus des fachlichen Interesses steht vor allem die Qualifikation jener Personalgruppen, die pädagogisch und leitend in den Einrichtungen tätig sind (vgl. Abb. 2).

Im Horizont der Statistik wurde das Qualifikationsgefüge – wie schon in der Vergangenheit – auch im Jahr 2006 mit einem Anteil von knapp 71 % am Personal hauptsächlich von der Berufsgruppe der Erzieher/innen geprägt, deren Zahl sich zwischen 2002 und 2006 nur geringfügig erhöht hat.

Neben den an Fachschulen/Fachakademien für Sozialpädagogik qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern folgt mit großem Abstand die Gruppe der Beschäftigten mit sozialpädagogischer Berufsfachschulausbildung, die sich hauptsächlich aus Kinderpflegerinnen (95 %) zusammensetzt.

Im Vergleich zu den beiden Hauptberufsgruppen waren Fachhochschul- und Universitätsabsolvent(inn)en auch im Jahr 2006 vergleichsweise selten in Kindertageseinrichtungen vertreten. So hat sich etwa der Anteil der sozialpädagogischen Akademiker/innen mit 3 % am Personal des Jahres 2006 gegenüber einem Wert von 2,4 % des Jahres 2002 nur geringfügig erhöht.

Im Unterschied zu anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe ist der Akademisierungsgrad in Tageseinrichtungen trotz des hohen Fachlichkeitsanspruchs äußerst niedrig:

- Nur ein Fünftel der Einrichtungsleitungen haben ein Hochschulstudium absolviert; dies waren fast ausschließlich Akademiker/innen mit sozialpädagogischem Hochschulabschluss.
- Fast drei Viertel der Führungskräfte zählten demgegenüber zur Berufsgruppe der Erzieher/innen.

Die Akademisierung der Ausbildung von Erzieher/innen erscheint als wesentliche Strategie, die Qualifikationsstrukturen der Kindertageseinrichtungen an

das Bildungsniveau in anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe anzugleichen. Jenseits der verschiedenen Vorstellungen zur Gestaltung einer reformierten Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie der Einführung neuer Studiengänge im Bereich der Früh- und Elementarpädagogik hat die Frage der Fort- und Weiterbildung für die Qualifizierung des Personals in den Einrichtungen einen hohen Stellenwert.

Um auf breiterer Ebene zur Professionalisierung der Arbeit in Kindertageseinrichtungen beizutragen, sind zukünftig unterschiedliche Lösungen erforderlich. Dabei bilden intelligente Formen der Kooperation und Vernetzung zwischen Ausbildung und Studium, zwischen Fachschule und Hochschule sowie zwischen Berufstätigkeit und Weiterbildung zentrale Ansatzpunkte.

Karin Beher

Literatur

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2007): Kita-Befragung 2007. München (unveröffentlichte Materialien des Projektes »Jugendhilfe und Sozialer Wandel«; Kontakt: peucker@dji.de)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Hauptvorstand, Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit (Hrsg.) (2007): Wie gehts im Job? KiTa-Studie der GEW. Frankfurt am Main <http://www.gew.de/Binaries/Binary27751/GEW-Kitastudie.pdf>

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen am 15.03.2006. Revidierte Ergebnisse. Wiesbaden

Kontakt: beher@fb12.uni-dortmund.de

	Tätige Personen am 31.12.2002		Tätige Personen am 15.03.2006		Personelle Veränderung 2002–2006	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
Tätige Personen insgesamt	346.498	100,0	352.997	100,0	6.499	1,9
Akademiker	11.565	3,3	13.365	3,8	1.800	15,6
darunter Sozialpädagogen (HS)	8.429	2,4	10.542	3,0	2.113	25,1
Heilpädagogen (HS)	1.325	0,4	766	0,2	-559	-42,2
Erzieher (FS)	242.018	69,8	248.838	70,5	6.820	2,8
Heilpädagogen (FS)	4.068	1,2	5.039	1,4	971	23,9
Kinderpfleger/Sozialassistenten/sonst. soziale/sozialpäd. Kurzausbildung	49.524	14,3	49.521	14,0	-3	0,0
Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe	2.612	0,8	3.195	0,9	583	22,3
(Kinder-)Krankenpflege/sonstige Gesundheitsberufe	3.358	1,0	3.806	1,1	448	13,3
Sonstige Berufe und Ausbildungsabschlüsse	6.147	1,8	6.466	1,8	319	5,2
Praktikanten und Auszubildende	15.702	4,5	15.277	4,3	-425	-2,7
Ohne abgeschlossene Ausbildung	11.504	3,3	7.490	2,1	-4.014	-34,9

Abbildung 2: Tätige Personen in Tageseinrichtungen in der Einrichtungsleitung und pädagogischen Arbeit nach Berufsausbildungsabschluss (Deutschland, 15.03.2006). Quelle: Statistisches Bundesamt (2007); eigene Berechnungen

Neue Aufgaben, mehr Weiterbildung und vor allem Zeit für das Personal

Die Träger von Kindertageseinrichtungen sind zuständig für die Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern. Sie stellen die Rahmenbedingungen und die Fachkräfte, die mit den Kindern arbeiten, und verantworten, was in diesem Rahmen täglich geschieht. Die Ansprüche an diese Arbeit sind insgesamt gestiegen und seit 2005 durch Merkmale im Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) gesetzlich festgeschrieben: »Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, an der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen« (§ 22 Abs. 3 TAG).

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind zur Weiterentwicklung verpflichtet. Dazu »gehört die Entwicklung und der Einsatz einer pädagogischen Konzeption als Grundlage für die Erfüllung des Förderungsauftrages sowie der Einsatz von Instrumenten und Verfahren zur Evaluation der Arbeit in den Einrichtungen« (§ 22a Abs. 1 TAG). Wie aber hat eine praktische Umsetzung dieses gesetzlichen Auftrages auszusehen?

Es sind neue Aufgaben zu erfüllen

Der gesetzliche Auftrag erfordert eine *individuelle* Bildungsbegleitung unter besonderer Berücksichtigung des kulturellen Hintergrunds jedes Kindes sowie die Evaluation der Arbeit auf der Basis einer formulierten pädagogischen Konzeption. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist jedoch schon seit 1990 mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) zu gewährleisten.

Neu ist die Aufgabe, die landesspezifischen Bildungspläne zu erfüllen, die seit Anfang 2000 entwickelt wurden. Bei aller Verschiedenheit der Bildungspläne gehen alle davon aus, dass *Verfahren der Beobachtung und Dokumentation* anzuwenden sind, um fortlaufend den Entwicklungsstand *jedes* Kindes zu erfassen. Dabei sind unterschiedliche Lernbereiche, vornehmlich die *Sprachförderung*, zu beachten, ferner ist dem *Übergang in die Grundschule* mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Der geplante Ausbau des Angebots für Kinder unter drei Jahren erweitert das Aufgabengebiet erheblich – zumindest in den alten Bundesländern, da die Fachkräfte auf die Arbeit mit dieser Altersstufe kaum vorbereitet sind. Zusätzlich gibt es in einigen Bundesländern Programme, die Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren oder Familien-

zentren weiterzuentwickeln, um eine Vernetzung von verschiedenen Fachdiensten sowie Unterstützungsleistungen für Kinder und Familien einzulösen.

Wie steht es mit der Ausbildung?

Es gibt keine umfassende empirische Erhebung über die Inhalte der Ausbildung, doch nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass diese neuen Aufgaben sowie die damit verbundene Entwicklung entsprechender Kompetenzen bisher nicht ausreichend abgedeckt sind. Deshalb kommt der Leitungs- und berufs begleitenden Unterstützung in Form von Fortbildung, Fachberatung und kollegialer Beratung eine besonders wichtige Rolle zu. Die neuen Aufgaben bedeuten nicht nur, dass die Anforderungen an die Qualifizierung des Personals in Kindertageseinrichtungen steigen, sondern sie setzen auch voraus, dass entsprechend Zeit vorhanden ist, insbesondere für

- die Entwicklung und Fortschreibung von pädagogischen Konzeptionen,
- die Qualitätsentwicklung,
- den fachlichen Austausch über Beobachtung und Dokumentation,
- die Erstellung von individuellen Portfolios (oder anderen Verfahren) als Nachweis für die Bildungsprozesse bei den Kindern,

- die besondere Phase der Eingewöhnung von Kindern,
- den Austausch mit Eltern über das Lernen der Kinder,
- die Kooperation mit Lehrerinnen und Lehrern der Grundschule,
- den Aufbau eines Kooperationsnetzes zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Familien im Wohnquartier.

Wie kann den neuen Herausforderungen entsprochen werden? Welche Ressourcen werden vonseiten der Bundesländer und der Träger von Kindertageseinrichtungen für die Ausweitung der Aufgaben und die Erhöhung der Erwartungen an die fachliche Leistung zur Verfügung gestellt?

Neben einer Anhebung des Ausbildungsniveaus sind auf alle Fälle die Rahmenbedingungen für die Personalausstattung, vor allem die »Verfügungszeit« und die Infrastruktur für fachliche Begleitung neu zu überdenken. Dabei darf nicht vergessen werden, dass in den Kindertageseinrichtungen auch Personal mit geringerer Qualifikation als Erzieher/innen arbeitet (vgl. dazu den Beitrag von Karin Beher in diesem Heft).

Der Bedarf an Qualifikation – auch eine Frage der eigenen Weiterbildung

Die Einarbeitung in neue Aufgabenbereiche braucht – zumindest vorübergehend – Zeit, um sich neues Wissen anzueignen und dieses in der Praxis zu erproben – möglichst mit Unterstützung durch fachliche Begleitung. Die Mitarbeiter/innen in den Kindertageseinrichtungen tun viel, um sich selbst weiterzubilden. Es gibt wohl keine andere Berufsgruppe, die so *fortbildungsbereit* ist.

In der Kita-Studie »Wie gehts im Job?« (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW 2007; vgl. dazu den Beitrag von Kirsten Fuchs-Rechlin in diesem Heft) gaben fast alle der 2.000 befragten pädagogischen Mitarbeiter/innen an, dass sie in den letzten zwölf Monaten eine berufliche Weiterbildung be-

sucht haben, 75 % nahmen an kurzzeitigen Veranstaltungen teil, 50 % an längerfristigen Lehrgängen oder Kursen. Der inhaltliche Schwerpunkt lag bei der Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen (51 % nahmen an einer entsprechenden Weiterbildung teil) sowie bei der Sprachförderung/Spracherziehung (41 %) (GEW 2007).

Ferner haben 30 % der Fachkräfte eine zusätzliche Qualifikation erworben – davon 18 % als Kindergartenfachwirt/in, 17 % als Heilpädagoginnen oder Heilpädagogen, 17 % für eine »Spezielle Pädagogik«, 14 % in Sozialmanagement/Organisationsentwicklung (GEW 2007).

Die hohe Bereitschaft für Weiterqualifizierung zeigt sich auch in der Befragung von Kindertageseinrichtungen durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI 2007):

66 % der *pädagogischen Mitarbeiter/innen* haben neben ihrer Erstausbildung eine Zusatzausbildung bzw. Weiterbildung erworben.

42 % der *Leitungskräfte* absolvierten eine Zusatzausbildung, davon 11,6 % Leitungsqualifikation/Sozialmanagement, 8,0 % Fach- oder Betriebswirtin bzw. Sozialfachwirtin oder kaufmännische Ausbildung.

Die Bemühungen um Weiterbildung sind vonseiten der Fachkräfte hoch, Weiterbildung ist aber auch dringend notwendig, da es nach Einschätzung der Erfahrungen (zwei Drittel der Befragten) »eher schwierig« (50,5 %) bis »schwierig« (17,2 %) ist, »Personal mit den Fähigkeiten und Kompetenzen zu finden, die in der Einrichtung gebraucht werden« (DJI 2007).

Die Verbesserung von Rahmenbedingungen – es geht vor allem um die Zeit

Die neuen Aufgaben können nicht im Rahmen des bisherigen Zeitbudgets erfüllt werden, sofern nicht andere Aufgaben wegfallen. Der Bedarf an Zeiten der Vor- und Nachbereitung sowie an Austauschzeiten für die Zusammenarbeit im Team, mit Eltern, mit Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern sowie mit anderen Akteuren und Institutionen im Quartier erhöht sich. Der Umfang der Verfügungszeit (Arbeitszeit ohne Kinder) variiert von Bundesland zu Bundesland und teilweise auch von Träger zu Träger.

25 % der Arbeit als »kinderfreie« Zeit zu deklarieren – wie in den 1980er-Jah-

ren gefordert – ist nur vereinzelt verwirklicht worden; dies reicht jedoch heute nicht mehr aus, zumal Ausfallzeiten durch Urlaub, Krankheit, Fort- und Weiterbildung im Personalschlüssel üblicherweise nicht berücksichtigt sind.

Nur 38 % der befragten 1.827 Kindertageseinrichtungen (DJI 2007) können auf Springer zurückgreifen, im Westen 39,8 %, im Osten 30,6 %, in Berlin 29,4 %.

Zeitfenster für Aufgaben neben der direkten Arbeit mit Kindern sind zum Teil überhaupt nicht als Bestandteil der Arbeitszeit verankert. Im Schnitt stehen (laut KiTa-Studie der GEW) lediglich zwei Stunden pro Woche für die Vorbereitung zur Verfügung. 21 % der Befragten haben dafür überhaupt kein Zeitbudget (GEW 2007). Eine Bildungsdokumentation ist unter solchen Umständen nicht zu leisten.

Aber auch die Erzieher/innen-Kind-Relation ist entscheidend. Je mehr Kinder auf eine Fachkraft kommen, desto mehr Dokumentationsarbeit ist nötig, und desto mehr Eltern beanspruchen Zeit für Austausch und Zusammenarbeit. Wie häufig jedes Kind beobachtet wird und ein Dokument dieser Beobachtung für sein Portfolio bekommen kann, hängt von der Verfügungszeit und vom Personalschlüssel ab. Teilen sich drei Fachkräfte die Zuständigkeit für 18 Kinder (wie z. B. in manchen alterserweiterten Gruppen), dann ist jedes Kind doppelt so oft an der Reihe wie bei zwei Fachkräften für 24 Kinder (wie im Kindergarten), da die individuelle Bildungsdokumentation für jede Altersstufe gleich viel Zeit in Anspruch nimmt.

Zu bedenken ist ferner, dass die neue professionelle Aufgabe der Bildungsdokumentation Kompetenzen voraussetzt, die in der Erzieher/innenausbildung nicht genügend und in Ausbildungsgängen unterhalb des Erzieher/innenberufs noch weniger vermittelt werden. Werden Zweitkräfte grundsätzlich als Personal mit geringerer Qualifizierung beschäftigt (wie z. B. Kinderpfleger/innen oder Sozialassistentinnen und -assistenten), dann ist nicht zu erwarten, dass die Bildungsdokumentation von allen gleichmäßig durchgeführt werden kann bzw. alle in der Lage sind, mit Eltern in den Austausch über das Lernen der Kinder zu treten.

Ehrenamtliches Personal: Ergänzung oder Ersatz für Personalausstattung?

Außer den Fachkräften sind in Kindertageseinrichtungen neben Hilfskräften auch Ehrenamtliche tätig, die zusätzlich Angebote zur Erweiterung des Erfahrungsraums der Kinder übernehmen. Laut der Befragung von Kindertageseinrichtungen (DJI 2007) geschieht dies in 9,4 % der Einrichtungen (10,1 % im Westen, 5,7 % im Osten und 5,9 % in Berlin).

Werden diese Personen jedoch eingesetzt, um regulären Dienst in der Arbeit mit Kindern abzudecken oder andere regelmäßig anfallende sowie notwendige Alltagsarbeiten zu leisten, kann das ein Zeichen für Personalengpässe sein.

In 3 % der Einrichtungen arbeiten Ehrenamtliche als Gruppenbetreuer/innen: im Osten in 5,1 %, im Westen in 2,6 %, in Berlin in 2,9 % der Einrichtungen.

Und was tun die Ehrenamtlichen in den Einrichtungen an regulären Aufgaben?

- Hauswirtschaftliche Tätigkeiten (in 1,6 % der Einrichtungen)
- Verwaltungsaufgaben (in 3,6 %)
- Öffentlichkeitsarbeit (in 4 %)
- Renovierungsarbeiten (in 5,5 %): am meisten in Berlin (in 8,8 %), im Osten in 7,1 %, im Westen in 5,2 %.

Die neuen Aufgaben, insbesondere jedoch die Umsetzung der Bildungspläne und Bildungsdokumentation, erfordern ein hohes Maß an Reflexion. Dafür müssen Leiter/innen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Raum und Anregung geben. Ohne Freistellung der Leitungs-kräfte wiederum sind diese pädagogischen Aufgaben der Konzept- und Teamentwicklung sowie der enorme Zuwachs an Managementaufgaben im Zusammenhang mit Kooperation und Vernetzung nicht zu leisten.

Kornelia Schneider

Literatur

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2007): Kita-Befragung 2007. München (unveröffentlichte Materialien des Projektes »Jugendhilfe und Sozialer Wandel«; Kontakt: peucker@dji.de)

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – Hauptvorstand, Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit (Hrsg.) (2007): Wie gehts im Job? KiTa-Studie der GEW. Frankfurt am Main. <http://www.gew.de/Binaries/Binary27751/GEW-Kitastudie.pdf>

Kontakt: kschneider@dji.de

Zur Akademisierung der Erzieherinnen – mit Blick auf PISA und BOLOGNA

Die Diskussionen um die deutschen PISA-Ergebnisse, die Verabschiedung von Bildungs- und Orientierungsplänen der Bundesländer für Kindertageseinrichtungen sowie die Reformierung der Hochschulen im Rahmen des Bologna-Prozesses haben die frühpädagogische Ausbildungslandschaft in Bewegung gebracht:

- 2004 wurde an der Alice Salomon Fachhochschule in Berlin der erste Bachelor-Studiengang »Erziehung und Bildung im Kindesalter« ins Leben gerufen,
- 2005 wurden sieben weitere Studiengänge eröffnet,
- zum Wintersemester 2007/2008 bieten bereits 24 Fachhochschulen und vier Universitäten frühpädagogische Studienangebote an.

Nur vier Prozent akademisch ausgebildete Fachkräfte

Die Forderung, die Bildungspotenziale von Kindern in den frühen Jahre stärker zu nutzen, sowie das Postulat, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern aufzuwerten und anzuheben, bilden den Hintergrund, vor dem die Akademisierung der Ausbildung verhandelt, vorangetrieben und umgesetzt wird.

Der vergleichende Blick ins europäische Ausland zeigt, dass in Deutschland der Anteil an akademisch ausgebildeten Fachkräften in den Kindertageseinrichtungen mit 4 % besonders niedrig ist.

In der aktuellen Diskussion besteht Einigkeit, dass eine rein formale Anhebung des Ausbildungsniveaus nicht notwendigerweise eine Verbesserung der pädagogischen Qualität nach sich zieht, sondern dass es vielmehr um eine grundsätzliche Neubestimmung und wissenschaftliche Fundierung der Ausbildungsinhalte und Ausbildungsstrukturen geht, die den gestiegenen Anforderungen an den Beruf von Erzieherinnen und Erziehern gerecht werden.

Was ist an Kompetenzen notwendig?

Für die Arbeit mit Kindern wird insbesondere die Stärkung von Kompetenzen in Bezug auf Wahrnehmung, Deutung und Reflexion gefordert, ferner die Ausprägung der Fähigkeit des Beobachtens sowie der Diagnose und Didaktik. Aber auch die Arbeit mit Familien sowie der Anspruch der systematischen Vernetzung mit anderen Institutionen erfordern zusätzliche Qualifikationen. Die hier zu

vermittelnden Kenntnisse beziehen sich auf die Orientierung am Sozialraum und Gemeinwesen, auf familiensoziologische und jugendhilfepolitische Kenntnisse, auf entsprechende Kompetenzen der Kooperation und Vernetzung sowie der Leitung und des Managements.

Die heterogene Ausbildungslandschaft

Diese Ansprüche zu erfüllen, haben sich die neuen Studiengänge zum Ziel gesetzt. Entstanden ist dabei keine einheitliche Ausbildungsstruktur, sondern eine *heterogene Ausbildungslandschaft*, in der einzelne Hochschulen eigeninitiativ unterschiedliche Schwerpunktsetzungen vornehmen sowie verschiedenartige Studienformen anbieten – in berufs begleitender Form oder als Vollzeitstudium, als Präsenz- oder Fernstudiengänge.

Auch bei der Namensgebung herrscht Vielfalt: »Bildung und Erziehung in der Kindheit« kann man beispielsweise an der Hochschule Esslingen studieren, »Pädagogik der frühen Kindheit« an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg und »Elementarbildung« an der PH Weingarten. Anders als in den früheren Diplomstudiengängen gibt es (noch) keine Rahmenvereinbarung, die für eine akademische Ausbildung verbindliche Minimalstandards definiert sowie mit einer Zertifizierung verknüpft ist.

Im Programm »Profis in Kitas (PiK)« der Robert Bosch Stiftung wird im Verbund von fünf geförderten Hochschulen u. a. der Versuch unternommen, inhaltliche und strukturelle Ausbildungsstan-

dards zu erarbeiten.

Ein anderes, bundesweites Forum für den Austausch und die Vernetzung zwischen den verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen bildet die 2006 gegründete »Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung und Erziehung in der Kindheit« (BAG-BEK) – mit dem Ziel, eine Fachgesellschaft für Frühpädagogik zu gründen.

Grundfragen zur Ausbildung

Besonders drängend erscheint die Lösung folgender Fragen:

- der Umgang mit Minimalstandards,
- die Favorisierung einer Breitbandausbildung oder einer spezialisierten Ausbildung,
- die Einbindung und Gestaltung des Lernortes Praxis,
- die Berufsbezeichnung, die dem akademischen Qualifikationsniveau und der reformierten Ausbildung angemessen ist.

Die Alice Salomon Hochschule Berlin hat im Sommer 2007 die ersten Absolventinnen und Absolventen einer akademischen Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auf den Arbeitsmarkt entlassen. Zehn von ihnen hatten zeitgleich mit dem Abschluss eine Stelle als Frühpädagogin – und es wird mit Spannung und auch Skepsis erwartet, ob und wie sich diese erste Generation mit Hochschulabschluss in der Praxis bewähren wird.

Anna von Behr

Projekt: Professionalisierung in der Frühpädagogik

Laufzeit: Januar 2007 – Januar 2009

Auftraggeber: Robert Bosch Stiftung

Methoden: Dokumentenanalyse, Gruppendiskussionen, Diskursbeobachtung

Durchführung: Anna von Behr

Kontakt: Anna von Behr, Tel. +49(0)89 623 06-263, E-Mail: vonbehr@dji.de

Links: <http://www.profis-in-kitas.de/>

<http://www.bag-bek.de>

<http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=637>

Parlamentarischer Abend des DJI
Berlin, 19.09.2007

Auf dem richtigen Weg?

Kindertagesbetreuung in Deutschland Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

Die Sorge um ein kinderloses Deutschland bzw. der Wille der Politik, für Eltern bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit zur Zeugung von Nachwuchs zu schaffen, haben Entscheidungen beschleunigt, die bis dahin kaum erreichbar schienen – so die Einigung über den zukünftigen Betreuungsausbau für Kinder unter drei Jahren, der weit über das 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) hinausgeht. Demnach sollen bis zum Jahr 2013 nicht nur insgesamt 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren bereitgestellt werden, sondern es soll ab diesem Zeitpunkt auch einen Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot ab dem zweiten Lebensjahr geben.

Mit Blick auf diese für 2013 angestrebten Ziele, zog das DJI beim diesjährigen Parlamentarischen Abend eine Zwischenbilanz mit Beiträgen von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Birgit Riedel, Dr. Karin Jurczyk und Dr. Hans Rudolf Leu (diese Beiträge sind in überarbeiteter Form in diesem Bulletin enthalten). Den Abschluss des Parlamentarischen Abends bildete eine Podiumsdiskussion mit folgenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern: Ingrid Fischbach (CDU/CSU MdB), Diana Golze (Die Linke MdB), Kerstin Griese (SPD MdB), Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen MdB), Ina Lenke (FDP MdB) sowie Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (DJI). Jens Schneider von der Süddeutschen Zeitung (SZ) moderierte das Gespräch.

Im Folgenden werden einige thematische Aspekte vorgestellt, die in einem direkten Zusammenhang zu den Beiträgen dieses Bulletins stehen.

Die Vertreterinnen der Parteien waren sich über den zügigen Ausbau der Kindertagesbetreuung einig. Die Realisierung eines Rechtsanspruches auf einen Kinder(tages)betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wird im Interesse der Kinder und Eltern als notwendig und positiv gesehen. Mit Nachdruck wurde betont, dass Bund, Länder und Kommunen an einem Strick ziehen müssten. Das Erreichen der angestrebten Ziele bedeutet nicht nur, das Deutschland bis 2013 die 750.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen hat, sondern dass damit umgehend begonnen werden muss. Voraussetzung seien vertrauensbildende Maßnahmen bei den Politikern von Ländern und Kommunen. Insbesondere die Kommunen sind der entscheidende Schlüssel, um die Angebotsdynamik vor Ort voranzubringen. Doch bislang kommen die Gelder bei den Kommunen nicht an. Nach der Gesetzeslage müssen die Länder den Kommunen zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, damit der Rechts-

anspruch vor Ort umgesetzt werden kann. Erfolgt keine zeitnahe Umsetzung, steht das Geld des Bundes nicht zur Verfügung. Um diese Voraussetzungen zu prüfen, ist eine strikte Nachweis- und Berichtspflicht notwendig, verbunden mit der Rückzahlung von Geldern bei Nichterfüllung.

Der absehbare Mangel an Fachkräften bis 2013 wird von den Podiumsteilnehmerinnen zum Teil als dramatisch eingeschätzt. Mit der Lösung dieses Problems muss jedoch heute begonnen werden und nicht erst 2013.

Die Grundausbildung und Weiterqualifizierung der Fachkräfte ist Aufgabe der Länder. Vor allem in Westdeutschland haben die Erzieher/innen es nicht gelernt, insbesondere mit Kindern unter drei Jahren umzugehen (und wollen es manchmal auch gar nicht). Es bestand Konsens, dass es einer *Qualitätsoffensive* bedarf, um diesen Mangel zu beheben. Bei den Betriebskosten müsste beispielsweise auch Geld für die Qualifizierung des Personals zur Verfügung stehen. Die

Länder sollten sich auf Qualitätsstandards einigen, denn auf die Erzieher/innen kommen neue Aufgaben zu, wie die Bildungsfrage bei Kindern unter drei Jahren, ferner die Erkennung von Suchtgefahren und Suchtpotenzialen bei den Eltern, die stärkere Vernetzung mit anderen Hilfsangeboten sowie der intensive Einbezug von Eltern als Schlüssel für das Gelingen einer vernetzten Arbeit. Es sei aber eine Illusion, ab sofort alle Erzieher/innen mit Hochschulabschluss auszustatten, da dies nur in Schritten erfolgen könne, um sich konsequent an das Niveau des europäischen Umfeldes anzupassen.

Es wurde bemängelt, dass die Tagespflege noch kein festes Berufsbild habe. Die Weiterqualifizierung geschieht vor allem durch das bundesweit genutzte DJI-Curriculum (160 Unterrichtsstunden). Es befinden sich gegenwärtig jedoch nur 33.000 Kinder (12 %) in Tagespflege. Die Eltern wünschten aber nicht nur Betreuung, sondern auch Bildung. Kinder bis zu einem Jahr werden eher von Tagesmüttern betreut, da dies für einen Großteil der Eltern einfacher zu gestalten ist und die Eltern dann auch mehr Möglichkeiten der Flexibilität haben. Die Weiterqualifizierung bei den Tagesmüttern geht jedoch insgesamt schleppend voran, obgleich deren Berufsverband hierbei sehr aktiv ist.

Es bestand Konsens, dass der Beruf der Erzieher/innen ein Zukunftsberuf sei sowie ein Wachstumsarbeitsfeld darstelle. In diesem Zusammenhang sei auch die Bundesagentur für Arbeit gefragt: Sie könnte Programme auflegen sowie Möglichkeiten der Qualifizierung schaffen. Auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales könnte hier tätig werden und eine Debatte um haushaltsbezogene Dienstleistungen bei der Tagespflege anstoßen sowie ein wirksames Programm erstellen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion kamen die Teilnehmerinnen auf das Wohl des Kindes zu sprechen, und es wurde darauf hingewiesen, dass es bei der Betreuung von Kindern nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Elterngeld, Rechtsanspruch) gehe, sondern auch darum, die Kinder selbst mehr in den Mittelpunkt stellen – was beispielsweise für Migrantenkinder bedeutet, möglichst früh und umfassend gefördert und integriert zu werden, von früh

an die deutsche Sprache zu erwerben, ferner so gefördert zu werden, dass es zu keinen Entwicklungsverzögerungen kommt, die dann ein Jahr vor der Einschulung erst auffallen und schwer aufzuholen sind. Alle Kinder sollen für Betreuung, Bildung und Erziehung erreicht und einbezogen werden. Dabei ist auch zu beachten, dass Eltern aufgrund der Kosten für das Mittagessen manchmal ihre Kinder nicht zur Tagesbetreuung anmelden. Diese Schwelle müsste abgebaut werden, um allen Kindern, unabhängig vom Erwerbsstatus, den Zugang zu ermöglichen.

Die Podiumsrunde war sich einig, dass Betreuung nicht am Geld scheitern dürfe, was allerdings nicht heißen muss, dass alles gebührenfrei zu machen ist. Dennoch sind für Familien mit Finanzproblemen eigene Strategien zu entwickeln (beispielsweise durch Fördervereine). Der finanzielle Zwang, sich zwischen »Mittagstisch« und »Stullenbüchse« entscheiden zu müssen, sollte nicht der Grund dafür sein, dass Kinder abgemeldet werden oder den Angeboten fern bleiben.

In Zusammenhang mit den politischen Aktualitäten kamen die Teilnehmerinnen des Podiums auch auf die »Herdprämie« zu sprechen: Sollen Eltern (Mutter oder Vater), die sich für die häusliche Betreuung des Kindes entscheiden, 150 € pro Kind bekommen? Eine Familie, die in einer schwierigen finanziellen Situation lebt, würde mit vier kleinen zu Hause betreuten Kindern 600 € bekommen. Dies wäre ein finanzieller Anreiz, die Kinder *nicht* in eine Kindertageseinrichtung zu geben. Steuerrechtlich muss es jedoch verwundern, wenn Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, Geld fordern, denn jeder Ehepartner profitiert vom Ehegattensplitting bis zu 8.000 € im Jahr. Durch die »Reichensteuer« wird die Entlastung dieser Familie noch größer, der Vorteil des Ehegattensplitting beträgt dann bis zu 15.000 €. Alle Teilnehmerinnen der Fraktionen des Bundestages sprachen sich bei diesem Podiumsgespräch gegen das umstrittene Betreuungsgeld aus.

Dieses Thema warf auch die Frage auf, ob Politik ein Recht habe, **Lebensentwürfe der Eltern** zu bewerten. Die Einschätzungen der Beteiligten auf dem Podium waren klar: Politik steht eine solche Haltung nicht an. Den Eltern

kann man nicht vorschreiben, was sie tun sollen. Deshalb ist es richtig und wichtig zu sagen: Wir brauchen ein stärkeres und breiteres Angebot an Kinderbetreuung, damit Eltern ihrem Wunsch der Vereinbarkeit nachkommen können. Andererseits darf Politik andere Lebensentwürfe nicht aus den Augen verlieren. Familien, die von der Betreuung in öffentlicher Verantwortung keinen Gebrauch machen, müssen in der politischen Debatte ebenfalls berücksichtigt werden. Für die Familienpolitik gilt jedoch primär, junge Menschen stark zu machen, um mit ihrem Kinderwunsch zurechtzukommen, und aufgrund der Angebote selbst entscheiden zu können, wie sie ihre Kinder betreuen möchten. Deutschland braucht demnach eine Vielfalt von sich ergänzenden Angeboten, da die Eltern unterschiedliche Bedarfe haben.

Die **Kindertagesbetreuung** erweist sich für Deutschland als eine **kinderpolitische Weichenstellung** – so der Tenor der Podiumsrunde. Dabei zeige es sich, dass die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Tagespflege weit mehr sind als nur Einrichtungen der Betreuung. »Man braucht ein ganzes Dorf für die Erziehung der Kinder«, heißt es in einem afrikanischen Sprichwort – diese (sozialen und mentalen) Dörfer sind in der heutigen Lebenswelt jedoch nicht (mehr) vorhanden, müssen vielmehr erst wieder über die Angebote der Kinderbetreuung sekundär erzeugt werden. Dabei verbinden sich Bildung, Betreuung und Erziehung in Bezug zur Entwicklung der Kinder. Dadurch werden Kindertageseinrichtungen in Deutschland im Lauf der Zeit so selbstverständlich wie Schulen. **Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung** heißt, dass allen Kinder optimale Perspektiven eröffnet werden – gleichgültig wie viel sie von Zuhause mitbekommen.

Zum Abschluss der Diskussion betonen die Teilnehmerinnen den **Stellenwert der Betreuung für die Kinder**. Nach den Ergebnissen des 12. Kinder- und Jugendberichtes spricht vieles dafür, dass Kinder im ersten Lebensjahr meist in der eigenen Familie betreut werden, ein Ort, an dem man sich intensiv um sie kümmern kann. Das zweite Lebensjahr ist jedoch entwicklungspsychologisch bereits ein Übergangsjahr. Dabei ist die Tagespflege eine angemessene Betreuungsalternative (flexible und stunden-

weise Ausweitung). Spätestens nach Vollendung des zweiten Lebensjahres ist die öffentliche Form der Betreuung ein wesentliches Element, da die Kontakte mit anderen Kindern sowie der Bezug zu sozialen Gruppen oft nicht mehr so in der Familie gewährleistet werden kann, es sei denn, es stünde eine Großfamilie oder eine Tagesmutter mit mehreren Kindern zur Verfügung.

Starke Kinder haben starke Eltern – die Parole des Deutschen Kinderschutzbundes bedeutet, dass Familienpolitik vermehrt Eltern stärken und kompetenter machen muss. Die Zahl der Kinder mit problematischen Lebensbedingungen (wie Medienverwahrlosung, problematisches Ernährungs- und Sozialverhalten, Bildungsferne, Isolation) und damit verbundener Chancenlosigkeit in der Gesellschaft nimmt zu. Dreh- und Angelpunkt ist eine eng vernetzte Kooperation von Kindertageseinrichtungen, Tagesmüttern, Pflegenestern, Großpflegestellen, zusammen mit einer Stadtteilarbeit, die Eltern aufsucht und einbezieht. Die Stärkung der Eltern und Familien bleibt somit auch eine dringende und drängende Aufgabe für die Kinder- und Jugendhilfe.

Was Kinder jedoch am wenigsten brauchen können – so die einhellige Meinung der Vertreterinnen der Parteien – ist das Hin und Her politischer Verantwortlichkeiten. Durch solche Strategien ist Kindern überhaupt nicht gedient. Infolgedessen muss das Geld bei den Kommunen ankommen, damit die erforderlichen Betreuungsplätze rasch geschaffen werden können. Aber es geht nicht nur allein um Quantität, sondern auch um Qualität. Die **Qualifizierung des Personals** sowie die **Verbesserung ihres Berufsbildes und Status** stehen dabei an erster Stelle. Es wäre fatal, wenn im Jahre 2013 für die Kinder in Deutschland zwar 750.000 geschaffene Betreuungsplätze zur Verfügung stünden, die pädagogische Qualität der Fachkräfte aber auf der Strecke geblieben wäre.

Zusammenfassung: Redaktion DJI Bulletin

13. Kinder- und Jugendbericht: Gesundheitsförderung

Ottawa und die Kinder- und Jugendhilfe

Die Kommission des 13. Kinder- und Jugendberichtes der Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Thema dieses Berichtes werden die Ansätze und Strategien der gesundheitsbezogenen Prävention sowie der Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe sein. Mit dem Begriff »Gesundheitsförderung« wird die Aufmerksamkeit auf die am 21. November 1986 verabschiedete Ottawa-Charta der World Health Organization (WHO) gelenkt, die einen zentralen Bezugspunkt der einschlägigen Fachdiskussion darstellt. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, was diese Perspektive für die Kinder- und Jugendhilfe bedeutet.

Vermeidung von Krankheit genügt nicht

Im Zentrum der Ottawa-Charta steht die Gesundheitsförderung. Gegenüber einem Verständnis, das Gesundheit vorrangig als Abwesenheit bzw. Vermeidung von Krankheit definiert, formuliert die Ottawa-Charta ein sehr viel weiter gehendes Verständnis:

»Gesundheitsförderung zielt auf einen Prozess, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen. Um ein umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden zu erlangen, ist es notwendig, dass sowohl einzelne als auch Gruppen ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Wünsche und Hoffnungen wahrnehmen und verwirklichen sowie ihre Umwelt meistern bzw. verändern können. In diesem Sinne ist die Gesundheit als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen Lebens zu verstehen und nicht als vorrangiges Lebensziel. Gesundheit steht für ein positives Konzept, das in gleicher Weise die Bedeutung sozialer und individueller Ressourcen für die Gesundheit betont wie auch die körperlichen Fähigkeiten. Die Verantwortung für Gesundheitsförderung liegt deshalb nicht nur beim Gesundheitssektor, sondern bei allen Politikbereichen und zielt über die Entwicklung gesünder Lebensweisen hinaus auf die Förderung von umfassendem Wohlbefinden hin.« (WHO)

Gesundheitsförderung in diesem Sinne beschränkt sich nicht auf die Vermeidung oder Linderung von Krankheiten. Gesundheitsförderung ist zwar ohne ent-

sprechende präventive Maßnahmen kaum vorstellbar, doch Prävention hat vorrangig die zu vermeidenden und unerwünschten, also letztendlich krankmachenden Handlungsweisen bzw. Zustände (also Krankheiten) im Blick und folgt damit einer pathogenetischen Sichtweise.

In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken stattdessen die individuellen, kollektiven und sozialen Ressourcen und Potenziale sowie deren gezielte Förderung bzw. Unterstützung – und zwar nicht nur auf der *Seite der Subjekte*, sondern auch im Hinblick auf die *gesellschaftlichen Verhältnisse*:

»Gesundheitsförderung ist ein komplexer sozialer und gesundheitspolitischer Ansatz und umfasst ausdrücklich sowohl die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensweisen als auch die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen. Gesundheitsförderung will nicht nur individuelle Lebens- und Handlungsfähigkeiten beeinflussen und Menschen zur Verbesserung ihrer Gesundheit befähigen. Sie zielt darüber hinaus auf ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Faktoren und auf die politische Intervention zur Beeinflussung dieser gesundheitsrelevanten Faktoren« (Kaba-Schönstein 2006, S. 73).

Dieses Verständnis von Gesundheitsförderung zeigt eine ganze Reihe von Parallelen zu fachlichen Standards der Kinder- und Jugendhilfe. Konzepte wie Ressourcenorientierung und Empowerment sind ebenso unmittelbar anschlussfähig wie Ansätze zur Stärkung von Schutzpotenzialen oder Standards zur



Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Umso überraschender mag es auf den ersten Blick erscheinen, dass die Kinder- und Jugendhilfe bislang dem Thema Gesundheitsförderung wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat (Seifert 2007). Dies mag auch deshalb erstaunen, weil ein Blick in die unterschiedlichen Praxisfelder schnell offenbart, dass neben den offiziellen Vorgaben (z. B. in den §§ 11 und 81 SGB VIII oder den Bildungsplänen der Länder für die Kindertagesbetreuung) Gesundheitsförderung als ein selbstverständliches, aber nicht eigens expliziertes Moment der alltäglichen Fachpraxis in allen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe gleichsam nebenher geleistet wird. Die Förderung der Entwicklung junger Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit sowie die daraus sich ergebenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. §§ 1 und 2 SGB VIII) sind, wenn sie gelingen, aktive Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta.

Gesundheitsförderung: Eine

Aufgabe für die Kinder- Jugendhilfe

Ist aber damit das Thema für die Kinder- und Jugendhilfe schon erledigt? Darf sich Kinder- und Jugendhilfe jetzt ohne weiteres Nachdenken das Label »gesundheitsfördernd« anhängen? Ganz so einfach ist es dann doch nicht. Den bislang wohl konsequentesten Versuch, die Mitverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe bei der Gesundheitsförderung zu beschreiben, hat die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden unter dem Titel »Kinder und Gesundheit – Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe« im Jahr 2005 vorgelegt. Dieser Bericht lag auch dem gleichnamigen Beschluss der Jugendministerkonferenz im Mai 2005 zugrunde. Auch wenn der Bericht sich zunächst auf Gesundheitsprobleme konzentriert, so unternimmt er im zweiten Teil den Versuch, Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe auch für die Kinder- und Jugendhilfe zu beschreiben. Besondere Ansatzpunkte sieht der Bericht dabei in folgenden Bereichen:

- Kindertagesbetreuung,
 - Eltern- und Familienbildung,
 - Familienfreizeit und Familien-erholung,
 - Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit,
 - Hilfen zur Erziehung,
 - Maßnahmen der Betreuung in besonderen Situationen,
 - Jugendschutz und Suchtprävention.
- Gefordert werden schließlich auch der Ausbau kindergesundheitsrelevanter Forschung und Berichterstattung, die Verbesserung der Vernetzung und Koordination der Dienste sowie der Weiterentwicklung der Angebote im Bereich von Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Mindestens zwei Aspekte wären allerdings zu ergänzen. Die erste Herausforderung steckt im Begriff Gesundheit selbst. Wenn Gesundheit nicht einfach das Gegenteil von Krankheit ist, sondern, wie jüngere Begriffsbestimmungen es versuchen, als das »Stadium des Gleichgewichts von Risikofaktoren und Schutzfaktoren (begriffen wird), das eintritt, wenn einem Menschen eine Bewältigung sowohl der inneren (körperlichen und psychischen) als auch äußeren (sozialen und materiellen) Anforderungen gelingt« (Hurrelmann/Franzkowiak 2006, S. 54), dann stellen sich für die jeweiligen Felder der Kinder- und

Jugendhilfe sowie für ihre Gruppen an Adressatinnen und Adressaten unterschiedliche Herausforderungen. Dies gilt sowohl mit Blick auf die unterschiedlichen Altersgruppen als auch auf die jeweiligen Lebens- und Problemlagen, mit denen es die Kinder- und Jugendhilfe zu tun hat. Gesundheitsförderung wird dementsprechend in einem privaten Kindergarten, der weitgehend von wohlbetuchten Eltern getragen wird, deutlich anders aussehen, als Straßensozialarbeit bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Herausforderungen: gesundheitsfördernde Ansätze und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Soll Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe mehr als eine allgemeine Programmformel darstellen, bedarf es der Entwicklung von entsprechenden praxisnahen und kontextbezogenen Strategien. Diese dürfen sich nicht allein auf die Vermeidung von gesundheitlich wenig förderlichen Lebensformen bzw. von gesundheitlicher Gefährdung, Krankheit, Sucht bzw. körperlicher und psychischer Beeinträchtigung beschränken, sondern müssten darüber hinaus begründet angeben können, ob und inwiefern das jeweilige Angebot Gesundheit fördert. Dies wiederum setzt ein breites und verbreitetes Wissen darüber voraus, welche »Faktoren« bzw. Konstellationen in diesem Sinne jeweils als förderlich zu betrachten sind.

Des Weiteren rücken sowohl die Ottawa-Charta als auch alle neueren Gesundheitsbegriffe das Handeln und die Selbstwahrnehmung der Subjekte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Was Gesundheitsförderung bedeutet, ist dementsprechend nicht unabhängig vom Alltag sowie den Erfahrungen und den Selbstwahrnehmungen der Adressatinnen und Adressaten zu bestimmen.

Bislang jedoch sind weite Teile der Kinder- und Jugendhilfe nicht besonders darin geübt, Aspekte wie Wohlbefinden und Lebensfreude als zentrale Momente der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie der fachlichen Verständigung zu machen. Zwar sind Kategorien wie Selbstwirksamkeit, Kohärenzgefühl, Selbstvertrauen, bewusste Lebensführung weithin vertraute Begriffe. Als leitende Aspekte einer gesundheitsfördernden Praxis bedürfen sie aber erst noch

der gemeinsamen, koproduktiven Ausfüllung und Umsetzung – wenn man so will, auch der lebensweltlichen Erdung mit dem Alltag der Kinder und Jugendlichen.

Christian Lüders

Literatur

- Hurrelmann, Klaus / Franzkowiak, Peter (2006): Gesundheit. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung. Schwabenheim an der Salz, S. 52–55
- Kaba-Schönstein, Lotte (2006): Gesundheitsförderung I. Definition, Ziele, Prinzipien, Handlungsfelder und -strategien. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung. Schwabenheim an der Salz, S. 77–78
- Seifert, Brigitte (2007): Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe – es gibt noch viel zu tun. In: Forum Jugendhilfe, H. 2, S. 70–79
- WHO: http://www.euro.who.int/AboutWHO/Policy/20010827_2?language=German

Kontakt: Dr. Christian Lüders, lueders@dji.de

Siehe auch S. 37:
13. Kinder- und Jugendbericht –
Die Kommission nahm ihre Arbeit auf



Gleiche Bildungschancen für alle Kinder

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!

Bildung Integration Teilhabe

**13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag
18. – 20. Juni 2008 in Essen**

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ · Mühlendamm 3 · 10178 Berlin
Tel. +49 (0)30 400 40-230 · Fax +49 (0)30 400 40-232 · djht@agj.de · www.jugendhilfetag.de



Für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!

Bildung Integration Teilhabe

**13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag
18. – 20. Juni 2008 in Essen**

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ · Mühlendamm 3 · 10178 Berlin
Tel. +49 (0)30 400 40-230 · Fax +49 (0)30 400 40-232 · djht@agj.de · www.jugendhilfetag.de

Aktuelles



Dr. Stefan Luther,
Nachfolger von Hans Konrad Koch als Unterabteilungsleiter im Bundesministerium

für Bildung und Forschung (BMBF) sowie Vertreter des BMBF im Kuratorium des DJI, hat am 13.11.2007 das DJI besucht und ein Gespräch zum fachlichen Austausch geführt.

Begehung des DJI durch den Wissenschaftsrat (WR)

Am 29./30.11.2007 erfolgte die Begehung des DJI durch eine Evaluierungskommission des Wissenschaftsrates unter Vorsitz von *Prof. Gert G. Wagner*. »In den Jahren 2005 und 2006 hatte der Wissenschaftsrat bereits 13 Ressortforschungseinrichtungen begutachtet und dabei Verbesserungsbedarf insbesondere in den Bereichen Forschungsplanung, Koordination, Qualitätssicherung und Wettbewerbsorientierung festgestellt. Personal- und haushaltsrechtliche Regelungen hatten sich vielfach als wenig geeignet für eine flexible Anpassung an neue Aufgaben erwiesen.« (<http://www.wissenschaftsrat.de/>) Anknüpfend an diesen Auftrag aus dem Jahre 2004 hat die Bundesregierung den Wissenschaftsrat mit Schreiben vom 13.06.2006 gebeten, ab 2007 die bisher nicht begutachteten Bundeseinrichtungen zu evaluieren, zu denen auch das DJI gehört.

Besuch der IJAB

Am 5. Dezember 2007 besuchte eine Delegation der Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB) unter Leitung von *Marie-Luise Dreber* das DJI. An dem Erfahrungsaustausch nahmen *Uwe Finke-Timpe* (BMFSFJ) und *Hans-Georg Wicke* (Jugend für Europa) teil. Das DJI stellte mehrere Projekte dar, die für die Internationale Jugendarbeit von Interesse sind. Es wurde ferner über eine Vertiefung der Zusammenarbeit gesprochen.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am DJI

Die neu eingerichtete Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik in München ist ein abteilungsübergreifendes, in der Institutsleitung des DJI angesiedeltes Projekt, das die Strukturen und Handlungsfelder der Kinder- und Jugendpolitik in ihrer Verschränktheit und in ihren (biografischen) Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche querschnittartig beobachtet, sozialwissenschaftlich analysiert sowie die Erkenntnisse für die institutionellen Akteure der Kinder- und Jugendpolitik, insbesondere für das Bundesjugendkuratorium (BJK) nutzbar macht.

Wesentlich hierfür ist die Beobachtung der Praxisfelder und Akteure der Kinder- und Jugendpolitik sowie der wissenschaftlichen Diskurse aus den Bereichen der Kinder- und Kindheitsforschung sowie der Jugend(hilfe)forschung. Zudem werden die Nebenwirkungen bildungs-, sozial-, familien-, arbeitsmarkt- oder integrationspolitischer Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche als eigenständige Bevölkerungsgruppen analysiert und aufbereitet.

Ziel ist es, über eigene Analysen und Dossiers die vorliegenden empirischen Befunde in den kinder- und jugendpolitischen Verwendungszusammenhang einzuspeisen. Derzeit werden schwerpunktmäßig die aktuell relevanten Themenfelder des BJK bearbeitet. Hierzu gehören »Kinderschutz«, »Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung: Zukunftsfähige Kindertagesbetreuung«, »Migration und Teilhabe« sowie »Jugendpolitik« als Hauptthemen. Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik dient hierbei als Korrespondenzpartner für das Bundesjugendkuratorium (BJK) auf Bundesebene. Das BJK wiederum berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Jugendhilfe (§ 83 Abs. 2 SGB VIII KJHG) sowie in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik.

Weitere Informationen unter: www.bundesjugendkuratorium.de. Zum Team der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am DJI in München gehören *Dr. Tanja Betz* (wissenschaftliche Referentin), *Pia Rother* (wissenschaftliche Referentin), *Ute Kratzlmeier* (Sachbearbeitung), *Marco Kierstan* (studentische Hilfskraft).

Kontakt: *Dr. Tanja Betz*, betz@dji.de, *Pia Rother*, rother@dji.de

Nachlese

13. Kinder- und Jugendbericht – Die Kommission nahm ihre Arbeit auf

Beim 13. Kinder- und Jugendbericht geht es um »Gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe« (Arbeitstitel). Die konstituierende Sitzung der Sachverständigenkommission fand am 24./25. September 2007 in Berlin statt. Bundesministerin *Ursula von der Leyen* überreichte den Kommissionsmitgliedern die Ernennungsurkunden und nahm an dem ersten Fachgespräch teil. Der Kommission gehören an: *Dr. Wolfram Hartmann*, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Präsident des Bundesverbands der Kinder- und Jugendärzte; *Dr. Holger Hassel*, Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin; *Prof. Dr. Hans Günther Homfeldt*, Professor für Sozialpädagogik/ Sozialarbeit an der Universität Trier; *Prof. Dr. Heiner Keupp*, Professor für Sozial- und Gemeindepsychologie an der Universität München (*Vorsitzender der Kommission*); *Dr. Hermann Mayer*, Chefarzt der Klinik Hochried; *Dr. Heidemarie Rose*, Leiterin der Obersten Landesjugendbehörde und der Abteilung Junge Menschen und Familie, Bremen; *Prof. Dr. Elisabeth Wacker*, Professorin für Rehabilitationssoziologie an der Universität Dortmund; *PD Dr. Ute Ziegenhain*, Leiterin der Sektion Pädagogik, Jugendhilfe, Bindungsforschung und Entwicklungspsychopathologie am Universitätsklinikum Ulm. Die Kommission hat darüber hinaus *Dr. Christian Lüders* (DJI) als Mitglied der Kommission hinzu gewählt. Die Geschäftsführung des 13. Kinder- und Jugendberichtes am DJI liegt in den Händen von *Dr. Hanna Permien*, *Dr. Ekkehard Sander*, *Susanne Schmidt-Tesch* (Sachbearbeitung) und wird durch *Dr. Tina Gadow* sowie *MPH* (Master of Public Health) *Angela Keller* verstärkt. (Vgl. den Beitrag »Ottawa und die Kinder- und Jugendhilfe« von Christian Lüders in diesem Bulletin, S. 34)

VolkswagenStiftung bewilligt Schumpeter-Fellowship am DJI

Die VolkswagenStiftung hat eines von sieben Schumpeter-Fellowships für fünf Jahre an *Dr. Michaela Schier* von der Abteilung Familie und Familienpolitik am DJI vergeben. Ihr Thema: »Multilokalität von Familie: Die Gestaltung von Familienleben bei räumlicher Trennung«.

DJI-Online-Thema des Monats September 2007

Familie heute – zwischen Erwerbs- und Familienarbeit

Anders als noch vor 30 Jahren sind viele Familien heute äußerst dynamische und fragile Netzwerke mit zum Teil wechselnden und haushaltsübergreifenden Akteuren. Ihr Leben wird erschwert durch die räumlich und zeitlich entgrenzten Strukturen moderner Erwerbsarbeit. Die unterschiedlichen Bedürfnisse dieser Familien müssen in einem permanenten Prozess der Aushandlung aufeinander abgestimmt werden.

In der Rubrik »Auf einen Blick« geht es um Weiterentwicklungen bisheriger Forschungsansätze des Projektes »Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie« durch die gleichzeitige Fokussierung auf Veränderungen der Erwerbswelt und der Familie sowie, verschränkt mit beiden Sphären, der Geschlechterverhältnisse. www.dji.de/thema/0709

DJI-Online-Thema des Monats Oktober 2007

Integration: diskriminiert oder selbst ausgegrenzt?

Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund gehören zu den Verlierern in unserer Gesellschaft. Einige reagieren darauf mit einer kulturellen Abgrenzung sowie einer Betonung kultureller Unterschiede zwischen ihrer Gruppe und der Mehrheit. Das DJI-Projekt »Wahrgenommene Diskriminierung und (Re)Ethisierung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund« stellt fest, dass diese kulturelle Distinktion nicht automatisch ein Zeichen von Integrationsunwilligkeit oder Desintegration sein muss. Entscheidend für eine gelingende Integration ist vielmehr der möglichst zeitnahe und reibungslose Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder einen Beruf. Dafür braucht es in erster Linie gute strukturelle Rahmenbedingungen. Ergänzt wird das Schwerpunktthema durch ein Gespräch mit einer Stipendiatin des Deutschen Jugendinstituts: Die armenische Psychologin *Sonya Saroyan* hat in einem Experiment untersucht, wie bedeutsam das Kopftuch für die unterschiedlichen Ausprägungen der Selbstwahrnehmung muslimischer Frauen ist (siehe auch DJI Bulletin 79, S. 24). www.dji.de/thema/0710

DJI-Online-Thema des Monats November 2007

Kinderarmut: einmal arm – immer arm?

Ein Aufwachsen in Armut hat gravierende Folgen für die Entwicklung von Kindern. Dies lässt sich anhand der Daten des DJI, die im Rahmen einer Langzeitstudie seit dem Jahr 2002 erhoben wurden, differenziert für folgende Bereiche nachweisen: soziale Teilhabe, Persönlichkeit, Schulleistungen und kindliches Wohlbefinden. Um der Gefahr entgegenzuwirken, dass Kinder aufgrund der ökonomischen Lage der Eltern sozial ausgeschlossen werden, bedarf es einer möglichst frühen und nachhaltigen Unterstützung – insbesondere durch die Kommunen. www.dji.de/thema/0711

DJI-Online-Thema des Monats Dezember 2007

Wenn zwei sich streiten – Risiko für Trennungskinder

In manchen Trennungsfamilien finden heillos zerstrittene Eltern trotz professioneller Hilfe von außen einfach keine Lösung in Fragen des Sorgerechts oder der Besuchsregelung. Leidtragende dieser Konflikte sind Zehntausende von Kindern. Aber auch vonseiten der Familiengerichte, Beratungsstellen und Jugendämter wird diese Situation als zunehmend problematisch erlebt. Denn diese in der Relation zwar kleine, in der Summe jedoch sehr dominierende Gruppe bindet erhebliche personelle Kräfte und Ressourcen, und dennoch führen die derzeitigen Mittel in vielen Fällen nicht zu befriedigenden Lösungen. Ziel eines DJI-Projekts ist es, hier wirksame Formen der Intervention und Unterstützung zu entwickeln sowie zu verbreiten, um einen verbesserten Schutz der betroffenen Kinder zu erreichen. www.dji.de/thema/0712

Personelles

Dr. Tanja Betz

hat am 24.07.2007 im Fachbereich Pädagogik an der Universität Trier das Promotionsverfahren erfolgreich abgeschlossen (Dr. phil.). Thema der Dissertation: »Ungleiche Kindheiten am Beispiel der sozialen und ethnischen Strukturierung von Bildung – Theoretische und empirische Analysen im Kontext einer Sozialberichterstattung über Kinder«.

Nachbesetzungen im Wissenschaftlichen Beirat des DJI

In den Wissenschaftlichen Beirat des DJI wurden berufen: *Prof. Dr. Hans-Günther Rossbach*, Universität Bamberg, FB Elementar- und Familienpädagogik; *Prof. Dr. Wolfgang Schröer*, Universität Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik; *Prof. Dr. Werner Thole*, Universität Kassel, FB Sozialwesen; *Prof. Dr. Michael Walter*, Universität Köln, Kriminologische Forschungsstelle; *Prof. Dr. Henriette Engelhardt-Wölfler*, Universität Bamberg, Professur für Bevölkerungswissenschaft.

Wahlen bei der Mitgliederversammlung des DJI

Als Mitglieder des DJI e. V. wurden für vier Jahre gewählt: *Mike Corsa*, *Prof. Dr. Hans Gängler*, *Michael Löher*, *Prof. Dr. Uta Meier-Gräve*, *Prof. Dr. Werner Thole*, *Prof. Dr. Renate Valtin* und *Ulrike Werthmanns-Reppekus*.

Mitgliedschaft in Gremien

Michaela Glaser

wurde in die Jury der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) zur Vergabe des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2008 – Hermine-Albers-Preis – berufen.

Karin Haubrich

wurde in den Vorstand der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation berufen. Die DeGEval (www.degeval.de) ist ein Zusammenschluss von Personen und Institutionen in Deutschland und Österreich, die im Bereich der Evaluation tätig sind. Sie verfolgt die Professionalisierung von Evaluation, die Zusammenführung unterschiedlicher Perspektiven der Evaluation sowie Information und Austausch über Evaluation.

Elisabeth Helming

wurde in den Beirat des Projektes »Netzwerke für Kinderschutz in Sachsen« berufen.

Dr. Michaela Schier

wurde in den Beirat des Hans-Böckler-Projektes »Neue Mobilitätsregimes. Die strukturierende Kraft betrieblicher Mobilitätspolitik auf Arbeit und Leben« berufen.

Lehraufträge im Wintersemester 2007/08

Sabrina Hoops

Pädagogische Konzepte im Umgang mit den sogenannten Schwererziehbaren
Katholische Stiftungsfachhochschule München, Abteilung Benediktbeuern

Dr. Peter Rieker

Evaluation – Ansätze und Erfahrungen
Universität Hildesheim

Eine Generation geht ...

Renate Burger



Ohne die professionelle Sachbearbeitung würde sich die wissenschaftliche Arbeit am DJI schwer tun. Renate Burger hat auf vielen Ebenen der Verwaltung den Kolleginnen und Kollegen hilfreich zur Seite gestanden – insbesondere bei der Arbeitszeiterfassung,

der Planung und Organisation von Fortbildungen sowie der Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen in das Haus. Daneben engagierte sie sich beim Betriebsrat und war Gleichstellungsbeauftragte. Im Laufe der Jahre ist bei ihr jedoch der Entschluss gereift, nach Südtirol zurückzukehren und mit etwas Neuem und Anderem zu beginnen. In ihrem Heimatdorf Vahrn (in der Nähe von Brixen/Italien) hat sie nun (trotz erfolgreichem Abschluss des Angestelltenlehrgangs I der Bayerischen Verwaltungsschule) im September 2007 an der Schule für Haus- und Landwirtschaft die Stelle einer Erzieherin angetreten. Dabei geht es nicht mehr um Verwaltungsvorgänge und Beratung der Berufskollegenschaft, sondern um die Bildung, Betreuung und Erziehung von 80 Schülerinnen und Schülern im Alter zwischen 14 und 17 Jahren – eine nach ihren Worten »anstrengende und abwechslungsreiche Aufgabe mit großen und kleinen Katastrophen der Jugendlichen und immer mit Action verbunden«. Aber Renate Burger macht diese neue Betätigung große Freude, und es ist genau jene Arbeit, die sie sich schon immer vorgestellt hatte. Dabei kommen ihr auch die Erfahrungen des DJI auf diesem Feld zugute. Ferner kann sie ihre Zweisprachigkeit und kulturelle Herkunft aktivieren. Die Zeit am DJI war für sie wertvoll, insbesondere, was die persönlichen und auch (aufgabenbedingt) vielen Kontakte zu den unterschiedlichen Menschen und Charakteren des Hauses betrifft. Dass eine Berufsbiografie überraschend mäandrierende Schleifen machen kann, hätte sie selbst bis vor kurzem noch nicht für möglich gehalten.

Internationales

Frau Akiyo Nomura-Uozumi,

Professorin an der Josai International University, Tokyo/Japan, führte am 15.08.2007 mit *Bernd Holthusen* ein Fachgespräch über Gewalt und Strategien der Gewaltprävention sowie über Aufgaben und Funktion der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention.

Frau Mikiko Tabu,

Professorin der Seitoku University, Fachbereich für Vorschulerziehung, Tokyo/Japan, führte am 04.09.2007 mit *Dr. Martina Heitkötter* ein Expertengespräch zum Aspekt der Qualifizierung in der Kindertagespflege; ferner fand ein Fachaustausch zwischen ihr und Mitarbeiterinnen des DJI statt über das deutsche System der Kindertagesbetreuung (Kita & Tagespflege) sowie die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Tagesmüttern und Tagesvätern.

Kolleginnen und Kollegen des DJI zu Besuch in China

Als Teil einer hundertköpfigen Delegation aus Deutschland besuchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DJI *Dr. Stefan Borrmann*, *Dr. Nora Gaupp*, *Xandra Wildung*, *Dr. Liane Pluto* und *Dr. Jan Skrobaneck* (Foto: v.l.n.r.) vom 15.10. bis 24.10.2007 die Volksrepublik China. Sie informierten sich über das chinesische Bildungssystem und besuchten u. a. Schulen, Universitäten und Bildungsinstitute in Shanghai, Xining und Beijing.

Grundlage der jugendpolitischen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China ist eine »Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Allchinesischen Jugendverband der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendhilfe«, die am 14. September 2006 anlässlich eines Staatsbesuches des chinesischen Ministerpräsidenten *Wen Jiabao* in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden ist. Anlässlich dieser Vereinbarung lud der chinesische Ministerpräsident 400 deutsche Jugendliche nach China ein.

Die aus vier Untergruppen bestehende Delegation besuchte nicht nur die Metropolen Shanghai und Beijing, sondern bereiste auch die Provinz Qinghai. Dabei nutzten die Kolleginnen und Kollegen des DJI die Möglichkeit, die Arbeit des Deutschen Jugendinstitutes vorzustellen sowie bilaterale Kontakte auf der Arbeitsebene in das DJI zu vermitteln.



Rückblick

Bildungs- und sozialpolitische Anforderungen an die Kindertagesbetreuung Hearing des Bundesjugendkuratoriums (BJK) Bonn, 13.09.–14.09.2007

Für den laufenden Beratungsprozess hat die Arbeitsgruppe »Zukunftsfähige Kindertagesbetreuung« des Bundesjugendkuratoriums ein Hearing durchgeführt. *Doris Beneke* vom Diakonischen Werk der EKD stellte das »Aufwachen in öffentlicher Verantwortung – Fördern statt Fordern« dar, *Frank Jansen* vom Verband katholischer Tageseinrichtungen für Kinder machte den »Seiltanz auf der Großbaustelle – Entwicklungsperspektiven für Kindertageseinrichtungen« zum Thema. *Angelika Diller* vom DJI beleuchtete die »Kindertageseinrichtungen im fachpolitischen Veränderungsprozess – aktuelle Herausforderungen und zukünftige Entwicklungen«, *Dr. Hans Rudolf Leu* referierte über »Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung und ihre gesellschaftliche Rahmung«.

Kontakt: *Dr. Tanja Betz*, betz@dji.de

Ganztagsschulen werden mehr. Bildung lokal verantworten

4. Ganztagsschulkongress Berlin, 21.09.–22.09.2007

Der 4. Ganztagsschulkongress wurde veranstaltet vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS).

Gute Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen bedürfen der Kooperation: in der Schule, im Umfeld der Schule, in der Kommune, in der Region und im Land. Dabei geht es um die Zusammenarbeit derjenigen, die Bildungsbiografien von Kindern und Jugendlichen begleiten und verantworten. Übergreifende Konzepte sowie lokal verzahnte Bildungs- und Ressourcenpläne sind dafür Voraussetzungen. Kinder und Jugendliche brauchen Lebens- und Lernorte, an denen sie willkommen sind, herausgefordert und optimal gefördert werden.

Das DJI war beim Ganztagsschulkongress durch *Dr. Heinz-Jürgen Stolz* vertreten. Ferner präsentierten *Christine Preiß* und *Andreas Grünberg* die Datenbank »Schule & Partner – schulische Kooperationspraxis auf einen Klick« (siehe auch DJI Bulletin 78 zum Thema »Ganztagsschule«).

Kontakt: *Christine Preiß*, preiss@dji.de

Gewalt als Lernchance. Strategien der Gewaltprävention in sechs Handlungsfeldern

Fachtagung

Berlin, 17.10.2007

Im Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz hat die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI mit Unterstützung des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK) und der Polizeilichen Kriminalprävention (ProPK) zusammen mit Expertinnen und Experten einen umfassenden Bericht zur Gewalt-

prävention im Kindesalter erarbeitet. Dieser Bericht stellt den aktuellen Stand der Gewaltprävention in sechs Handlungsfeldern dar: Kindertageseinrichtungen, Schule, außerschulische Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Familie. Die Fachtagung stellte die Aussagen des Berichts zur Diskussion.

Die 120 Teilnehmenden und Mitwirkenden bildeten entsprechend der Gesamtkonzeption das gesamte Spektrum der sechs Handlungsfelder ab. Mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren waren die kommunale Ebene sowie die Landes- und Bundesebene ressortübergreifend vertreten. So konnte das zentrale Ziel der Veranstaltung erreicht werden, die Verbreitung und Diskussion der Kernaussagen des Berichtes mit dem handlungsfeldübergreifenden Austausch zu verknüpfen.

Nach dem einführenden Vortrag von *Dr. Christian Lüders* mit der Hauptthese, Gewalterfahrung im Kindes- und Jugendalter als Ausgangspunkt für pädagogisch begleitete Lernprozesse zu nehmen, schlossen sich Arbeitsgruppen an. Zunächst wurde der aktuelle Stand der gewaltpräventiven Strategien in den Handlungsfeldern vorgestellt und diskutiert. Darauf aufbauend wurden die sieben zentralen handlungsfeldübergreifenden Herausforderungen für die Fachpraxis skizziert und auf die fachpraktischen Implikationen hin konkretisiert. Dabei lieferten folgende Mitarbeiter/innen des DJI weitere Tagungsbeiträge: *Dr. Martina Heitkötter* zu den zukünftigen Herausforderungen und Handlungsempfehlungen in der Gewaltprävention, *Bernd Holthusen* zu gewaltpräventiven Strategien in der außerschulischen Jugendhilfe, *Karin Haubrich* zu Qualitätssicherung und Evaluation sowie *Elisabeth Helming* zu Eltern als Partner gewaltpräventiver Arbeit.

Die Tagung zeigte, dass die gewaltpräventiven Fachpraxen in den letzten zwei Jahrzehnten beeindruckende Fortschritte gemacht haben. Es hat sich ein breites und ausdifferenziertes Spektrum an Konzepten, Strategien und praktischen Verfahren der Gewaltprävention unter einer pädagogischen Perspektive ausgebildet. Somit können die Strategien weiterentwickelt werden. Die künftigen Aufgaben liegen insbesondere im bedarfsorientierten Ausbau der Angebote in allen Regionen, in der Kooperation zwischen den Institutionen, in der Weiterentwicklung von Angeboten für besondere Zielgruppen, in der Qualifizierung der Fachkräfte und der Evaluation von Gewaltprävention. Vieles ist erreicht, aber vieles bleibt noch zu tun. **Kontakt:** *Bernd Holthusen*, holthusen@dji.de

Mütter/Väter: Elternschaft zwischen medialer Inszenierung und sozialer Praxis

Internationaler Kongress an der Leibniz Universität Hannover in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) Hannover, 04.10.–06.10.2007

Vor kurzem noch »Gedöns« – heute sind Familie und die in ihr lebenden Geschlechter zum zentralen Politikfeld avanciert. Die Frage, wie

Elternschaft gelebt werden soll, wird gegenwärtig von demografischen Unkenrufen und der Sehnsucht nach Familienmythen begleitet. Gewandelte Ansprüche an Erziehung und zunehmende Arbeitskräftebedarfe der Wirtschaft führen zu neuen Leitbildern für Mutterschaft und Vaterschaft.

Solche Fragen werden nicht nur in politischen und wissenschaftlichen Kreisen debattiert, sondern auch vom Mediengeschehen bestimmt, also von Familiendarstellungen in Werbespots über Talkshows und Serien, Filmen bis zu Dokumentationen, Zeitungsberichten und Romanen. Diese mediale Dimension ist bislang weder in der Familien- und Bildungsforschung noch in der Geschlechtersoziologie ausreichend thematisiert worden. Umgekehrt haben Medien- und Kulturwissenschaft ihre Einsichten zu diesem Thema bisher zu wenig an die empirischen Praxen und Erfahrungen rückgebunden. Die Internationale Konferenz, von *PD Dr. Paulalrene Villa* (Leibniz Universität Hannover) und *Dr. Barbara Thiesen* (DJI) konzipiert und durchgeführt, zielte insbesondere darauf ab, medienvermittelte Bilder zu Elternschaft mit deren vielfältigen Praxen in Zusammenhang zu bringen. Dabei wurden die Veränderungen im familialen Alltag aus internationaler und historischer Perspektive reflektiert.

Der Teilnehmerkreis setzte sich aus 150 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Personen aus der Praxis zusammen. Dabei waren die Länder Australien, Deutschland, England, Österreich, Norwegen, Schweiz und Slowenien vertreten.

Die Themenpalette war vielfältig: Eva Herman und der neue, alte Diskurs über Mutterschaft in den Medien; Familienbilder des (sozial)pädagogischen Fachpersonals; Realitäten homosexueller Elternschaft; Darstellung von Mutter- und Vaterschaft in Fernsehserien wie »The L Word«; Familienzeit versus Arbeitszeit; neuere Entwicklungen in der familialen Arbeitsteilung. Besonders international wurde es bei der Analyse von Mutterschaft und Vaterschaft in post-sozialistischen Transformationsprozessen oder dem Rückzug von Vätern aus Familien in Norwegen sowie den Veränderungen von Mutter- und Vaterschaft junger Schweizerinnen und Schweizer. Dabei geriet manche liebgewordene Projektion der Forschung ins Wanken, beispielsweise das in der Familienpolitik »gelobte« Skandinavien.

Als Schlüsselthema kristallisierte sich der Wandel männlicher Orientierungen heraus, konkret verhandelt am männlichen Kinderwunsch, am Wandel von Vaterkonzepten bis hin zur psychoanalytischen Deutung des Verlusts väterlicher Autorität. Auch die Perspektive von Kindern wurde mit einbezogen, etwa bei der Repräsentation von Kinderfiguren im amerikanischen Film. Ein interdisziplinär besetztes Podium reflektierte die Alltagssituation von Müttern »zwischen Mythen und Minutenzählen« und deren Darstellung in den Medien. Ungewöhnliche thematische Zugänge schafften Künstlerinnen und Künstler, die Installationen zum gesellschaftlichen Umgang mit Mut-

termilich vorstellten (Stillplattform auf der documenta 12) und zur Reflektion von Mutterbildern in der zeitgenössischen Kunst anregten. Ein Improtheater wirbelte zentrale Begriffe und Thesen des Kongresses kreativ durcheinander.

Der von der DFG und der DGS-Sektion Frauen- und Geschlechterforschung sowie weiteren Partnern organisierte Kongress ermöglichte ungewöhnliche interdisziplinäre Begegnungen und öffnete neue Denkräume. Die Ergebnisse werden in der Sektionsreihe des Verlages Westfälisches Dampfboot veröffentlicht.

Kontakt: Dr. Barbara Thiessen, thiessen@dji.de

Staat, Experten, Privatheit – Kindheit zwischen Fürsorge und Zugriff **Jahrestagung der Sektion Soziologie der Kindheit in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)**

München, Deutsches Jugendinstitut, 05.10.–06.10.2007

Neue Armut, Entwicklungen des Arbeitsmarktes, veränderte Formen privaten Lebens, Wandel der Geschlechterrollen, Migration und kulturelle Vielfalt – alle diese Phänomene werden derzeit auch in ihren Auswirkungen auf Kinder und Kindheit heftig debattiert. Für Kinder sollen gesellschaftliche Chancen maximiert werden (durch Angebote des Staates sowie durch eine möglichst frühe Förderung der Kinder, zu der die Familien mit wachsender Dringlichkeit aufgerufen werden). Ebenso sollen von der Gesellschaft Gefahren und Folgekosten abgewendet werden. Die zentrale Vorstellung vom Kind ist aber immer noch die des *gefährdeten* Kindes sowie des *potenziell gefährlichen* Kindes. Dieses Schema zeigt sich in folgenden »Fallgruben«:

- Die vorrangige Konzentration auf Kinder armer Leute sowie von Außenseitergruppen;
- das Kind als Objekt der Sorge statt als Person mit eigenen Bedürfnissen;
- der Rekurs auf das Allheilmittel der »Werteerziehung«.

Im Folgenden werden aus der Fülle der Beiträge der Jahrestagung einige Gedankensplitter angeführt, die im Besonderen einen Bezug zum Thema »Kindertagesbetreuung in Deutschland« haben:

Moderne Kindheit ist zwar geradezu eine wohlfahrtsstaatliche Konstruktion, dennoch sind Kinder als Gruppe nicht anspruchsberechtigt, was solche Leistungen betrifft, und selbst die Wohlfahrtsstaatsforschung hat Kinder lange Zeit kaum berücksichtigt. (*Johanna Mierendorff*)

Kinder bleiben in einer stark moralisch besetzten Annäherung und durch ein Repertoire an entsprechenden Maßnahmen »Objekte der Besorgnis«, anstatt als Personen mit individuellen Bedürfnissen und jeweils besonderen Situationen Gehör zu finden. Die organisierte Sorge für Kinder zeichnet vor allem ein »separierender Blick« aus, den Experten von Kindheit einnehmen. Dieser beharrt auf der fundamentalen Andersartigkeit des Kindes, was dann auch

den Expertenanspruch legitimiert. (*Doris Bühler-Niederberger*)

Ver mehrt sind das Potenzial sowie die Relevanz von Diskursanalysen zu betonen. Insbesondere sollen Analysen des Bildes vom Kind zunehmend auch mediale Darstellungen berücksichtigen, um den emotionalisierten Charakter der Verhandlungen über Kinder und ihre Kindheit heute entsprechend erfassen zu können. (*Andreas Lange, DJI*)

Von der frühen Förderung in Kindergarten oder Einrichtungen der Früherziehung versprechen sich Politiker und Experten gerade bei problematischen familiären Konstellationen positive Effekte auf die Bildungskarriere. Allerdings gibt es Hinweise, dass bildungsferne Familien und Familien mit Migrationshintergrund sich häufiger gegen den Kindergartenbesuch entscheiden als bildungsnahe Familien. (*Katrin Hüskes, Karin Wolf, DJI*)

Die Betreuungspolitik des »Sozialinvestitionsstaates« zeugt von einem teils propagierten, teils realen Wandel der Sozialpolitik, der Kindern (scheinbar) vermehrte Bedeutung zuschreibt, faktisch aber nicht primär auf kindliches Wohlbefinden zielt, sondern auf soziale Inklusion durch verbesserte Beschäftigungschancen der Eltern. So sind beispielsweise die real zur Verfügung gestellten Einrichtungen der Früherziehung noch weit vom angestrebten Ausbaustand entfernt. (*Nicole Klinkhammer, DJI*)

Die Konzepte des Lernens in der frühen Kindheit, wie sie die Kindertageseinrichtungen in ihre inhaltliche Arbeit einbeziehen, müssten verstärkt auch entwicklungspsychologische Einsichten mit aufgreifen, um einer »Effektivierung« der (institutionellen) Gestaltung dieser Lebensphase und damit auch einer Instrumentalisierung der frühen Kindheit Grenzen zu setzen. (*Hans Rudolf Leu, DJI*)

Resümee der Tagung: Das Konzept der »Aktivierung zur Selbstverantwortung« kann durchaus mit einem paradoxen Zuwachs an Kontrolle verbunden sein.

Kontakt: (apl) Prof. Dr. Andreas Lange, lange@dji.de

Virtuelle und sonstige Raumüberwindung: Technikbasierte Raumbezüge im Jugendalltag

Tagung der Sektion Jugendsoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), organisiert vom DJI

München, Siemensforum, 25.–26.10.2007

Inwieweit ist der Jugendalltag von technisch vermittelter Wahrnehmung abhängig, insbesondere mit Blick auf Raum und Orte? Jugendliche pendeln zwischen Räumen, Orten und virtuellen Räumen. Dies unterstellt einen erweiterten Mobilitätsbegriff und ein gewachsenes Gewicht der Techniksozialisation. Ein Teil alltäglicher Anstrengungen zielt auf das »Switchen« zwischen Orten, Sachen, Personen und Situationen. Statt Eindeutigkeit wird von den Jugendlichen ein »sowohl als auch« gelebt. Die Fähigkeit zum Wechsel zwischen Räumen sowie das parallele Agieren in unterschiedlichen

Räumen muss jedoch gelernt werden. Inwieweit sind diese sozialen Grundfähigkeiten raumübergreifend und transferierbar?

Die Beiträge der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung zu dieser Tagung bezogen Modernisierungstheorien ein sowie Aspekte der Kommunikations-, Raum- und Netzwerktheorie. Dabei ging es insbesondere um folgende Themenaspekte: Vernetzung und Identität; Tools mobiler Bezüge; Agieren in virtuellen Räumen bzw. Sich-Einklinken in kommunikative Welten; »Switching« zwischen den Welten. Dr. Christian Lüders (DJI) eröffnete die Tagung. Dr. Claus J. Tully (DJI; Koordinator und Moderator der Tagung) machte in seinem Referat »Alltägliche Switchen zwischen Spaces« zum Thema der Jugendforschung. Barbara Rink (DJI) berichtete von ihren Erfahrungen aus ihrer Arbeit in den Pariser Vororten (Banlieues): »Eingeschlossen?! – Zwei Metrostationen vor Paris«.

Kontakt: Prof. a. V. Dr. habil Claus Tully, tully@dji.de

Arbeitszeit = Lebenszeit?

Balance von Arbeit und Leben

Konferenz für Betriebs- und Personalratsmitglieder, Mitglieder von Mitarbeitervertretungen sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
In Zusammenarbeit mit: ver.di, Technische Universität Chemnitz, DJI

Magdeburg, 06.11.–07.11.2007

Die zunehmende Flexibilisierung und Verdichtung von Erwerbsarbeit sowie die steigende Unsicherheit, auch morgen über Erwerbsarbeit und Einkommen zu verfügen, führen zu anwachsenden Belastungen für Erwerbstätige. Dies hat auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Familienzeit, Freizeit und Arbeitszeit. Im Rahmen der Konferenz wurden Handlungsansätze für eine bessere betriebliche Praxis zur Diskussion gestellt. Vorrangiges Ziel der Tagung war der Transfer von Forschungsergebnissen in die betriebliche Praxis. Die rund 80 Teilnehmer/innen haben sich entsprechend den Ergebnissen verschiedener Studien als entscheidende Akteure der Umsetzung von familienfreundlichen Maßnahmen in Betrieben erwiesen. Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen) skizzierte die »Work-Life-Balance als Herausforderung für unterschiedliche Lebensphasen und unterschiedliche Akteure«. Dr. Michaela Schier (DJI) und Peggy Szymenderski (TU Chemnitz) stellten Ergebnisse des Kooperationsprojektes »Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie« vor. Matthias Linder präsentierte Resultate des ver.di Projektes »In Balance: Gutes Leben – Gute Arbeit«. In den Diskussionen wurden sowohl Ziele für die weitere Arbeit von ver.di als auch der zukünftige Forschungsbedarf zu diesem Themenbereich angesprochen.

Der gelungene Transfer von Forschungsergebnissen in die betriebliche Praxis zeigte sich anhand des Feedback auf den vom DJI und der TU Chemnitz gemeinsam gestalteten Workshops zu »Räumliche Mobilität: ein Gestaltungsfeld

Vorschau

für die Balance von Erwerbsarbeit und Familie« sowie »Family Diversity Management und familienorientierte Unternehmenskultur«, ferner bei den zahlreichen Interessensbekundungen zu den Ergebnissen des Projektes »Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie«. Der Austausch an Erfahrungen in den Workshops bestätigte, dass das Thema Familienfreundlichkeit nicht sehr weit oben auf der Agenda von betrieblichen Akteuren der Mitbestimmung steht. Das Vorhandensein einer familienfreundlichen Unternehmenskultur ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von familienfreundlichen Maßnahmen. Wie aber kann eine erfolgreiche Familienpolitik im Unternehmen bei gleichzeitigem Personalabbau betrieben werden? Zur Gestaltung einer Balance von Arbeit und Leben gibt es noch kaum Forschung sowie wenig hilfreiche Praxisansätze, jedoch einen hohen Bedarf und Handlungsdruck vonseiten der Beschäftigten. Eine ausführliche Dokumentation dieser Tagung wird 2008 erscheinen.
Kontakt: Dr. Michaela Schier, schier@dji.de

Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußball Expertenhearing der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des DJI, Außenstelle Halle

Halle, 08.11.2007

Zu diesem Hearing waren Expertinnen und Experten aus dem ganzen Bundesgebiet eingeladen. Die Beiträge zeigten, dass sich in den letzten Jahren auf diesem Gebiet der Prävention Einiges getan hat: Nachdem es lange Zeit vor allem engagierte Fans und einzelne Vereine waren, die sich gegen rechte und rassistische Tendenzen im Fußball positionierten, engagieren sich zunehmend auch die großen Dachverbände, u. a. mit der Einrichtung von Expertengruppen und verschiedenen Modellprojekten. Präventive Ansatzpunkte bieten insbesondere das Hausrecht sowie die Stadionordnung, aber auch die Bedeutung der Vorbildfunktion des Sports. Insbesondere im Amateur- und Jugendbereich kommt es immer wieder zu Konflikten »auf dem Rasen«; Strategien, wie beispielsweise das interkulturelle Konfliktmanagement, bekommen dabei einen wachsenden praktischen Stellenwert. Als ein Spannungsfeld kristallisierte sich das Thema »Profession versus freiwilliges Engagement« heraus: Wie kann einerseits verhindert werden, dass eine Professionalisierung der Arbeit das Engagement von in der Fankultur verankerten Initiativen untergräbt? Wie können andererseits Ehrenamtliche, die einen Großteil der Vereinsarbeit umsetzen, stärker eingebunden werden – ohne dieses Engagement strukturell zu überfordern?

Um Kommunikation und Abstimmung unter den Beteiligten zu verbessern, Angebote noch besser bekannt zu machen sowie kontraproduktive Effekte zu vermeiden, wurde von den Expertinnen und Experten die Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle gefordert.

Die Beiträge des Hearings werden in einer Publikation veröffentlicht (erscheint 2008), die über die *Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* bezogen werden kann.

Kontakt: Michaela Glaser, glaser@dji.de

Empfehlungen für Auftraggebende von externen Evaluationen in der Kinder- und Jugendhilfe

Fachtagung des Projektes »Strategien und Konzepte externer Evaluation in der Kinder- und Jugendhilfe – eXe«

München, 07.11.–09.11.2007

Die Tagung diente der Diskussion und Weiterentwicklung eines vom Projekt eXe erarbeiteten Entwurfs von Empfehlungen, die sich an Auftraggebende von externen Evaluationen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wenden. An diesem Gedankenaustausch nahmen Auftraggebende aus Bund, Ländern und Kommunen sowie Vertreter/innen der freien Träger und ausgewiesene Evaluationsfachleute teil. Namhafte Referenten bereicherten zusätzlich mit ihren Beiträgen dieses Treffen:

Dr. Wolfgang Beywl (Univation – Institut für Innovation Köln/Universität Bern) erläuterte am ersten Tag die von der DeGEval für Österreich und Deutschland herausgegebenen »Standards für Evaluation«, während Dr. Hans-Peter Lorenzen (DeGEval – Gesellschaft für Evaluation; ehem. MinDirig. des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit) die entsprechenden DeGEval-Empfehlungen für Auftraggebende vorstellte. Prof. Dr. Joachim Merchel (FH Münster) unterzog die Qualität und Fachlichkeit von Evaluationen in der Kinder- und Jugendhilfe einer kritischen Würdigung, die Klaus Esser (Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e.V. – BVKE) um praktische Aspekte aus Sicht eines freien Trägers ergänzte. PD Dr. Thomas Widmer (Universität Zürich) stellte abschließend verschiedene Leitfäden aus der Schweiz vor, die im deutschsprachigen Raum diesbezüglich eine Vorreiterrolle einnimmt.

Die Erträge der Tagung werden in die Überarbeitung des Entwurfs einfließen und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung nochmals abgestimmt. Die Veröffentlichung der endgültigen Fassung erfolgt im Jahr 2008.

Kontakt: Karin Haubrich, haubrich@dji.de

Internet: <http://www.dji.de/evaluation>

Soziale Beziehungen in der Forschung zu sozialen Problemen und sozialer Kontrolle – methodologische Perspektiven

Tagung der Sektion »Soziale Probleme und soziale Kontrolle« in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Halle/Saale 01.02.–02.02.2008

Soziale Probleme und soziale Kontrolle entwickeln sich in Prozessen, an denen verschiedene soziale Akteure beteiligt sind: Erst soziale Aushandlungsprozesse und daraus resultierende Definitionen machen aus einem Ereignis ein soziales Problem, und auch soziale Kontrolle resultiert aus entsprechenden Aushandlungen. Besondere Relevanz kommt dabei deutungsmächtigen Akteursgruppen zu, vor allem aus der Politik, der Praxis der Problemintervention und der Wissenschaft. Wenn wir als Forschende diese Phänomene erschließen und analysieren wollen, stellt sich die Frage, welche Position wir selbst in diesen Prozessen einnehmen (z. B. Konsequenzen für den Forschungsprozess sowie für die Forschungsergebnisse). In diesem Zusammenhang stellen sich für die Soziologie Sozialer Probleme eine Reihe methodologischer Fragen, die im Rahmen der Tagung erörtert werden sollen: Wie wird die Beteiligung der Forschenden an den Prozessen, in denen soziale Probleme und soziale Kontrolle in der Forschung (re-)konstruiert werden, im Rahmen verschiedener Forschungsansätze und Felder konzeptionell gefasst?

Wie entstehen wissenschaftlich interessante und forschungsrelevante Themen? Wie werden sie zum Gegenstand von Forschungen? Welchen Bedingungen und Konjunkturen unterliegen solche Entwicklungen?

Wie kann die Beteiligung der Forschenden an den Prozessen, in denen soziale Probleme und soziale Kontrolle wirksam werden, methodisch reflektiert und theoretisch angemessen gefasst werden?

Welche Erfahrungen liegen mit verschiedenen methodischen Strategien vor, solche Prozesse zu erfassen, zu analysieren und in den Erkenntnisprozess zu integrieren? Welche Formen der Selbstreflexion bieten sich an, um die Beteiligung der Forschenden angemessen analysieren zu können?

Die Tagung findet statt im Deutschen Jugendinstitut e. V., Außenstelle Halle, Franckeplatz 1 – Haus 12/13, 06110 Halle, 2. Etage, Raum 208

Informationen zum Programm:

PD Dr. Peter Rieker, DJI, Außenstelle Halle

Anmeldungen zur Teilnahme an der Tagung werden erbeten an:

Renate Schulze, Deutsches Jugendinstitut e. V., Franckeplatz 1 – Haus 12/13, 06110 Halle, Tel.: +49(0)345 681 78 42, E-Mail: schulze@dji.de

Aufsätze von Autorinnen und Autoren des DJI

■ *Christian Alt*

Üben, üben, üben! Werte erfahrbar machen – eine anspruchsvolle, aber lohnende Aufgabe

In: spielen und lernen, H. 81/2007, S. 28–30

■ *Christian Alt, Andreas Lange*

Kindheit erforschen aus der Sicht von Kindern

In: Comenius-Institut (Hrsg.): Handbuch. Arbeit mit Kindern – Evangelische Perspektiven. Gütersloh 2007, S. 32–44

■ *Frank Braun*

Schule – und dann? Anforderung an Beratungs-, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote

In: Hessisches Sozialministerium (Hrsg.): Hessen und die Reform des Arbeitsmarktes. Jugendliche ohne Job und Ausbildung. Tagungsdokumentation. Wiesbaden 2007, S. 29–39

■ *Beate Galm*

Kindesvernachlässigung, psychische und physische Kindesmisshandlung. Problembeschreibung und Prävention

In: Prävention. Zeitschrift für Gesundheitsförderung, H. 2/2007, S. 44–49

■ *Martina Gille*

Lebensverhältnisse, Orientierungen und Teilhabechancen junger Frauen und Männer in Deutschland

In: BZgA FORUM, H. 3/2007, S. 3–7

■ *Martina Gille, Sabine Sardei-Biermann*

Junge Frauen und junge Männer im neuen Jahrtausend. Ergebnisse aus dem Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI)

In: Megaphon – Fachzeitschrift für die Jugendarbeit, Landesjugendwerk der AWO Bayern, H. 1/2007, S. 17

■ *Sabine Herzig, Beate Galm, Susanna Lillig, Manuela Stötzel*

Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung

In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München 2007, S. 31–53

■ *Bernd Holthusen, Heiner Schäfer*

Strategien der Gewaltprävention in der Kinder- und Jugendhilfe im Jugendalter

In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern. München 2007, S. 131–168

■ *Karin Jurczyk*

Geschlechterverhältnisse und Alltagsarrangements – Neue Konturen der Teilung von Zeit und Arbeit

In: Zukünfte der europäischen Stadt. Ergebnisse einer Enquete zur Entwicklung und Gestaltung urbaner Zeiten, Wiesbaden 2007, S. 159–213

Ansätze zu einer emanzipatorischen Familienpolitik – Der Siebte Familienbericht

In: WSI Mitteilungen. Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, H. 10/2007, S. 1–8

■ *Andreas Lange, Susanne Eggert*

Editorial. Emotionen und Emotionsregulierung durch Medien und die Medienpädagogik

In: merz. medien+erziehung, 51. Jg., H. 4/2007, S. 6–7

■ *Andreas Lange, Melanie Schütte*

Entgrenzte Kindheit – was tun?

In: fiduz. Infoblatt der medizinischen Abteilung der Arbeitsstelle Frühförderung Bayerns, H. 19/2007, S. 8–9

■ *Hans Rudolf Leu*

Erziehung zwischen Anleitung und Selbstbildung

In: Hammes di Bernardo, Eva (Hrsg.): Kompetente Erziehung. Zwischen Anleitung und Selbstbildung. Berlin 2007, S. 8–32

■ *Christine Preiß*

Einblicke in die schulische Kooperationspraxis – wenn Schule sich öffnet ...

In: Schulverwaltung spezial. Zeitschrift für Schulleitung und Schulaufsicht, 9. Jg., H. 3/2007, S. 40–42

■ *Thomas Rauschenbach*

Unübersehbare kontraproduktive Nebenwirkungen

In: Vorwärts, H. 7/2007, S. 27

Jugend damals und heute

In: Jugendliteratur. Zeitschrift des Bayerischen Jugendrings, 61. Jg., H. 2/2007, S. 5–8

Kinder brauchen Orientierung! Interview mit Thomas Rauschenbach

In: Blickpunkt Pflegekinder, H. 2/2007, S. 10–11

■ *Birgit Reißig, Nora Gaupp*

Chancenungleichheiten an der ersten Schwelle Schule – Ausbildung. Ergebnisse aus dem DJI-Übergangspanel

In: Eckert, Thomas (Hrsg.): Übergänge im Bildungswesen. Münster 2007, S. 143–163

■ *Peter Rieker*

Problemlösung in Familie und Peer-Group
In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, H. 27/2007, S. 304–319

Fremdenfeindlichkeit und Sozialisation in Kindheit und Jugend

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H. 37/2007, S. 31–38

■ *Michaela Schier, Arlie Hochschild*

Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Eine Rezension

In: Soziologische Revue, H. 3/2007, S. 288–291

■ *Michaela Schier, Karin Jurczyk*

Familie als Herstellungsleistung in Zeiten der Entgrenzung

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H. 34/2007, S. 10–17

PDF: www.bpb.de/publikationen/5SYHQ7,0,Familie_als_Herstellungsleistung_in_Zeiten_der_Entgrenzung.html

■ *Michaela Schier, Andreas Lange*

Familien heute. Strukturelle Trends und alltägliche Realitäten

In: Prävention. Zeitschrift für Gesundheitsförderung, Schwerpunktheft, 30. Jg., H. 2/2007, S. 35–39

■ *Michaela Schier, Peggy Szymenderski*

Arbeitsbedingungen im Einzelhandel und in der Film- und Fernsehproduktion. Rahmenbedingungen für die familiäre Alltagsgestaltung

EntAF – Arbeitspapier, Nr. 1, 2007, DJI (als PDF zum Download auf den Seiten des Projekts »Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie«)

■ *Michaela Schier, Peggy Szymenderski, Karin Jurczyk*

Eltern in entgrenzter Erwerbsarbeit – differenzierte und flexible Betreuungsbedarfe. Teilergebnisse einer qualitativen Studie im Einzelhandel und in der Film- und Fernsehbranche

EntAF – Arbeitspapier, Nr. 2, 2007, DJI (als PDF zum Download auf den Seiten des Projekts »Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie«)

■ *Jan Skrobanek*

Wahrgenommene Diskriminierung und (Re)Ethnisierung bei Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund und jungen Aussiedlern

In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 27. Jg., H. 3/2007, S. 265–284

■ *Barbara Thiessen*

Professionalisierung in der Sozialen Arbeit zwischen Sparauflagen und Qualitätsentwicklung – und wo bleibt das kritische Potenzial?

In: Spöttl, Georg/Kaune, Peter (Hrsg.): Berufliche Bildung, Innovation und Soziale Integration, Dokumentation der 14. Hochschultage Berufliche Bildung, CD-Rom, 2007, S. 38–53

■ *Claus J. Tully*

Veränderungen des Lernens in modernen digitalen Welten. Lernen in der Informationsgesellschaft

In: Uhlig, Jens/Herwig, Rita/Brodowski, Michael (Hrsg.): Mein Wissen – unser Wissen!? Berlin 2007, S. 149–177

Leben in mobilen Welten

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft 29–30/2007, S. 33–38

Wo bist Du gerade? Handy im Kinderalltag

In: Starke Eltern, starke Kinder. Deutscher Kinderschutzbund 2007, S. 60–62

Zwischen Freiheit und Risiko

In: ADACmotorwelt, H. 5/2007, S. 25

Bewegt in dynamischen Welten.

Jungsein – Mobilsein

In: Themen – Service für Presse, Hörfunk und Fernsehen. Verlagsbeilage im journalist, prmagazin und Insight Januar 2007, S. 17

Jugendliche Lebenswelten als informelle Lernwelten – Überlegungen zur Bildungsqualität im außerschulischen Bereich

In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 27. Jg., H. 4/2007, S. 403–418

■ *Claus J. Tully / Dirk Baier*

Die Verschränkung zweier Dynamiken. Jugendliche Mobilität in der Moderne

In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie. Sonderheft: Mobility, Space and Social Inequality. 33. Jg., H. 1/2007, S. 135–159

■ *Klaus Wahl*

Fremdenfeindliche Täter

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, H. 31/2007, S. 26–32

■ *Margret Xyländer, Andreas Lange*

Familie als mehrgenerationaler Möglichkeitsraum und ambivalenter Bildungsort. Rezension zu Peter Büchner und Anna Brake: Familie als Bildungsort

In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 27. Jg., H. 3/2007, S. 330–333



Neue DJI-Publikationen

www.dji.de/veroeffentlichungen

Bezug nur über den Buchhandel!

■ *Karin Beher, Hans Haenisch, Claudia Hermens, Gabriele Nordt, Gerald Prein, Uwe Schulz*

Die offene Ganztagschule in der Entwicklung

Empirische Befunde zum Primarbereich in Nordrhein-Westfalen

Weinheim: Juventa Verlag 2007

320 S., 17,50 €

ISBN 978-3-7799-1697-0

Der Ausbau von Ganztagschulen gilt als eines der zentralen Elemente bildungspolitischer Reformen in Deutschland. In allen Bundesländern stellen sich somit Fragen nach der konkreten Umsetzung der Ganztagschule. Der vorliegende Band gibt einen Überblick über die zentralen Herausforderungen bei der Einführung der offenen Ganztagschule im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen. Er bringt die Erfahrungen und Einschätzungen zusammen, die sich bei diesem familien- und bildungspolitischen Reformprojekt als Schlüsselthemen erweisen: die pädagogischen Leitlinien und Zielsetzungen, die Öffnung von Unterricht und Schule, Personalstrukturen und Anforderungen an das Personal, Angebotsprofile und Handlungsfelder, Startbedingungen und Entwicklungsbedarfe sowie Kooperationen und Perspektiven von Eltern.

Der Band verdeutlicht die Spannungsfelder, die zwischen den programmatischen Ansprüchen der Ganztagschule und ihrer praktischen Einlösung liegen. Familien- und bildungspolitisch sind zu dem frühen Zeitpunkt des Entwicklungsprojekts offene Ganztagschule in NRW differenzierte Bilanzen zu ziehen. Für Kinder und ihre Eltern ist die offene Ganztagschule überwiegend ein Gewinn. Die in ihr tätigen Fachkräfte sind mit hoher Einsatzbereitschaft dabei. Doch auf Struktur- und Prozessebene besteht vielfältiger Entwicklungsbedarf, der hier ebenfalls zur Sprache kommt.

■ *Liane Pluto*

Partizipation in den Hilfen zur Erziehung

Eine empirische Studie

München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 2007

304 S., 24,- €

ISBN 978-3-87966-417-7

Standard der Kinder- und Jugendhilfe (sowohl rechtlich als auch fachlich) ist es, die Adressaten an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Allerdings stellt dieser Anspruch insbesondere die Fachkräfte in den erzieherischen Hilfen immer wieder vor Herausforderungen, da sie die Aufgabe haben, einerseits Hilfe anzubieten und andererseits Kontrolle ausüben zu müssen. Die vorliegende Studie widmet sich den besonderen Herausforderungen der Umsetzung von Beteiligung in diesem Spannungsfeld.

Das Buch setzt sich sowohl theoretisch als auch auf der Basis einer qualitativen Studie intensiv mit dem Thema auseinander und beschreibt die Schwierigkeiten und Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten. Es richtet sich an Fachkräfte, Studierende und Wissenschaftler.



■ Karin Beher, Holger Krimmer,
Thomas Rauschenbach, Annette Zimmer
Die vergessene Elite
Führungskräfte in gemeinnützigen
Organisationen
Weinheim: Juventa Verlag 2008
246 S., 21,- €
ISBN-13: 978-3-7799-1690-1

Führungskräfte in gemeinnützigen Vereinen und Verbänden sind im Unterschied zu Spitzenkräften in Wirtschaft und Staat eine weitgehend unbekannte Spezies. Hier verbirgt sich ein breites Spektrum ehrenamtlich und beruflich tätiger Funktionsträger, die in Aufsichts- und Kontrollgremien, in Vorständen und in der Geschäftsführung tätig sind. Maßgeblich verantwortlich für die verbandspolitische Ausrichtung der Vereine und Verbände bestimmen sie nachhaltig den Weg in die Zukunft. Gleichzeitig sind sie in hohem Maße gefordert, das Organisationsmanagement im Hinblick auf die Vertiefung und Erweiterung bürgerschaftlichen Engagements zu optimieren.

Der vorliegende Band nimmt dieses Spannungsfeld zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Management systematisch in den Blick. Er umfasst sowohl einen differenzierten Überblick über den aktuellen Forschungsstand als auch zentrale Ergebnisse der Befragung von Führungskräften.

Im Zentrum stehen Fragen nach der Rekrutierung der Führungskräfte, ihrem Alltag im Beruf und im Ehrenamt. Darüber hinaus geht es um die Motive und Wertorientierung der Befragten, um die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in den Leitungsgremien, die Wahrnehmung der Organisation und ihrer Zukunft sowie um das Verhältnis von männlichen und weiblichen Führungskräften.



Informationsdienst Kom^{Dat} Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ^{Stat})

Kom^{Dat} Jugendhilfe 1/2007
**Pionierstimmung in der
Kindertagesbetreuung**
Ehrgeizige Ziele im Lichte aktueller
Entwicklungen

Thema dieses Heftes sind Auswertungen, Analysen und Kommentierungen zu Formen der öffentlichen organisierten Betreuung in Kindertageseinrichtungen und bei Tagesmüttern. Es gibt kaum noch Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt, die keine Kindertageseinrichtung besuchen. Ganz anders – so zeigen die Analysen weiter – verhält es sich insbesondere bezogen auf Westdeutschland für die Kinder unter drei Jahren. Hier sind erhebliche weitere Anstrengungen notwendig. Weitere Themen dieser Ausgabe sind die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung durch Familien mit einem Migrationshintergrund, Bedarfsberechnungen zu den notwendigen Platzkapazitäten für Kinder unter drei Jahren sowie Analysen zur Personalsituation in Kindertageseinrichtungen und im Feld der Tagespflege.

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik

(KJHG-Statistik) erfasst (nach §§ 98–103 SGB VIII) wesentliche Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei sind die Träger der öffentlichen sowie zum Teil der freien Jugendhilfe gesetzlich zur Auskunft verpflichtet. Die Ergebnisse der Erhebungen werden von den Statistischen Landesämtern sowie dem Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Sie dienen insbesondere der Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG), der Sozialberichterstattung (Bund, Länder, Gemeinden), der Jugendhilfeplanung und der Forschung. Die Daten der Kinder- und Jugendhilfe werden durch die *Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik* kommentiert sowie durch laufende Themenhefte der Zeitschrift *KOMDAT Jugendhilfe* veröffentlicht.

[www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de/
Akj_Vorstellungt.htm](http://www.akj-stat.fb12.uni-dortmund.de/Akj_Vorstellungt.htm)

Kontakt: Dr. Matthias Schilling,
schilling@fb12.uni-dortmund.de



Kom^{Dat} Jugendhilfe 2/2007
**Konkretisierung des Schutzauftrages und
die Folgen für die Fallzahlen**
Unter 6-Jährige zunehmend im Fokus der
Hilfen zur Erziehung und der Inobhutnahmen

Auf der Grundlage empirischer Befunde wird nachgefragt, welche Entwicklungen sich angesichts der Debatten und deren politische Konsequenzen über Bildung, Betreuung, Erziehung sowie den Schutz nachwachsender Generationen zeigen. Immerhin hat der 2005 in das SGB VIII aufgenommene § 8a zum Schutzauftrag des Jugendamtes angesichts steigender Fallzahlen bei Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahme zu einer höheren Sensibilität für Gefährdungen von Kindern geführt. Die Einführung des Elterngeldes zeigt ebenfalls Wirkung. Die Halbjahreszahlen lassen zwar noch viele Fragen offen, deuten aber an, dass diese Leistung nicht nur angenommen, sondern u. a. als gemeinsame Auszeit, d. h. als Familienzeit genutzt wird. Die Rückwirkungen des Ausbaus von Ganztagschulen auf die Zukunft des Hortes werden hingegen regional unterschiedlich ausfallen. Während im Westen die Vorzeichen bislang eher auf eine Koexistenz hindeuten, wird es im Osten zu Verdrängungsprozessen kommen.

**Kom^{Dat} Jugendhilfe kann kostenfrei als
Druckversion oder PDF-Datei per E-Mail
bestellt werden.** Bezugsadresse:
komdat@fb12.uni-dortmund.de oder
Fax: 0231 755-5559.

Weitere Informationen unter:
www.akjstat.uni-dortmund.de